

Stenographischer Bericht

9. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

14. Mai 1924.

Inhalt:

Auflage: Nachträgliche Beschlusanträge des Finanzausschusses auf Grund der Sitzungsbeschlüsse vom 13. Mai 1924 zu Beilage Nr. 41 (383).

Verhandlungen: Bericht des Finanzausschusses über Beilage Nr. 15, Landesvoranschlag für 1924 (Beilage Nr. 41). — Einzelerörterung. — Fortsetzung (Kap. IV). — Redner: Ing. Paul (383), Suber (384). — Annahme der Anträge (384). — Berichterstatter zu Kap. IX Suber (385). — Annahme der Anträge (385). — Berichterstatter zu Kap. V Peintinger (385). — Redner: Bichl (387), Ing. Wihany (388), Schifko (389), Gschlatter (393), Zingl (398), Garino (399 u. 401), Reichin (407), Gschlatter (413), Zobel (417), Pögl (418), Roth (421), Ing. Paul (423), Wagner (424).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten vormittags.

Präsident: Aufgelegt wurden heute die nachträglichen Beschlusanträge des Finanzausschusses auf Grund des Sitzungsbeschlusses vom 13. Mai 1924 zu Beilage Nr. 41.

Ich fahre nunmehr fort in der Behandlung der Tagesordnung und in der Einzelerörterung zum Landesvoranschlag 1924, und zwar Kapitel IV. Zum Worte gelangt Herr Landesrat Paul.

Ing. Paul: Hoher Landtag! Herr Abg. Ruschak hat in der letzten Sitzung den Wunsch ausgesprochen, daß die Landesregierung die Bezirke kräftig unterstützen möge in der Hereinbringung von Erhaltungsbeiträgen für die Straßen. Ich nehme diesen Wunsch entgegen, möchte aber meinerseits dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch die Bezirke die Landesregierung unterstützen sollen, und zwar in der Weise, daß sie genau nach dem Gesetze vorgehen, welches für die Einbringung solcher außerordentlicher Straßenbeiträge von dem hohen Landtage beschlossen worden ist. Trotz verschiedener Belehrungen kommt es vor, daß die Bezirke nicht nach dem Gesetze vorgehen; das löst Rekurse aus, und die Landesregierung ist dann in der unangenehmen Lage, gegen die Bezirke entscheiden zu müssen, weil eben der Vorgang nicht dem Gesetze entsprechend war. Es wird vielseitig behauptet, daß das Gesetz schlecht sei. Demgegenüber muß ich betonen, daß bei einer Länderkonferenz, die neulich stattgefunden hat, Vertreter des Landes Steiermark, Herr Hofrat Gfettenhofer und Herr Baudirektor Eichkisch, die Genugtuung erleben konnten, daß von den Ländern gerade dieses Gesetz als Mustergesetz bezeichnet wurde. Es ist gewiß geeignet, bei richtiger Anwendung das Straßenelend zu mildern. Es wurden verschiedene Ursachen des schlechten Straßenzustandes angegeben; es wurde gesagt, die Vernachlässigung während des Krieges, die geologische Bodenbeschaffenheit sei schuld,

ja sogar die Bezahlung der Straßeneinträger wurde als Grund angegeben für die schlechte Beschaffenheit der Straßen. Alle diese Gründe sind nur sekundärer Natur. Der Hauptgrund liegt darin, daß die Straßen für den modernen Verkehr nicht errichtet wurden, daß sie für die modernen Betriebsmittel nicht gebaut sind. Es müssen die Straßen genau so verstärkt werden wie Eisenbahnbrücken, wenn schwerere Zugstypen eingeführt werden. Wenn die Fuhrwerke schwerer werden, müssen auch die Straßen verstärkt werden, damit sie den Anforderungen entsprechen, zumal viele Straßen keinen Unterbau haben. Der Lastautoverkehr ist eine Erscheinung der Kriegs- und Nachkriegszeit. Diese schweren Fuhrwerke ruinieren die Straßen, weil diese keine hinreichend starke Oberdecke haben. Es müßte hier der Hebel angefaßt werden und müssen die Straßen, der Belastung entsprechend, neu hergestellt werden. Das hohe Haus sieht, daß die Frage der Straßenverbesserung keine technische Frage ist, man kann ja auch im tiefsten Sumpfe eine Straße herstellen, sondern eine rein finanzielle Frage. Wenn dem Referate entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, wird es imstande sein, allen Klagen Abhilfe zu schaffen. Diesbezüglich muß ich nur auf eine schmerzliche Tatsache hinweisen. Wir haben die Bezirke gefragt, was sie brauchen, damit sie ihre Straßen verbessern können. Sie haben nachgewiesen, daß sie im Jahre 1924 allein 25½ Milliarden Kronen für Wiederherstellungen und 11,7 Milliarden Kronen für Neuherstellungen brauchen würden. Wenn das Land entsprechende Zuschüsse geben wollte, würde das Land 14 Milliarden Kronen in das Budget einsetzen müssen. Diesen Antrag habe ich im Finanzausschusse auch vorgebracht, leider wurden nur 4 Milliarden Kronen für die Straßen bewilligt. Es ist daher schon heute einzusehen, daß die Klagen über den schlechten Straßenzustand nicht verstummen werden, ja bei der nächsten Budgetberatung noch stärker sein werden. Ich muß die Verantwortung als Referent in dieser Hinsicht ablehnen und sagen, daß das Referat sicher alles vorkehren würde und könnte, wenn ihm die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Mit 4 Milliarden Kronen können wir natürlich unsere Straßen nicht genügend verbessern. Wie dem hohen Hause ja bekannt ist, wurde der Vorschlag gemacht, daß wir 250 Milliarden Kronen aus dem Völkerbundkredite für uns begehren sollen. Mit diesen Mitteln könnte allen Wünschen in reichlichem Maße Rechnung getragen werden. Die Sobothaer Straße liegt meinem Referate sehr am Herzen. Es wurden schon finanzielle Verhandlungen eingeleitet, sie werden demnächst wieder versucht werden. Aber man wird seitens der Interessenten nur abermals hören, daß sie nicht in der Lage sind, die nötigen Mittel aufzubringen.

Trotzdem man von den Interessenten schwer viel verlangen kann, so ist der Beitrag der Interessenten für den Bund doch immer maßgebend. Er sagt, wenn die Interessenten nicht ihr Möglichstes für die Straßen tun, kann auch er wenig dazu leisten. So hat der Bund für die Sobothter Straße bisher nur 90 Millionen Kronen gewidmet, während wir 300 Millionen Kronen vorgesehen haben. Die neuerlichen Finanzierungsverhandlungen werden hoffentlich dazu führen, daß wenigstens ein teilweiser Ausbau der Straße ermöglicht und ein Verkehrsweg für dieses von Steiermark geradezu abgetrennte Gebiet geschaffen wird. Ich werde das möglichste dazu tun, um die Straße nach Soboth zu fördern, weil dies auch im Interesse der umliegenden Bezirke, besonders des Bezirkes Eisbühl, gelegen ist. Ich habe auch Finanzierungsverhandlungen für eine sehr schlechte Straße, und zwar für die von Rohrbach nach Waldbach und von Rohrbach nach Vornau, versucht. Die Straße kostet 2 Milliarden Kronen, die Interessenten hätten 900 Millionen Kronen aufbringen sollen. Es ist aber nur gelungen, die Interessenten zu 60 Millionen Kronen Beiträge zu verpflichten, wodurch die Herstellung dieser Straße leider wieder vertagt und verschoben werden mußte, was von meinem Referate sehr lebhaft bedauert wird. Das Referat bemüht sich, jeden Anlaß zu ergreifen, um die Straßen zu verbessern.

Von diesem Standpunkte begrüße ich auch die Anregung der Lufttraminien in Steiermark, die schon Herr Landesrat Winkler erwähnt hat und über die Möglichkeit deren Errichtung er sich sehr zweiseitig ausgesprochen hat. Bei Errichtung von Eisenbahnen handelt es sich eigentlich um nichts anderes, als um die Errichtung einer Straße. Die Eisenbahntrasse ist eine Straße, welche nur für den Eisenbahnverkehr bestimmt ist und wegen der geringen Steigung eine größere Länge besitzt, so daß die Herstellung einer Eisenbahntrasse kostspieliger ist, als die Herstellung einer anderen Verkehrsstraße. Daher ist wohl der Gedanke naheliegend gewesen, ein Verkehrsmittel zu schaffen, welches die bestehenden Straßen benützt und dabei gewisse Vorteile der Eisenbahn in sich schließt. Diese Vorteile sind, daß man größere Massen befördern kann, daß der Betriebsstoff billiger und leichter zu beschaffen ist. Diese Vorteile haben nun die Lufttrams, nur sehen diese natürlich eine geeignete Straße voraus, und das ist der ganze Grund, warum gerade ich die Errichtung solcher Linien besonders unterstützen möchte. Ich hege nämlich die Hoffnung, daß sich damit eine Reihe von Interessenten finden wird, welche an der Herstellung der Straßen ein größeres Interesse hat, als es sich bisher gezeigt hat. Insbesondere wird bei Mithilfe der Lufttraminien auch eine bedeutend billigere Instandhaltung der Straßen möglich sein. Durch die Elektrifizierung Steiermarks wird es möglich sein, in allen Gebieten längs der Stromleitung zu fahren, aus welchen direkt die notwendige Kraft entnommen werden kann. Wie wichtig aus wirtschaftlichen Gründen zum Beispiel die Lufttraminie Graz—Stainz wäre, ist daraus zu sehen, daß auf dem Straßenzuge Stainz—Lieboch—Graz jährlich 190.000 Meterzentner Lasten befördert

werden mit Hilfe von Fuhrwerken und Benzinautos, während auf der Eisenbahn nur 142.000 Meterzentner befördert werden. Es ist also der Straßenverkehr auf dieser Strecke ein größerer als der Eisenbahnverkehr. Was Stainz anbelangt, so wird ein Drittel der Güter von Stainz nach Graz per Achse geführt, während die Bahn nur den doppelten Anteil, das sind 67.000 Meterzentner, fördert. Ich glaube, daß Landesrat Winkler eine gewisse Sorge, wenn auch vielleicht nur im Unterbewußtsein hat, daß durch den Lufttramverkehr eine Beeinträchtigung der Eisenbahnen erfolgen könnte. Diese Konkurrenz besteht schon heute. Wenn ich 1 Liter Most von St. Stefan nach Graz führe, so kommt die Eisenbahnfracht auf 572 K pro Liter, pro Wagen kostet der Transport nur 400 K, also um 172 K weniger als der Bahntransport. Der Autoverkehr erfordert nur 277 K Fracht, also weit um die Hälfte billiger als der Transport per Bahn, und mit Lufttrams hoffen wir, 1 Liter Most mit 212 K von Stainz nach Graz führen zu können. Sie sehen, daß die wirtschaftliche Bedeutung solcher Linien nicht von der Hand zu weisen, ihre Errichtung daher zu begrüßen ist, da überdies die billigere Instandhaltung der Straße damit verbunden wäre. Was nun die Konkurrenz der Eisenbahnen anbelangt, so haben wir auch bei den Schiffsahrtskanälen gefürchtet, daß diese eine Konkurrenz der Eisenbahnen bilden könnten; wir haben aber gerade da die Erfahrung gemacht, daß, wo längs der Eisenbahn ein Schiffsahrtskanal errichtet wurde, beide Verkehrslinien höher in Anspruch genommen worden sind.

Ich möchte also mit dem Wunsche schließen, daß der hohe Landtag dem Straßenreferate eine besondere Geneigtheit zuwenden möge, damit es in der Lage ist, für Ihre sehr schmerzlichen und berechtigten Beschwerden über den Zustand der Straßen richtig Abhilfe schaffen zu können.

Berichterstatter Huber (Schlußwort): Ich habe als Schlußwort zum Kapitel IV dem hohen Hause folgendes zur Beschlußfassung vorzulegen:

Den Beschlußantrag des Dr. Engenehne ich als den meinen auf und ich bitte daher das hohe Haus, denselben anzunehmen.

Den Antrag des Abg. Gföller empfehle ich dem hohen Hause zur Ablehnung, weil hierfür ein entsprechender Bedeckungsantrag nicht gestellt wurde.

Im übrigen bitte ich um Annahme der von mir vorgebrachten Ziffern zu Kapitel IV.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und lasse zuerst über den Antrag des Herrn Abg. Gföller abstimmen, dahingehend (liest):

„Als Landesbeitrag für die Regelung der Bezüge der Bezirksstraßenwärter wird ein Betrag von 2 Milliarden Kronen eingestellt. Grundsätzlich ist die Beitragsleistung des Landes im Verhältnis zu den verausgabten Lohnsummen der Bezirke zu leisten.“ (Der Antrag wird abgelehnt.)

Ich lasse nunmehr über die Anträge des Referenten zu Kapitel IV abstimmen.

(Die Anträge werden angenommen.)

Über Wunsch des zuständigen Referenten bringe ich nunmehr Kapitel IX zur Verhandlung. Wenn von

Seite des hohen Hauses kein Einspruch erhoben wird, so betrachte ich diesen Antrag als genehmigt.

Kapitel IX, Berichterstatter Abg. Huber.

Berichterstatter Huber: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, dem hohen Hause Bericht zu erstatten über das Kapitel IX des Landesvoranschlages. Das Kapitel IX, Realitäten und Unternehmungen, besteht aus: 1. Liegenschaften in Graz, 2. Forste und 3. Steirische Zweigniederlassung der niederösterreichischen Landesversicherungsanstalten. — Zu Titel 1, Liegenschaften in Graz, bemerke ich, daß das Erfordernis 113,162,000 Kronen beträgt, die Bedeckung 186,343.000 K, daher ein Überschuß von 73,181.000 K sich ergibt. — Zu dem Titel 2, Forste, erlaube ich mir zu sagen, daß das Erfordernis 6.589,000.000 K beträgt, die Bedeckung 7.589,000.000 K, infolgedessen ein Überschuß von 1.000,000.000 K sich erstellt. — Zu Titel 3, Steirische Zweiganstalt der niederösterreichischen Landesversicherungsanstalten, beträgt das Erfordernis 2,000.000 K und die Bedeckung ebenfalls 2,000.000 K, infolgedessen ist kein Überschuß und kein Abgang. — Der Gesamtüberschuß dieses Kapitels IX beträgt daher 1.073,181.000 K. Ich bitte das hohe Haus, dieses Kapitel IX anzunehmen.

(Kapitel IX wird ohne Wechselrede unverändert angenommen.)

Präsident: Kapitel V, Landeskultur. Bericht-
ersteller ist Herr Abg. Peintinger.

Berichterstatter Peintinger: Hohes Haus! Ich habe zu berichten über das Kapitel V, Landeskultur, und erlaube mir zu den einzelnen Titeln folgendes zu bemerken, und zwar: Wasserbau und Meliorationswesen. Es ist gewiß eine dringende Notwendigkeit, daß die Flußläufe reguliert und die Waldbäche, die öfter große Verheerungen anrichten, entsprechend verbaut werden. Aber auch dem Meliorationswesen ist eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wenn man bedenkt, daß in unserem ganzen Bundeslande über 500.000 Hektar noch drainagebedürftig sind. Es sind sowohl in den Jahren 1884 und 1909, als auch im Jahre 1922 diesbezügliche Gesetze erschienen, aber trotzdem schreitet das Meliorationswesen im großen und ganzen nur sehr flau und langsam vorwärts. Im Jahre 1920 wurden nur 1000 Hektar drainiert, im Jahre 1921 nur 1100 Hektar und im Jahre 1922 gar nur mehr 800 Hektar. Wenn dieses Meliorationswesen in dieser flauen Weise vorwärts schreitet, so werden wir noch 200 bis 300 Jahre brauchen, um die ganze meliorationsbedürftige Fläche zu drainieren. Das ist ein äußerst großer volkswirtschaftlicher Nachteil, denn wenn die ganze Fläche, die über 500.000 Hektar beträgt, wovon über 100.000 Hektar auf Steiermark entfallen, drainiert würde, so würde eine Mehrproduktion von 50.000 Waggon in Steiermark allein an landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln erfolgen können und im ganzen Bundesland über 200.000 Waggon mehr erzeugt werden. Wir haben im Finanzausschusse bei der Beratung der Verbrauchsabgabe gehört, daß in Steiermark zirka 12.000 Waggon Lebensmittel eingeführt werden müssen. Wenn auf dieser Fläche von über 100.000 Hektar die Drainierung durchgeführt würde, so würden wir

in Steiermark eine Mehrernte von 50.000 Waggon erhalten. Wir würden damit nicht nur die Lebensmittelfrage gelöst, sondern in Steiermark sogar eine Überproduktion haben. Auch die Handelsbilanz würde das außerordentlich günstig beeinflussen. Nach den letzten Ausweisen vom Jahre 1922 hatten wir ein Defizit von 544 Millionen Goldkronen. Davon entfallen auf Pflanzenbau und Milch 284 Millionen, auf Viehproduktion 173 Millionen. Unsere Handelsbilanz würde sich dadurch bedeutend günstiger gestalten. — Das Erfordernis für Wasserbau und Meliorationen ist in den Beilagen Nr. 15 und 41 beziffert mit 13.173.000.000 K, die Bedeckung mit 7.072.000.000 K, daher mit einem Abgange von 6.101.000.000 K. Diese Ausgabsposten sind nach meinen vorherigen Ausführungen gewiß zu nieder bemessen und wird diese von mir angegebene Post sich im Interesse der Volkswirtschaft lächerlich auswirken.

Zum Titel 2, Pflanzenbau, möchte ich folgendes bemerken: Es ist uns allen bekannt, daß der Pflanzenbau die Grundlage jeder geordneten Wirtschaft beinhaltet, denn bei schlechtem Futter ist auch keine erprießliche Viehzucht und keine entsprechende Milchproduktion möglich. Ohne gutes Saatgut sind nur schlechte und keine guten Ernten zu erzielen. Es ist gewiß erfreulich, zu konstatieren, welch ein bedeutender Schritt auf diesem Gebiete durch die Errichtung des Pflanzenbauinspektorates gemacht worden ist. Im Jahre 1921 wurden durch Errichtung von Beispiel-Futteranlagen ein Flächenausmaß von 20 Ar mit Klee- und von 1110 Ar als Wechselwiese bebaut. Für Dauerwiesen war damals noch keine Versuchsanlage errichtet. Bis zum Jahre 1924 wurden durch diese Beispielwirtschaften bereits 37.531 Ar mit Klee- und 61.721 Ar als Wechselwiesen, 37.740 Ar für Weiden 1240 Ar und als Grassamen-schulen 2343 Ar in Errichtung genommen. Ähnlich verhält es sich beim Getreidebau, Kartoffelbau und auch beim Flachsbau. Es ist aber da dringend notwendig, um dieses volkswirtschaftliche Interesse sehr intensiv einer geeigneten Auswertung zuzuführen, daß die bäuerliche Bevölkerung in dieser Beziehung entsprechend aufgeklärt wird. Auch ist es dringend notwendig und, wie ich vorhin erwähnt habe, ist durch die Pflanzenbaustelle schon der Anfang gemacht, daß das Getreide-Saatgut möglichst im Inland geerntet wird. Warum? Weil wir Landwirte mit diesem Saatgut, welches wir aus dem Auslande beziehen, schlechte Erfahrungen gemacht haben. Erstens, es kostet eine Riesensumme von Geld, und zweitens, wenn wir dieses Saatgut auf unserem Boden verwendet haben, haben wir auch schlechte Erfahrungen dadurch gemacht, weil dieses Saatgut nicht klimatisiert ist, für unseren Boden nicht paßt und wir in folgedessen öfters bedeutende Missernten erzielen. Die Posten, die für „Pflanzenbau“ eingestellt sind, betragen im Erfordernis 342,450.000 K, in der Bedeckung 125,575.000 K, so daß sich ein Abgang von 216,875.000 K ergibt.

Obst- und Weinbau. — Der Obst- und Weinbau hat ganz besonders für uns in der Oststeiermark, aber auch in der West- und Mittelfsteiermark, eine ganz hervorragende Bedeutung. Erfreulicherweise kann man kon-

statieren, daß auch schon in Obersteiermark sich der Obstbau bedeutend ausgebreitet hat, so daß beim Obst- und Weinbau überhaupt ein sehr guter Ertrag zu verzeichnen ist und derselbe eine gute Steuerquelle für den Bund und auch für das Land zu werden verspricht. Auf Grund statistischer Ausweise sind im vorigen Jahre in Steiermark 60.000 Hektoliter Wein geerntet und hiefür über 13 Milliarden Kronen an Bundessteuern gezahlt worden. — Ebenso hat auch das Land durch die Grundsteuer eine ganz besonders geübte Einnahmequelle. Wenn man bedenkt, daß die Wein- und Obstgärten 30 bis 40 K Katastralreinertrag haben, während die umliegenden anderen Flächen 15 bis 20 K Steuer pro Hektar zahlen und der Obst- und Weinbau daher eine besondere Einnahmequelle für Bund und Land bildet, wenn man dazu bedenkt, wie viele Flächen für den Weinbau ausgenützt werden, die sonst alle als unbenutzbare, unproduktive Flächen abgeschrieben werden müßten, weil sie wegen ihrer steileren Lage für eine andere Kultur nicht verwendbar sind, so ist es nur richtig und berechtigt, wenn auch für den Obst- und Weinbau ein entsprechender Zuschuß aus Landesmitteln gegeben wird. Wir haben nach den bisherigen Aussichten auch im heurigen Jahre eine ganz besonders gute Obsternte zu erwarten, wenn nicht etwa Elementarereignisse eintreten, und es wäre sehr traurig, wenn auch im heurigen Jahre wieder die Erscheinung zutage träte, die wir im 1922er Jahre miterleben mußten. Im Jahre 1922 sind in Steiermark 23.000 Waggons Obst geerntet worden. Auf Grund der schlechten Absatzmöglichkeiten, der sonstigen Schwierigkeiten, der hohen Bahntarife usw., war es nicht möglich, das Obst zu verwerten, es mußten Hunderte von Waggons an das Vieh verfüttert werden, die einzige Art, wie an manchen Orten das Obst überhaupt seine Verwertung fand. Es ist daher dringend notwendig, und es dürfte auch in der nächsten Zeit im hohen Hause ein Antrag zur Verhandlung kommen, daß die Frachtsätze erniedrigt werden, sowie daß auch die Ausfuhrfreiheit nach dem Auslande festgesetzt wird, damit wir unser Obst entsprechend verwerten können. Es ist das gelegen im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung, der Konsumenten und im Interesse der Menschheit überhaupt. — Das Erfordernis für den Obst- und Weinbau ist 961.060.000 K, die Bedeckung 444.540.000 K, somit ein Abgang von 516.520.000 K.

Samenkontrollstation. Die Samenkontrollstation ist selbstverständlich ein passiver Posten, hat aber für uns Landwirte einen ganz besonderen Vorteil und großen Wert, weil in dieser Station das Saatgut auf Grund seiner Reinheit und Keimfähigkeit untersucht wird. Für uns Landwirte hat diese Station auch einen besonderen Wert dadurch, weil in der Versuchstation die Kunstdüngermengen auf ihren Prozentgehalt überprüft und richtiggestellt werden; denn sonst würden die Landwirte oft durch minderwertigen Kunstdünger übervorteilt werden. Es wäre zu wünschen, daß die landwirtschaftlich-chemische Versuchs- und Samenkontrollstation viel mehr in Anspruch genommen würde, weil die Kunstdüngerpreise enorm hoch sind, und insolgedessen verliert die bäuerliche Bevölkerung oft die Lust, Kunstdünger auf ihrem Grund und Boden anzuwenden, um einen entsprechenden Ertrag zu er-

zielen. Es wäre unbedingt notwendig, daß Bodenuntersuchungen vorgenommen würden. Wir haben bei der letzten Zentralausschußsitzung der Landwirtschaftsgesellschaft von Dr. Hoffer gehört, daß zum Beispiel in Dänemark im vorigen Jahre 25.000 Bodenuntersuchungen vorgenommen wurden, wogegen in Steiermark deren Anzahl nur 40 betrug. Wenn Bodenuntersuchungen im größeren Maßstabe durchgeführt und der fehlende Kunstdünger zugekauft würde, würde auch der Ertrag der Landwirtschaft bedeutend gesteigert werden können. Das Erfordernis beträgt 120.000.000 K, die Bedeckung 38.300.000 K, der Abgang sonach 81.700.000 K.

Titel 3, Tierzuchtförderung. Wie wichtig die Tierzuchtförderung ist, hat der Landtag bereits schon dadurch anerkannt, daß im Vorjahre ein Tierzuchtgesetz geschaffen wurde, welches ja auch im Vorjahre in Wirksamkeit getreten ist. Dieses neue Gesetz stellt an uns Landwirte bedeutende Anforderungen, denn das Gesetz bestimmt, daß für 80 Kühe ein Zuchstier gehalten werden muß. Wenn man nun bedenkt, daß in der Ost-, West- und Mittelfeiermark zirka 800 Zuchstiere gefehlt haben, so haben die Gemeinden eine bedeutende Anzahl Zuchstiere zukaufen müssen, und da ein großer Teil dieser Zuchstiere zur Blutaufrischung aus dem Auslande angekauft werden mußte, so kann daraus berechnet werden, welche große Belastungen die Gemeinden tragen müssen. Ein guter Zuchstier kostet heute 20 Millionen Kronen und auch darüber, drei bis vier Jahre wird er zur Zucht verwendet und dann wird er verkauft nach dem Körpergewicht; beim Ankauf hat er zum Beispiel 400 kg, beim Verkauf vielleicht 800 kg, aber man wird immer einen bedeutenden Verlust haben, weil der Fleischpreis um die Hälfte und auch mehr niedriger ist und man nach vier Jahren nur 10.000.000 K einnehmen wird. Es ist nur begründet und gerecht, wenn man bei der Tierzuchtförderung den bäuerlichen Kreisen unter die Arme greift, den Nutzen daraus werden nicht nur diese, sondern die Allgemeinheit aus der besseren Fleischproduktion und Milchleistung haben. Das Erfordernis hiefür beträgt 2.200.000.000 K, die Bedeckung 736.700.000 K, der Abgang daher 1.463.300.000 K.

Titel 4, Sonstige Auslagen. Hierzu möchte ich nur erwähnen, daß es gelungen ist, die Dienstbotenprämien von 1 Million auf 20 Millionen Kronen zu erhöhen. Bezüglich der Unfallversicherung, welche auch in diesem Titel begriffen ist, ist es für uns Bauern nur erfreulich, daß sie wieder pauschaliert erscheint. Bezüglich der Wiederbesiedlung ist in der Weise eine Abänderung getroffen worden, daß 50 Millionen für die Förderung der Wiederbesiedlung und 450 Millionen Kronen für den Wiederbesiedlungsfonds festgesetzt worden sind. Die Post „Beiträge zur Herstellung von Wasserleitungen“ wurde von 100 auf 300 Millionen Kronen erhöht, und ist auch diese Erhöhung zu begrüßen, weil sie dazu beitragen wird, die Volksgesundheit zu heben.

Hohes Haus! Bei einem Gesamterfordernis des Budgets mit 334.723.550.000 K ist für die gesamten Ausgabeposten für die Landwirtschaft ein Betrag von

10.075.445.000 K gewidmet, gewiß ein gering zu bezeichnender Betrag. Ich bitte das hohe Haus, dieses Kapitel unverändert anzunehmen.

Präsident: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abg. Bichl.

Bichl: Hohes Haus! Vorerst möchte ich mir gestatten, bei diesem Kapitel, welches sich auch mit der Wiederbesiedlung der landschaftlichen Flächen beschäftigt, eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, aus welcher das hohe Haus klar ersehen kann, wie auch auf dem Gebiete der Grundverkehrskommission, der Landesagrarbebehörde, nicht objektiv, sondern parteiisch gehandelt wird. Nachdem meines Wissens Herr Landesrat Riegler in der Landesagrarbebehörde Sitz und Stimme hat, möchte ich bitten, dieser Angelegenheit ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Konsumgenossenschaft in Leoben betreibt seit vielen Jahren in Niklasdorf eine Filiale, und zwar in einem Hause, welches der Firma Prigl und Bergmeister gehört. Um nun aus diesem Abhängigkeitsverhältnis herauszukommen, bemühte sich die Genossenschaft schon seit Jahr und Tag, ein Haus oder einen Grund zu kaufen, um eine selbständige Unterkunft sich schaffen zu können. Es wäre dies auch im Vorjahre beinahe gelungen, wenn sich nicht merkwürdige Dinge ereignet hätten. Es war die Kohlbacher Realität zu kaufen und es waren 16 Erbanteile angemeldet. Die Genossenschaft hatte nun 10 Anteile käuflich erworben und die Auszahlung des Kaufschillings für die restlichen Anteile wurde an die Bedingung geknüpft, was die Grundverkehrskommission dazu sagen wird. Diese hat aber nun den Kauf mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch ein landwirtschaftlicher Betrieb im Ausmaße von 7 Joch seiner eigentlichen Bestimmung entzogen würde, und daher hat die Grundverkehrskommission sich dazu entschlossen, diesen Kauf nicht zu gestatten. Gegen diese Entscheidung wurde an die Landes-Agrarbebehörde rekurriert, und merkwürdigerweise hat auch diese herausgefunden, daß dieser landwirtschaftliche Betrieb für die Landwirtschaft einen ungeheuer großen Wert besitze und daß die Konsumgenossenschaft nicht die Berechtigung nachzuweisen in der Lage ist, Grundstücke für den landwirtschaftlichen Betrieb zu erwerben, obwohl ausdrücklich im § 2 der Statuten enthalten ist, daß die Genossenschaft auch Urproduktion betreiben kann. Gegen das konnte man schließlich nichts einwenden, es ist Ansicht der beiden Behörden gewesen, wenn nicht 14 Tage später folgendes eingetreten wäre: Nach Abweisung unseres Rekurses tritt die Firma Prigl & Bergmeister, das Industrieunternehmen in Niklasdorf, als Käufer der gleichen Realität auf, und soweit hier die Agrarbebehörde hätte in Anspruch genommen werden müssen, war es schon bei der Grundverkehrskommission zu einer zustimmenden Erklärung gekommen, obwohl sicher auch dieses Unternehmen nicht mehr an der Erhaltung eines landwirtschaftlichen Betriebes interessiert ist, wie die Konsumgenossenschaft Leoben. Es ist gewiß bedauerlich, wenn derartige Dinge vorkommen, weil hiedurch das Gefühl, daß das Recht für alle gleich sein soll, erschüttert wird, und ich werde mir noch erlauben, bei anderen behördlichen Stellen gegen diese Vorgänge

noch schärfer Stellung zu nehmen, nachdem ein Umstand eingetreten ist, der sehr interessant ist. In dem Momente, als die Firma Prigl & Bergmeister als Käufer der Kohlbacherschen Realität aufgetreten ist, ist zugleich auch die Kündigung für jene Lokale erfolgt, die bisher die Konsumgenossenschaft als Verkaufsstelle innehatte, ein Vorgang, der in keiner Weise gerechtfertigt ist und den Weiterbestand der Konsumfiliale in Niklasdorf geradezu in Frage stellt.

Zum Kapitel „Landeskultur“ hätte ich folgendes zu sagen: Wie ich den Voranschlag das erstemal zu Gesicht bekommen habe, habe ich mich über die Rubrik II, Titel 1, Außerordentliches: Pauschalkredit für die von der Bundesverwaltung beabsichtigten Bauten an der Mur und Enns mit 2.430.000.000 K, sehr gefreut und mir ist dabei folgende Episode eingefallen: Es war, glaube ich, im Jahre 1915 auf 1916, zur Zeit, als die ersten großen Gefangenentransporte aus Rußland in Steiermark einlangten, da hatte ich Gelegenheit, bei einer Sitzung, die in der Burg stattfand, zum Zwecke der Einteilung der Bezirke Steiermarks in Erfordernis-, Erhaltungs- und Zuschußbezirke, teilzunehmen. Da ist der damalige Landeshauptmann Attems mit einer Mitteilung an den damaligen Statthalter Clary herangefahren und hat gesagt: „Erzellenz, jetzt dürfte Gelegenheit sein, ein im Schoße des Landesbauamtes schon seit 18 Jahren ruhendes, fix und fertiges Projekt der Ennsregulierung zur Durchführung zu bringen.“ Statthalter Clary hat gefragt: „Wie meinen Sie das?“ und da hat man ihm gesagt, jetzt bekommen wir billige Arbeitskräfte, jetzt wird dies ohneweiters zu machen sein. Ich bitte, das war im Jahre 1915 und damals war das Projekt angeblich bereits 18 Jahre alt, und jetzt kommen noch 9 Jahre dazu, also zusammen 27 Jahre. Da möchte ich mir schon die Anfrage gestatten, nachdem in den Erläuterungen zum Voranschlage unter außerordentlichem Erfordernis für die Ennsregulierung Mandling-Gesäuseeingang ein Betrag von 600 Millionen Kronen eingestellt ist, ob überhaupt ein solches Projekt vorhanden ist, und wenn ja, ob dieses Projekt jetzt zur Durchführung gelangen soll. Der damalige Landeshauptmann hat auch betont, daß ungefähr 1000 Joch des besten Ackergrundes durch diese Ennsregulierung der Allgemeinheit zugeführt werden könnten, gewiß eine Sache, die jeder vernünftig denkende Mensch nur mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen könnte, wenn die Sache nun durchgeführt wird. Nachdem jetzt nach den Erläuterungen nur ein Betrag von 600 Millionen Kronen eingestellt ist und 2-4 Milliarden Kronen sich auf andere Dinge beziehen, so glaube ich, daß es überhaupt nicht zur Durchführung des ursprünglichen Projektes kommt. Von Interesse wäre es, wenn der Herr Referent in dieser Richtung in der Lage wäre, hier Aufklärung zu geben, weil ich glaube, daß es schon den Landtag interessieren dürfte, zu erfahren, warum das ursprüngliche Projekt eine so ungeheuer lange Zeit zur Durchführung gebraucht hat. Jedenfalls wird der Herr Landes-Finanzminister lachenden Mundes erklären, wie er es gewohnt ist: „Wir haben kein Geld gehabt!“ Das ist ja gewiß eine der wichtigsten Voraus-

fezungen, aber zur damaligen Zeit, als der kolossale Transport an billigen Arbeitskräften aus Rußland einlangte, da wäre es vernünftiger gewesen, diese Leute nicht in einem Lager zusammenzupferchen und zugrunde gehen zu lassen, sondern sie für die Landeskultur Ersprießliches leisten zu lassen.

(Präsident Steiner übernimmt den Vorsitz.)

Die Erfordernisziffern, die dieses Kapitel aufweist, sind, wenn man von der Valorisierung absieht, keine allzugroßen, und ich glaube, daß man dagegen nichts einwenden kann, nur daß sie in keinem Verhältnisse stehen zu dem, was sonst in kultureller Beziehung von einem Lande verlangt werden könnte. Bei dem Erfordernis zur Bekämpfung von Obstbaumschädlingen scheint mir etwas weniger Beobachtung oder Rücksicht genommen worden zu sein. Es ist mir von einem Wanderlehrer mitgeteilt worden, daß in Steiermark ein Obstbaumschädling immer mehr um sich greift, und zwar die Blutlaus. Ich weiß nicht, ob das Überhandnehmen dieser Schädlinge nicht so kolossal schädlich ist, daß ganze Gebiete der Obstbaukultur in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn man Bücher zur Bekämpfung dieser Schädlinge zur Hand nimmt und einen Fachmann zu Rate zieht, so sagt er, Bespritzung mit Dentrin usw., aber eine wirkliche Bekämpfung dieser Schädlinge gibt es nur dadurch, daß man, wenn sie so überhand genommen haben, einfach den Baum umschlägt und einen neuen setzt. Das ist eine böse Sache. Was ich aber erreichen will, ist, daß von Seite des Landes, der zuständigen Stelle, ein Gesetz geschaffen werden soll, das den Zwang der Bekämpfung der Schädlinge beinhaltet. (Gartner: „Geben Sie uns Arbeiter!“) Man kann des Schädling nur dann Herr werden, wenn er allseits bekämpft wird, und allseits wird er nur dann bekämpft werden, wenn ein gesetzlicher Zwang ausgeübt werden kann. Aber ich bitte, ich lasse mich gerne belehren, ich bin kein Fachmann, mich interessiert es nur, weil ich auf Grund eines praktischen Beispiels gesehen habe, daß alle aufgewendete Mühe nichts nützt, wenn der andere nebenan nicht das gleiche tut. Das selbe wäre es, wenn man nur in einer Gemeinde Maikäfer sammelt und in der nächsten Gemeinde nicht, da würden sich die Maikäfer köstlich unterhalten, weil sie von einer Gemeinde zur anderen ziehen würden. Ich möchte bitten, daß hier der Sache die notwendige Aufmerksamkeit zugewendet wird, weil dem Referenten schon befohlen wurde, daß der Obstbaumzucht und -wartung das größte Augenmerk zugewendet werden soll, weil das wirtschaftliche Dinge sind, die die Allgemeinheit interessieren sollen. Mit dem hätte ich zu diesem Kapitel ausgesprochen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ing. Wihany: Hohes Haus: Ich habe die Absicht, zu Kapitel V, Landeskultur, zu sprechen, und zwar in erster Linie zu dem Kapitel V, Titel 1, Wasserbau und Meliorationswesen. Wenn wir die Ziffern des Voranschlages betrachten, so erscheinen diese Ziffern allerdings verhältnismäßig hoch. Wenn man aber davon wieder dasjenige abstreicht, was der Bund und andere Interessenten dazu beitragen, so bleibt der verhältnismäßig geringe restliche Betrag von 6.1 Mil-

liarden Kronen. Weiters müssen wir, wenn wir das Kapitel Wasserbau und Meliorationswesen innerhalb der Landeskultur besprechen, sofort eine Unterabteilung machen, die allerdings im Voranschlage aufscheint. Titel 1, Abt. Wasserbau, ist wohl nicht zur Gänze der Landeskultur zuzuzählen. Es sind auch Arbeiten an Flüssen und Wasserläufen mit eingeschlossen, die wohl mehr allgemeine volkswirtschaftliche Interessen berühren und nur zum Teile die Interessen der Landeskultur. Innerhalb dieses Kapitels finden wir einen Aufwand von rund 4.074 Milliarden Kronen verzeichnet. Es ist ganz zweifellos, daß mit diesem Betrage nur das Notwendigste geleistet werden kann. Im zweiten Teil, landwirtschaftliches Meliorationswesen, und nur dieser Teil ist zur Gänze der Landeskultur zuzuzählen, finden wir einen Aufwand von 1.36 Milliarden Kronen verzeichnet. Mit diesem Betrage kann nur ein ganz geringer Teil derjenigen Flächen zur Meliorierung kommen, die dieser Meliorierung bedürfen. Wir sehen hier eine Sparmaßnahme in Auswirkung, und zwar ist diese in dieser Hinsicht vor sich gegangen, daß das ursprünglich selbständige Amt, das Landeskulturamt, mit dem Landesbauamt vereinigt wurde. Mit dieser Vereinigung ist auch ein ziemlich weitgehender Abbau durchgeführt worden. So bestand diese Abteilung noch vor zwei Jahren aus fünf Kulturingenieuren, sieben Hilfskräften und einer Schreibkraft. Jetzt ist sie vereinigt mit dem Landesbauamt und zählt nur mehr drei Ingenieure, vier Hilfskräfte und keine Schreibkraft. Wir sehen, daß die Vereinigung dieser Abteilung mit dem Landesbauamt keine glückliche Maßnahme ist. Es sind so verschiedene Agenden, die der Bauingenieur nicht imstande ist, zu überblicken. Nun wurde dieses verkleinerte Amt mit neuen Agenden betraut, und zwar mit der Projektierung von Düngerstätten. Eigentümlicherweise ist die Düngerstättenprojektierung nicht der Abteilung zur Förderung des Pflanzenbaues, sondern der Abteilung für Tierzucht angegliedert. Das Referat führt in Steiermark ein Tierarzt. Die Herstellung der Pläne besorgt das Amt, welches das Meliorationswesen zu leiten hat. Es ist ersichtlich, daß im Zuge der Abbaumaßnahmen dieses Amt stark getroffen wurde. Es ist wohl unmöglich, daß dieses Amt alle die Aufgaben zu erfüllen vermag, die ihm zukommen. Ich würde mir erlauben, einen diesbezüglichen Beschlusantrag zu stellen, ich sehe aber aus dem Grunde davon ab, weil wir im Laufe des heurigen Jahres zur landwirtschaftlichen Berufsvertretung, zur Landwirtschaftskammer, kommen werden und diese auch einen bedeutenden Einfluß auf die Ausgestaltung der Landeskulturförderung innerhalb der Landesregierung ausüben wird.

Bei Erstellung der Pläne für Meliorierungen und Flußregulierungen erscheint es zweckmäßig, folgendes zu erwähnen: Erst in der heutigen Sitzung des Landeskulturausschusses ist uns der Plan vorgelegt worden, wie sich das Landesbauamt und dessen Abteilung die Arbeiten im Jahre 1924 vorstellt. Das ist zu spät. Es ist unmöglich, daß der Landeskulturausschuß ganz im letzten Moment zu den Projekten des Referenten Stellung nehmen kann, und es ist auch ganz unmöglich, daß der Landeskulturausschuß Einfluß

auf die Beträge, die im Budget des laufenden Jahres eingestellt sind, Einfluß üben kann. Es ist uns bekannt, daß die Projekte, die auf Grund von Anträgen im Landtage entstehen, noch einen ziemlichen Leidensweg durchzumachen haben, bis sie baureif sind. Es ist bekannt, daß die Interessenten, die gesetzlich verpflichtet sind, Beiträge zu leisten, nur sehr schwer und im langwierigen Wege dazu verhalten werden können. Ist aber der Plan, den das Referat ausarbeitet, rechtzeitig, ein halbes Jahr vorher, bekannt, dann hat der einzelne Abgeordnete die Möglichkeit, auf diese Interessenten entsprechend einzuwirken und das Projekt früher zur Baureife zu bringen, als es im amtlichen Wege möglich ist. Das wollte ich zu Titel 1 innerhalb des Kapitels V sprechen.

Zu einem weiteren Titel dieses Kapitels möchte ich eine Äußerung abgeben, und zwar zu dem Titel: Samenkontrollstation in Graz. Diese Anstalt führt den Namen: Landwirtschaftlich-chemische Versuchs- und Samenkontrollstation in Graz. Sie ist nicht imstande, auf Grund ihrer örtlichen Lage in Graz, Heinrichstraße, das zu leisten, für was sie geschaffen wurde. Sie kann chemische Untersuchungsarbeiten und Samenkontrollen in Graz ausführen, aber nicht landwirtschaftliche Versuche in Graz, Heinrichstraße, betreiben. Deshalb haben wir schon vor Jahren beantragt, daß diese Station, um der Landwirtschaft fruchtbar gemacht zu werden, mit einer Lehranstalt in Steiermark zu verbinden wäre, damit diese Anstalt dann das leisten könne, wozu sie geschaffen wurde.

Im Kapitel V, Landeskultur, fällt mir noch etwas auf. Im Titel 4 unter „Sonstige Auslagen“ finden wir eine Post mit 10 Millionen Kronen, Förderung der Forstkultur. Der wichtige Zweig der steirischen Urproduktion, die Forstwirtschaft, findet noch keine besondere Förderung.

(Präsident Kölbl übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, es ist nicht notwendig, besonders nachzuweisen, daß auch hier, besonders in der Nachkriegszeit, viel zu fördern wäre. Es gibt wenige steirische Landwirte, die nicht mit Waldbesitz in Verbindung stehen. Das Land Steiermark hätte es auch leicht, weil durch eigene Landesforste die Grundlage für eine großzügige Förderung des Waldbaues in Steiermark auszuüben gegeben ist. Es wurde auch in der Generaldebatte mitgeteilt, daß das Land die Absicht habe, durch ein groß angelegtes Investitionsprogramm Teile der Landesausgaben auf längere Zeit zu verteilen. Wir stellen schon heute fest, daß wir innerhalb dieser Investitionen auch manche Wünsche vom Standpunkte der Landwirtschaft haben, und wir werden nicht ermangeln, wenn diese Sache spruchreif wird, auch entsprechende Anträge zu stellen.

Zusammenfassend möchte ich zum Kapitel Landeskultur sagen, daß im ersten Moment die Beträge, die ausgeworfen sind, verhältnismäßig groß erscheinen, sie sind aber, wenn wir sie auf das ganze Budget verteilen und das, was nicht zur Landeskulturförderung gehört, abziehen, sehr bescheiden. Wir sehen von einer besonderen Antragstellung in diesem Jahre ab aus dem einen Grunde, weil wir bald zur Land- und Forstwirtschaftskammer kommen werden und zweitens, weil

mir bekannt ist, daß im Rahmen der Landesregierung ein sogenanntes Landeskulturförderungsgesetz vorbereitet wird. Innerhalb dieses Gesetzes werden wir dann leichter imstande sein, unsere Wünsche zur Geltung zu bringen. (Beifall.)

Schiffo: Hohes Haus! In diesem Voranschlage ist nach Möglichkeit Rechnung getragen dafür, daß die Landwirtschaft gefördert und die Produktion gehoben werden soll. Das ist von unserer Seite freudig zu begrüßen. Wenn schon in der Generaldebatte besonders viel von der Notwendigkeit über die Hebung der Landwirtschaft und Förderung der Produktion gesprochen worden ist, möchte ich jetzt die Gelegenheit benützen, auch das hohe Haus dahingehend aufmerksam zu machen, daß es den Landwirten auch ermöglicht werden muß, aus eigenen Mitteln, mit eigener Kraft sich emporzuarbeiten, weil die einfachen Mittel, die ihm geboten werden, nicht hinreichen, das zu erreichen, was der Wunsch der Allgemeinheit ist. Wenn wir heute hinaussehen, wie es bei den Landwirten draußen steht, wenn wir heute die landwirtschaftlichen Betriebe betrachten nach dem Kriege, so werden wir finden, daß mancher Bauer sehr gerne seinen Grund und Boden durch die Anschaffung von Kunstdünger verbessern möchte, er möchte gerne verbessern durch den Ankauf von Maschinen, durch die Neuanschaffung sonstigen Inventars, wenn ihm nicht die nötigen Mittel dazu fehlen würden. Wenn wir nun darauf zu sprechen kommen, daß der Landwirt auch aus eigener Kraft trachten soll, sich emporzuarbeiten und die Produktion zu fördern, so muß aber auch eine gesunde Preispolitik und auch eine gesunde Wirtschaftspolitik im allgemeinen betrieben werden. Das sind vielleicht die größten Krebschäden bei der Landwirtschaft und speziell auch beim Kleinbauern, weil ihm eben nie die Möglichkeit geboten wird, eine Atempause zu haben, um sich emporzuarbeiten zu können. Wenn wir den Krieg betrachten, wo der Landwirt fortwährend unter der Zwangswirtschaft gestanden ist, zu Preisen verkaufen mußte, die in keinem Einklange zu bringen waren mit den Gesteungskosten, so sehen wir, daß der Landwirt für die Förderung der Landwirtschaft nichts tun hat können. Die Zeit nach dem Kriege, nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, war viel zu kurz, um die nötigen finanziellen Mittel aufzutreiben, um tatsächlich seinen Boden verbessern zu können. Es geht ja nicht so, daß der Bauer mit einem Schlage seinen Boden verbessern, seinen Grund aufwerten kann. Es braucht zur Aufwertung eines Bodens Jahre. Der Boden muß intensiv bearbeitet werden, daß läßt sich nicht, wie man glaubt, mit einem Schlage machen. Es soll daher den Landwirten Zeit gelassen werden, daß es ihnen im Verlaufe der Jahre möglich wird, durch eine gesunde Preispolitik, eine gesunde Wirtschaftslage, dahin zu kommen, was der Wunsch der Gesamtheit ist, nämlich zur Hebung der Produktion. Wenn nun viel davon gesprochen wird, daß es notwendig ist, daß der Bauer durch Bildung, durch Schulen, dahin gebracht wird, mehr aus seinem Boden herauszubringen, mehr zu erzielen, so ist das vollkommen richtig. Aber, meine Herren, neben der Schulbildung muß wiederum das eine kommen, es müssen dem Bauer die Mittel

zur Verfügung gestellt werden, daß er diese Bildung, diese geistige Hebung, in die Tat umsetzen kann, er muß seine Produkte dementsprechend an den Mann bringen können, daß er Gelder einnimmt, um auch diesen Gewinn geistiger Bildung in Wirklichkeit auszuwerten und ausnützen zu können. Nun, wie schaut es da aus? Schauen wir uns einmal Graz an. Wenn heute die Herren Sozialdemokraten mit Vorliebe Stellung nehmen für den Kleinbauern, für den Bauern eintreten und sagen, diesem muß geholfen werden, schauen wir uns da das heutige Marktkommissariat in Graz an. Dort sehen wir das Gegenteil. Auf den Grazer Märkten herrscht heute noch immer das Preisdiktat des Marktamtes. Es werden die Kleinbauern gezwungen, ihre Produkte zu verkaufen zu einem Preise, der mit dem allgemeinen Marktpreise nicht vereinbar ist. Wenn Sie sprechen von der Unterstützung des Kleinbauern, von der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, und auf der anderen Seite speziell die Kleinbauern, denn auf die Grazer Märkte kommen keine Großbauern (P o n g r a h : „Ihre Leute sitzen doch auch im Gemeinderate!“) Ja freilich sitzen sie dort, sie können aber nichts machen, weil der Herr A u s o b s k y, der Leiter des Marktamtes, unbedingt darauf besteht, daß die Preise diktiert werden. In Graz ist trotz wiederholter Interventionen des Herrn Landeshauptmannes, der schon oft sich eingesetzt hat, trotz meiner Interventionen, ich bin vorstellig geworden, daß dieses Preisdiktat aufhören soll, nichts geschieht, damit es möglich ist, daß der Bauer frei seine Ware verkaufen kann und nicht, daß man ihm die Preise vorschreibt. Er muß eben billiger verkaufen als der Händler. Ich frage das hohe Haus, mit welcher Berechtigung das möglich ist, daß man dem Bauern die Preise diktieren kann. Wenn er die gleiche Zeit aufwendet, bleibt es für die Konsumenten doch gleich, ob nun der Bauer selbst verkauft oder der Händler. Man will dem Kleinbauern das nicht zukommen lassen, was der wahre Marktpreis wäre, man will ihm absichtlich weniger zukommen lassen. Ich frage das hohe Haus, ob eine solche Vorgangsweise dazu beiträgt, daß nun die Landwirtschaft gehoben werden kann. Wenn der Bauer noch so geschieht wird, wenn er die finanziellen Mittel nicht haben wird, seine Kenntnisse auszuwerten, wird auch die Produktion innerhalb der Landwirtschaft niemals gehoben werden können. Es gehört Schulung dazu und die Möglichkeit, daß er seine Kenntnisse verwerten, praktisch anwenden und ausnützen kann. Es sind noch verschiedene andere Seiten und Möglichkeiten, die man erwähnen könnte, die dazu dienen könnten, dem Bauern zu helfen und die Produktion zu fördern. Das wäre zum Beispiel, wenn Sie trachten würden, daß alle jene Produkte, die sich der Bauer anschaffen muß zur Hebung seiner Produktion, zur Förderung der Landwirtschaft, einen Preis haben würden, der es eben dem Kleinbauern ermöglichen würde, diese Produkte oder Maschinen anzuschaffen.

Hier komme ich auf etwas, was vielleicht unangenehm aufgefaßt werden könnte, und das ist die Zollfrage, Wieso die Frage hier eine Rolle spielt, wird sich mancher nicht klar sein, aber sie spielt schon eine Rolle in der Landwirtschaft und auch für die Hebung

der Landwirtschaft. Warum? Die Industrie als solche ist seit jeher geschützt durch hohe Zölle, sie ist in der Lage, durch die Zölle die Produkte aus dem Auslande, die der Landwirt braucht, konkurrenzfähig zu halten mit ihren eigenen. Die Landwirtschaft ist deswegen angewiesen, die heimischen, sehr teuren Produkte unbedingt kaufen zu müssen. Dadurch wird es der Landwirtschaft nicht möglich, die Konkurrenz des Auslandes auch zur Hebung der eigenen Produktion auszunützen. Sie ist vielmehr angewiesen, im Inlande ihre Bedarfsartikel zu kaufen. Ich begreife sehr wohl, daß die Sozialdemokraten ein großes Interesse daran haben, daß ihre Industrie geschützt bleibt durch Zölle, damit die Konkurrenz des Auslandes ihnen nichts streitig machen kann. Dieser Zustand, daß die Landwirtschaft vogelfrei ist und daß die Industrie durch Zölle geschützt wird, muß weg, mit diesem Zustand muß ein- für allemal gebrochen werden. Warum? Weil sich bei der Landwirtschaft das sehr übel auswirkt. Alle diese Belastungen, die die Industrie infolge der sozialen Belastungen der Allgemeinheit auferlegt, wirken sich am allermeisten bei der Landwirtschaft aus. Wenn Sie heute darangehen, die Kleinbauern, die landwirtschaftlichen Dienstboten, für Ihre Ideen zu gewinnen, so möchte ich sagen, es hat ja schließlich etwas für sich. Warum wollen Sie aber das? Sie wollen das deswegen, weil Sie diese Leute brauchen. Aber für die Allgemeinheit wird dann die Sache sehr schlimm werden, wenn auch in der Landwirtschaft die sozialdemokratischen Ideen Platz greifen. Ich bekenne ehrlich und offen, wir Bauern möchten auch gerne Nutznießer der sozialen Errungenschaften sein, von allen diesen wirklich einen Anteil haben, aber ich bitte, wir können ihn nicht haben, und warum nicht? Weil es mit unserem Berufe nicht vereinbar ist. Sie müssen sich vor Augen halten, daß der Bauer nicht ein Produzent ist, der maschinell erzeugen kann, der unter Dach arbeiten kann. Der Bauer ist fortwährend den Einflüssen der Witterung ausgesetzt und muß mit den natürlichen Elementen den Kampf aufnehmen. Deswegen ist es auch ganz unmöglich, bei den Bauern den Achtstundentag einzuhalten, außer, ich gebe zu, daß es auch möglich wäre, wenn wir die doppelten Arbeitskräfte hätten. Was aber dazu die konsumierende Bevölkerung sagen würde, das überlasse ich Ihnen selbst zu beurteilen. Wenn der Bauer bei einer landwirtschaftlichen Verrichtung ist, zum Beispiel bei der Heumahd, und wenn er sich während der Zeit dieser Mahd strikte halten würde nach dem Gesetze des Achtstundentages und nicht länger arbeiten würde, oder wenn er, nach Ihrer Auffassung, Überstunden bezahlen müßte, so würde dadurch die Produktion sehr verfeuert, diese auch nicht gefördert, es würde zum Schlusse draußen nichts mehr wachsen. Es würde daher die Produktion gar nicht gefördert, wohl aber sehr verfeuert werden. Dies würde die konsumierende Bevölkerung nicht ertragen, und deswegen können wir Bauern den Achtstundenbetrieb auch nicht einführen. Aber anders verhält sich die Sache durch den Achtstundentag bei der Produktion aller jener Artikel, die wir von der Industrie kaufen müssen. Es kann nicht abgeleugnet werden, daß der Achtstundentag, den Sie in der Industrie eingeführt haben, produktionsver-

feuernd ist, wenn auch behauptet wird, ja, wenn mehr gearbeitet würde, würde noch mehr Arbeitslosigkeit entstehen. Dies ist vielleicht in der Sache eine nicht ganz richtige Auffassung. Es würde durch eine längere, durch eine Mehrarbeit meiner Auffassung nach nicht eine größere Arbeitslosigkeit entstehen. Warum? Weil, wenn länger gearbeitet wird, und zwar sagen wir nur durch eine Stunde, so würde die Produktion verbilligt werden und es würde auch mehr Absatz vorhanden sein im Inland. Sie können versichert sein, daß ein großer Teil der Bauernschaft, ja der größte Teil, und darunter auch die Kleinbauernschaft, einen riesigen Bedarf an Industrieartikeln hätte, aber leider nur nicht das Geld aufbringt, diese Artikel sich anzuschaffen, seien es nun Maschinen, sei es Kunstdünger oder alle möglichen Bedarfsartikel. (Hirt: „Wer verteuert das alles? Der Zwischenhandel!“) Es ist das gewiß auch der Zwischenhandel, aber auch die Größe der sozialen Belastung. Ich will hier der Arbeiterschaft gewiß nicht Vorwürfe machen, daß sie nicht genug arbeitet, aber ich will einen Beweis erbringen, daß tatsächlich gewisse Lasten ungünstig auf die Allgemeinheit einwirken. Ich habe in meiner Tasche eine Rechnung, die ich erst jüngst bezahlen mußte für die Aufstellung eines Mastes, für die elektrische Zuleitung in das Haus. Hohes Haus! Dieser eine Mast kostet mich über 500.000 K. Spezialisiert ist die Rechnung derartig: Vier oder fünf Monteurstunden mit 16.500 K. (Leichin: „Aber der hat das doch gar nicht bekommen!“) Ich weiß, das gebe ich auch ehrlich zu, aber für mich als Bauer ist doch maßgebend die Summe, die ich bezahlen muß. (Leichin: „Aber damit dürfen Sie dann die Arbeiter nicht belasten!“) Dann weiter acht Hilfsmonteurstunden à 15.000 K, ich weiß, daß der betreffende Arbeiter das nicht bekommt, ich weiß aber nicht, warum dann solche Ziffern herauskommen. Das ist eben die Belastung, die durch die soziale Gesetzgebung geschaffen worden ist und die uns einmal zugrunde richten wird. (Hirt: „Gehen Sie einmal 12 Stunden zu einem Martinofer!“) Ich bitte, ich gebe ganz offen zu, der Achtstundentag ist nicht zu verwerfen, ich begreife es vollkommen. Wenn ein Arbeiter bei einer unserer schwersten Arbeiten, das ist wenn wir Mist führen, wenn er da Tag für Tag das ganze Jahr hindurch Mist führen müßte, dann hätte er mit einer achttündigen Arbeitszeit vollauf genug. Daselbe ist auch bei Ihnen. Es wäre ein ehrlicher Achtstundentag in verschiedenen Betrieben gewiß berechtigt, aber der schablonenmäßig überall angewendete, daß jeder Gewerbetreibende, jeder Maurer zum Beispiel ... (Hirt: „Hat der keine schwere Arbeit?“) nur acht Stunden arbeiten darf, der im Winter überhaupt nichts verdient, das ist nicht am Platze. Ich kenne sehr viele Arbeiter in der Nähe von Graz, die schon oft zu mir gesagt haben: „Ich möchte gern um eine Stunde täglich länger arbeiten, aber ich darf es nicht, weil es gesetzlich verboten ist.“ Und glauben Sie, daß diese eine Stunde Mehrarbeit für den Arbeiter selbst von Nachteil wäre? Er verdient um diese eine Stunde mehr und mancher hätte in dieser Stunde das Brotgeld für seine Familie leichter verdient. Das möchte ich gesagt haben, nicht um Ihnen

einen Vorwurf zu machen, denn ich will mich nicht prinzipiell gegen den Achtstundentag aussprechen. Ich habe soviel soziales Verständnis, wenn ich auch ein kleiner Bauer bin, daß der Mensch nicht da ist, um sich zusammenzuschinden und zugrundezurichten, aber ich kann es nicht begreifen, daß man das in einer Zeit macht, wo man immer hört, daß die Volkswirtschaft so am Boden liegt und alle möglichen Schwierigkeiten bestehen, wo man hört, das und das muß gemacht werden zur Linderung. Wo aber hernehmen? Ich bitte, von den Steuern allein können diese Mittel nicht aufgebracht werden, wir müssen zum Grundsatz zurückkehren, mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen. Das ist der rechte und der wahre Grundsatz, auf dem wir aufbauen können; und dann, sehr geehrte Herren von der Gegenseite, werden auch Ihre Wünsche leichter zu erfüllen sein. Ich begreife es, daß Sie mit einem gewissen Recht Forderungen stellen, um die Arbeiterschaft zu unterstützen, dieses Recht will ich Ihnen nicht streitig machen, aber Sie müssen es begreifen, Sie müßten frachten, daß die Möglichkeit geboten wird, alle diese Errungenschaften, ohne daß der allgemeinen Volkswirtschaft Schaden zugefügt wird, zur Auswirkung zu bringen. Und das gleiche gilt auch für die Landwirtschaft. Aber wenn man fortwährend von der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion spricht und im vorigen Jahre hier die Herren von den Sozialdemokraten im Hause öffentlich erklärt haben bei der Budgetdebatte, daß wir Bauern überhaupt keine Steuern zahlen (Zwischenruf: „Voriges Jahr haben Sie auch fast keine bezahlt!“), daß es lächerlich ist, was wir für Steuern zahlen, und wenn heute die Erkenntnis einzieht, daß die Steuerlasten, die den Bauern aufgebürdet sind, schon fast nicht mehr zu ertragen sind, so ist das gewiß zu begrüßen. Wieso ist aber ein solcher Stimmungsumschwung möglich in einer Zeitdifferenz von einem Jahre? Im vorigen Jahre die Behauptung, der Bauer bezahlt überhaupt keine Steuern ... (Wichl: „Im vorigen Jahre war das ja auch der Fall!“) Die Verhältnisse waren ganz die gleichen, die Krone ist gerade so entwertet gewesen, und dann noch etwas, der Bauer kann doch nur seine Steuern bezahlen von dem, was er einnimmt, und Kollege Peintinger hat Ihnen gesagt, daß im Jahre 1922 ein Verbrechen an der Bauernschaft begangen wurde, daß man zuerst die Obstausfuhr, wie sie möglich gewesen ist, von Ihrer Seite unterbunden hat. Und wir Kleinbauern waren hier in Graz genötigt, unsere Äpfel mit 500 und 600 K pro Kilo herzugeben, wo die Krone am gleichen Stande war wie heute, nämlich, wo sie am tiefsten war. Was wir bekommen haben, das waren nicht einmal 3 Kreuzer für das Kilo, und im Frieden hat sich kein Mensch aufgeregt, wenn das Kilo Äpfel im Dezember oder im Jänner 12 oder 14 Kreuzer gekostet hat. Nur wir sind gezwungen worden, unser Obst so billig herzugeben. (Aust: „Da war die Landesregierung Burg schuld daran!“) Bitte, nicht die Landesregierung Burg. Der Herr Landeshauptmann hat oft bei der Bahn interveniert, um die Obstausfuhr freizustellen, aber Ihre Leute, die Herren von der Eisenbahn, haben erklärt: „Bevor wir einen Waggon Obst austrollen lassen —

Ihre Herern haben das erklärt —, werden die Wagons abgekuppelt!" (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Und da haben Sie ein Verbrechen an der Landwirtschaft begangen, speziell an dem Kleinbauern und speziell an denen in der Umgebung von Graz. Denn die müssen mit dem Milchwagen oder dem Ziehkarren drei bis vier Stunden weit nach Graz hereinfahren, sind noch mit der Verzehrungssteuer drangsaliiert worden und dann hat man sie am Marktplatz in Graz drangsaliiert und gesagt: "Um diesen Preis dürft Ihr verkaufen!" Das war Ihre Politik vom vorigen Jahre für die Kleinbauern, die das fertiggebracht hat; das ist nicht für die Hebung der Landwirtschaft (Zwischenrufe. — Pichler: "Es sind doch auch ganze Bäume verkauft worden!") Ich bitte, das ist auswärts, weiter draußen, wo ganze Bäume verkauft werden, wo die Obsthändler einkaufen, aber ich spreche von diesen Leuten, die ihr Obst nach Graz hereinführen. Ich möchte nur gefragt haben, ob das auch zur Hebung der Landwirtschaft beiträgt? Und wenn Sie heute die Kleinbauern unterstützen wollen, so ist das zu begrüßen, aber so ist eine Unterstützung für die Kleinbauern nicht gegeben, wenn Sie uns so einen Brosamen hinwerfen und sagen, die Kleinbauern sollen bis zu 10 Joch gar keine Steuer zahlen. (Pichler: "Das Obst, das der Kleinbauer hat, das braucht er bei uns ja für seine Kinder, einen Ertrag hat er ja davon nicht.") Ich bitte, ich bin auch ein kleiner Bauer, kein großer, und habe nur 14 Joch Grund, ich bin ein Kuschler, aber meine Haupteinnahme sind ein paar Meterzentner Obst und die Milch, die ich nach Graz hereinbringe. Erst vor kurzem hat die Grazer Bevölkerung sich noch nicht ausgekannt mit dem Preis der Milch, und im vorjährigen Landtag ist die Milchfrage auch in der Debatte hier angeschnitten worden, weil innerhalb einer Woche vier bis fünf Preissetzungen stattgefunden haben vom Marktkommissariat Graz, das doch unter Ihrer Führung steht. Das ist auch etwas für den Kleinbauern, wo man sieht, so wirst du behandelt in Graz und dafür will man uns einen Brosamen hinwerfen bei der Steuerzahlung, nämlich bei der Grundsteuer, bei allen anderen wird dir der Hals durchgeschnitten werden. Das alles trägt nicht bei zur Hebung der Produktion. Wenn Sie alle meinen, man müsse den kleinen und mittleren Bauern helfen, der mittlere Bauer sei notwendig für die Volkswirtschaft, daß der mehr produziert, denn der mittlere Bauer ist derjenige, welcher für die großen Massen zur Ernährung in Betracht kommt, wenn Sie diesen mittleren Bauernstand umbringen durch solche Belastungen der Steuer, die nicht erträglich sind, dann hört sich die Produktion auf, dann werden Sie die Produktion auch nicht heben und fördern, sondern sie wird zurückgehen, und das wird sich rächen bei der Allgemeinheit.

Noch etwas, was in jüngster Zeit auf Ihre Intervention hin eingetreten ist. Wenn Sie den kleinen Bauern helfen wollen, warum haben Sie jetzt diese Verordnung, die der Herr Landeshauptmann seinerzeit an die Landwirtschafts-Krankenkasse hinausgegeben hat, unmöglich gemacht? Da will ich wieder etwas sagen: Ich habe im vorigen Monat für meine

Dienstpersonen 32.000 K Monatsbeiträge bezahlt und jetzt bekomme ich einen Auftrag von 80.000 K. Ich bitte, wird sich das nicht auch auswirken bei den Kleinbauern draußen? Und Sie werden sagen, der Kleinbauer braucht keine Dienstboten. Der braucht die Dienstboten gerade so wie der große, vielleicht nicht so viele, aber er braucht sie, denn wenn der Kuschler alt geworden ist, wenn er mühselig und gebrochen ist, hat er eine Versorgung? Er hat nichts, er muß, wenn er 80 Jahre alt ist, noch vom Ertrag seines Grundes und Bodens leben, er ist gezwungen, sich einen Arbeiter, einen Hilfsarbeiter, einen Dienstboten zu nehmen. Die müssen bezahlt werden, die Kleinkuschler mit 1 bis 2 Joch Grund, sogar noch mit $\frac{1}{2}$ Joch müssen noch den Dienstboten ernähren und müssen noch diese großen sozialen Lasten tragen mit der Landwirtschafts-Krankenkasse, wo diese Erhöhung ganz überflüssig war. Denn bitte, wir haben es jetzt schon solange gerichtet gehabt ohne Krankenkasse, Sie haben gesehen, welche Schwierigkeiten es macht, diese Krankenkasse bei den Bauern einzuführen. Sie haben gesehen, mit welchen Kämpfen sie durchgesetzt werden mußte. Ich will nicht sagen, daß die Krankenkasse vielleicht nicht berechtigt ist, aber Sie hätten jetzt die Bauern in Ruhe lassen sollen, damit sie sich gewöhnen, damit einmal alle zur Versicherung kommen. Und jetzt kommen Sie schon wieder mit einer solchen Geschichte und verlangen, daß die Verordnung des Landeshauptmannes wegkommen muß, und es wird der Beitrag enorm erhöht. Wie wird sich das bei manchen Kleinbauern auswirken, der über keine Vermittel verfügt, frage ich. Wie wird der das zahlen können, eine über 100prozentige Erhöhung monatlich? Wenn er die Geldmittel nicht hat, bleibt er schuldig, er sucht um Stundung an, aber das ändert an der Sache nichts, einmal muß er ja bezahlen. Ich will damit gesagt haben, daß es nicht richtig ist, wenn man glaubt, daß die Landwirtschaft nur durch Schulen und die Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Schulwesens gefördert wird, sondern daß man es ihr ermöglichen soll, sich aus eigener Kraft emporzurichten und die Kenntnisse, die man an der Schule erworben hat, auch praktisch zu verwerten. In der Generaldebatte wurde auch davon gesprochen, daß die Bauernschaft viel zu konservativ ist. Der Bauer muß aber konservativ sein, denn er kann nicht schablonenmäßig arbeiten. Wer Praxis in der Landwirtschaft hat, wird zugeben, daß oft nur ein Unterschied von einer halben bis dreiviertel Gehstunden, infolge der Verschiedenheit des Bodens eine ganz andere Behandlung notwendig ist. Schauen wir uns nur die Feldbestellung zum Beispiel in St. Peter im Murtal an und bei uns oben an. Wir können nicht anbauen und umbauen, wie es die in St. Peter tun, wir hängen vom Wetter ab, weil wir einen schweren Lehmboden haben, müssen wir auch angestrengter arbeiten. Deswegen müssen wir Bauern konservativ sein, denn man hat schon praktische Erfahrungen gemacht, insbesondere bei Herrschaften, die das Geld hinausgeworfen haben, die sich um teures Geld Maschinen angekauft haben, und heute liegen diese wertvollen Maschinen in der Rumpelkammer, weil sie nicht geeignet sind für den betreffenden Boden. Der

Bauer muß konservativ sein, wenn er tatsächlich einen Mehrertrag haben will, der ihm mehr abwirft für den eigenen Bedarf. Ich will mich nicht lange verbreiten über die ganze Sache, denn sonst könnte es passieren, daß ich in Kollision komme mit den Herren, daß ich in ein falsches Geleise komme und mit den Herren, die im Expreßzug fahren, zusammenstoße (Bichl: „Fahrplanmäßig!“), wie es in den Zeitungen geschrieben wurde, die dann das letztemal einen Tobsuchtsanfall bekommen haben, und das möchte ich vermeiden. Ich möchte das hohe Haus bitten, bei der Landwirtschaft ein bißchen weitblickender zu sein, da ja die Bauern nicht die Absicht haben, die Bevölkerung zu bewuchern, sondern sie haben doch nur die Absicht, immer mehr dem Boden abzurufen, zum Nutzen der Bevölkerung muß es eine Möglichkeit geben, den Bauer nicht fortwährend zu beunruhigen, man muß ihm die Möglichkeit geben, zum Überlegen, um das Richtige zu treffen, und schließlich darf man die Steuer nicht so in die Höhe schrauben, daß die Bauern dabei zusammenbrechen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Gföller: Hohes Haus! Wir haben hier bei diesem Kapitel über eine Frage zu beraten, die in hohem Maße dazu beitragen kann, die Landwirtschaft entweder zu fördern oder zu hemmen. Wir haben in diesem Kapitel auch einen Titel eingefügt, welcher lautet: „Dienstbotenprämien 1 Million Kronen“, und es wurde seitens der christlichsozialen Partei ein Antrag auf Einstellung von 30 Millionen Kronen gestellt. Es ist nun in der Generaldebatte bei dieser Gelegenheit behauptet worden, daß wir Gegner davon seien, daß die Dienstboten zu einer Prämie kommen, und zwar ist betont worden, daß wir den Dienstboten das bißchen Geld neidig seien. Ich möchte nachdrücklich nochmals darauf verweisen, wie wir es schon im Finanzausschusse sehr deutlich sagten, daß es sich uns nicht um die Geldbeträge handelt, sondern daß wir grundsätzlich keine Freunde solcher Prämierungen sind. Wir sind damit einverstanden, daß, wenn irgend ein Stier prämiert wird, dies ein Ansporn für den Besitzer sein kann, aber wir sind nicht dafür, daß man in gleicher Weise auch die Menschen prämiert, sondern wir meinen, daß von vornherein die Aufzucht Platz greifen soll, die Leute für ihre Arbeitskraft nicht zu prämiieren, sondern sie anständig zu entlohnen. Die Leute, die ihren anständigen Lohn haben, werden nicht auf Gnadenprämierungen angewiesen sein, und ich möchte es namens der Landwirte, die hinter uns stehen, sogar zurückweisen, daß man immer wieder mit diesem Prämierungsgedanken kommt, weil unsere Leute diese Prämierungen als etwas Entwürdigendes betrachten. Herr Kollege **Zen z** hat im Laufe der Generaldebatte — und das hängt auch zusammen mit einem späteren Kapitel — in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß zwischen mir und meinen Parteigenossen Widersprüche gewesen seien, weil ich mich auf der einen Seite bemüht habe gesehen hätte, für die Interessen der Kleinbauern einzutreten und dann andererseits, allerdings als Delegierter der Landwirtschaftskrankenkasse, aufgezeigt hätte, daß heute die Landwirtschaftskrankenkasse von den Arbeitern der großen Betriebe erhalten

werde, daß es unmöglich sei, daß lediglich auf Kosten der Arbeiter der großen Betriebe die Landwirtschaftskrankenkasse erhalten wird. Es hat zu diesem Kapitel auch der Herr Abg. **Sch i f k o** gesprochen, und er hat gemeint, daß die Krankenkasse den Bauern, insbesondere den Kleinbauern, große Lasten bringe, die ganz überflüssig seien, und dadurch ganz unnötigerweise Schwierigkeiten gegenüber den Bauern durch die Einführung dieser Krankenversicherung entsprungen seien. Ich glaube nun, die Ausführungen der Herren Kollegen **Zen z** und **Sch i f k o** befinden sich auf einer Linie. Ich weiß nicht, ob dem Vertreter der sogenannten christlichen Landarbeiter nicht erlaubt worden ist, daß er zu diesem Kapitel auch einiges sagen darf, aber ich nehme an, daß er es aus eigenem für überflüssig erachtet, für seine Landarbeiter Stellung zu nehmen, denn sonst wäre er moralisch verpflichtet gewesen, daß er unmittelbar nach dem Kollegen **Zen z** aufgestanden wäre und erklärt hätte, „Herr Kollege **Zen z**, Ihre Bauernagitation betreiben Sie auf Kosten meiner Dienstboten!“ Ich meine, wenn Herr Kollege **Zen z** mir gewissermaßen Demagogie vorgeworfen hat, so fällt dieser Vorwurf nun auf ihn selbst zurück, weil ich Ihnen sage, daß die Einführung der Krankenversicherung nicht nur im Interesse der Dienstboten, im Interesse der Landarbeiter gelegen ist, sondern auch im Interesse der Kleinbauern und der bäuerlichen Besitzer selbst. Wir dürfen doch niemals übersehen, daß nicht nur Verpflichtungen gegenüber dem Krankenversicherungsinstitute bestehen, sondern daß dieses auch Leistungen gegenüber seinen Mitgliedern zu erfüllen hat, und wenn wir ehrlich reden wollen, müssen wir auch das anerkennen. Die Ziffern, die im Berichte der Krankenkasse aufgeschienen sind, zeigen uns sehr deutlich, daß die Ausgaben dieser Kasse im Verhältnisse zu den Einnahmen sehr große sind. Wir haben im vergangenen Jahre im Durchschnitte Monatsbeiträge von 14.019 Kronen gehabt und für diese Durchschnittsbeitragsleistung kommt eine Arbeiterzahl von 40.000 bis 60.000 in Betracht. Dieser Durchschnittseinnahme von 14.019 K steht eine Durchschnittsausgabe von 13.997 K gegenüber, so daß bei der Post Beiträge mit einem Uberschuß von 22 K zu rechnen sind. Ich meine nun, so kann eine Landwirtschaftskrankenkasse nicht wirtschaften, genau so wenig, wie eine industrielle Kasse. Wenn man nun bei einer solchen Lage gegen die Versicherung in öffentlichen Körperschaften und in der Presse Stimmung macht dadurch, daß man die Kategorie der Besitzer gegen die Arbeiter gewissermaßen auspielen zu können glaubt, dann versündigt man sich nicht nur an dem Versicherungsgedanken, sondern auch gegenüber den Landarbeitern und Kleinbauern, denn wenn die finanzielle Lage der Landwirtschaftskrankenkasse nicht besser wird, werden wir nicht imstande sein, sie auf die Dauer zu erhalten, es wird zum Zusammenbruche der Kasse kommen. Wenn wir diese Ausführungen anhören, so können wir uns immer wieder nicht des Verdachtes erwehren, als ob diese Herren, von welchen in immer stärkerer Form gegen die Höhe dieser Beitragsleistung Stellung genommen wird, insgeheim den Wunsch hätten, dieses Institut der Krankenversicherung auf dem Lande

wieder umzubringen. Da möchte ich aber erklären, daß wir alle Hebel in Bewegung setzen würden, um dies zu verhindern, nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Arbeitgeber und der Landwirtschaft selbst. Es ist ja sicher richtig, daß von Natur aus eine Anzahl Schwierigkeiten bei den bäuerlichen Arbeitgebern bei Einführung der Krankenversicherung vorhanden war, und es ist dies begreiflich, weil dies ein für die landwirtschaftlichen Arbeitgeber neuer Gedanke ist und auch die industriellen Kassen sind nicht ohne Schwierigkeiten eingeführt worden. Es handelt sich darum, daß alle verantwortungsvollen Faktoren, die berufenen Faktoren, einwirken, die Bevölkerung aufzuklären über das Wesen und den Wert einer solchen Versicherung, um solche Übelstände zu beseitigen. (S c h i f k o: „Das haben wir ja bisher auch getan!“) Ja, wenn man auf der einen Seite nur auf die Lasten hinweist, die bei der Einführung der Versicherung erwachsen, nie aber von den Vorteilen redet, dann kann man keine Aufklärungsarbeit betreiben, dann kann man nicht erreichen, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber dieser Kasse sympathisch gegenüberstehen, und meine Überzeugung ist es, wenn von allem Anfange an alle Parteien sich hinter den Gedanken der Versicherung gestellt hätten, dann hätten auch die Schwierigkeiten nicht ein Drittel dessen ausgemacht, als wie sie wirklich bestanden haben. Das Unglück dieser Kasse war vor allem, die politische Konkurrenz zwischen dem Bauernbund und den Christlichsozialen. Der Bauernbund hat gedacht, ein politisches Geschäft zu machen, wenn er gegen die Krankenkasse Stellung nimmt, und die christlichsoziale Partei hat als große Partei nicht den Mut aufgebracht, mit der Wahrheit vor die Leute zu treten und den Gedanken der Versicherung rücksichtslos zu vertreten und ist dadurch selbst mitschuldig an den Schwierigkeiten bei der Einführung der Versicherung geworden. Ich möchte noch auf eines aufmerksam machen. Wir sind nicht dagegen aufgetreten, daß irgendwie versucht werden soll, für den Anfang die Schwierigkeiten der Einführung zu mildern, sondern gegen was wir eingetreten sind, war die damalige ungesetzhafte Verordnung des Landeshauptmannes, weil dieser sich über die Interessentenkreise, vielleicht mit Ausnahme der Kreise der Christlichsozialen, einfach hinweggesetzt und aus eigener Machtvollkommenheit eine Verordnung erlassen hat, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt hat und nicht geeignet war, die Schwierigkeiten zu mindern und auf der anderen Seite nicht neue Schwierigkeiten entstehen zu lassen. Wir waren auch sachlich mit dieser Verordnung deshalb nicht einverstanden, weil diese Verordnung geradezu eine Schädigung, besonders jener Teile der Landarbeiter gebracht hat, die beispielsweise aus einem landwirtschaftlichen Betriebe ausgeschieden, dann in ein anderes versicherungspflichtiges Verhältnis gekommen und dann krank geworden sind, durch diese Verordnung bedeutend geschädigt waren, durch diese unlogische Einreihung, die dem Geiste des ganzen Versicherungswesens widersprochen hat. Wenn der Herr Landeshauptmann oder die christlichsoziale Partei ernstlich gewollt hätte, dann hätte sie die Möglichkeit gehabt, im Einver-

nehmen auch mit uns die Schwierigkeiten bei Einführung der Krankenversicherung bei der Landwirtschaft durchzuführen. Aber dieser Wille hat gefehlt, man hat sich über uns hinweggesetzt, und da können Sie nicht uns verantwortlich machen, daß wir uns gegen die Ungeheuerlichkeiten des Herrn Landeshauptmannes zur Wehr gesetzt haben. Das und noch etwas gegenüber dem Herrn Abg. S c h i f k o. Der Herr Abg. S c h i f k o ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß die scheinbare Belastung der Bauern eine so außerordentlich große sei, denn auf der anderen Seite wird es ja wieder zurückgezahlt. Die Sanierungssteuern, die Seipelssteuern, die wirklich ungerecht verteilt sind, machen ein Vielfaches von dem aus, was die Krankenversicherungsbeiträge ausmachen. Ich glaube, wir wären vielleicht schon bei der Grundsteuer allein imstande, den Kleinbauern so zu schonen, daß das aufgewogen wäre, was er für die Landarbeiter zu bezahlen hat, ganz abgesehen davon, daß es Kleinbauern gibt, die überhaupt nicht als versicherungspflichtig für die Krankenversicherung in Betracht kommen. Die niedrigste Klasse ist die Klasse 10 und bei dieser beträgt der Monatsbeitrag 11.700 K, das wäre zur Hälfte zu teilen, aber das zahlt sich nicht aus, so daß der Arbeitgeber den ganzen Betrag bezahlen wird. Nun nehmen wir an, er wird von der Krankenkasse, nachdem es unmöglich ist, so wie bisher weiter zu wirtschaften, diese finanzielle Gewissenlosigkeit weiter aufrecht zu erhalten, in die 13. oder 14. Klasse eingereiht und da würden nun 23.000 bis 27.000 K pro Monat je zur Hälfte aufzuteilen sein. Ich meine, der Bauer wird imstande sein, diesen Betrag auch allein aufzubringen, ohne daß er ausgerechnet wegen dieser 27.000 K zugrunde geht. Im übrigen können wir auch in der Praxis die Beobachtung machen, daß Landwirte den Wert der Krankenversicherung auch ohne Aufklärung zu erkennen beginnen, daß sie selbst, wenn Krankheitsfälle gewesen sind, zur Krankenkasse kommen und nach Aufrechterhaltung der Versicherung drängen, daß ihnen selbst daran gelegen ist, allerdings vorerhand nur denjenigen, die die Vorteile der Versicherung genossen haben. Ich habe die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit die Landwirte von der Notwendigkeit der Krankenversicherung überzeugt sein werden, und das wird je eher der Fall sein, desto weniger Demagogie in dieser Angelegenheit betrieben wird.

Nun eine andere Angelegenheit, die auch mit der Förderung der Landwirtschaft im Zusammenhang steht. Ich habe schon in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß wir mit der Durchführung des Alpenschutzgesetzes in Steiermark nicht zufrieden sein können. Der Herr Landesrat Kiegl er hat darauf hingewiesen, daß die Agrarbehörden überlastet seien mit Wiederbesiedlungsarbeiten und daher nicht zur Durchführung dieses Gesetzes kommen, obwohl dieses Gesetz seit 1920 besteht. Nun würde meiner Meinung nach ein volkswirtschaftlich denkender Mensch es riskieren, daß man den Agrarämtern trotz des berühmten Abbaues die allernotwendigsten Beamten zur Verfügung stellt, damit solche Arbeiten gemacht werden können, weil das eine Produktionsförderung bedeuten würde, wenn dieses Gesetz auch praktisch angewendet werden könnte. Nach dem Gesetze sind die Filialen der

Landwirtschaftsgesellschaft berufen, Alpausschüsse zu bestellen. Da möchte ich einige Beschwerden vorbringen, die wir vorzubringen haben, und ich bitte, sie zur Kenntnis zu nehmen und mit entsprechenden Bemerkungen der Landwirtschaftsgesellschaft mitzuteilen. Es ist allerdings verständlich, daß die Landwirtschaftsgesellschaft nicht aus eigenem jene Tendenz in der Bestellung der Fachbeiräte walten läßt, welche notwendig wäre, weil die Landwirtschaftsgesellschaft nicht mehr eine Vertretung der Landwirtschaft von Steiermark darstellt, weil sie nur etwa über 3000 Mitglieder verfügt, die einen sehr geringen Bruchteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von Steiermark darstellen. Wir werden ja noch im Laufe dieser Session Gelegenheit haben, über die Schaffung einer wirklichen landwirtschaftlichen Kammer in diesem Lande zu reden. Es sind uns über die Zusammensetzung der Alpausschüsse aus dem Murtauer Gebiete folgende Beschwerden zugekommen. In Murau soll ein Fachbeirat zur Agrarbezirksbehörde bestehen. In diesem sollen sitzen: 1. Herr Alfred Neuper, Großgrundbesitzer in Unterzeiring, 2. Pater Waldmeister Bruno Jansen, Stift St. Lambrecht, 3. Herr Oswald Fritsch, Großbauer in St. Johann am Tauern, der außerdem noch sechs Stunden von der Bahn entlegen wohnt und daher nur unter den größten Opfern und auswärtiger Übernachtung nach Murau zu den Sitzungen kommen kann. Es ist dem letzteren die Ausübung des Mandates sehr erschwert, weil er eben sechs Stunden von Murau entfernt wohnt, so daß meistens die übrigen Mitglieder anstieren und entscheiden müssen. Dann besteht noch ein Alpausschuß in Murau. Obmann ist Regierungsrat Tierarzt Föstl, Obmann-Stellvertreter ist der Ing. Fritsch. Die Mitglieder sind Ing. Schwarzberger, Mitglieder sind Ing. Verwalter Peskopy, Ferdinand Nagl, Matthias Mayerhofer, beide Großgrundbesitzer. Im Alpausschusse Oberwölz sollen durchwegs große Besitzer sitzen. Im Alpausschusse Neumarkt ist Obmann der Ing. Direktor Karl Zischka, Obmann-Stellvertreter ist der Großgrundbesitzer Pichler, Mitglieder sind die Herren Zuchi und Pucher, beide Gutsverwalter. Im Alpausschusse Judenburg sitzen ausgesprochen größere Besitzer und bekannte Gegner der Wiederbesiedlung, nämlich die Herren Schilhahn, Köck, Erkl, Huslik und Pustferschmied. Im Alpausschusse Oberzeiring ist Obmann der Großgrundbesitzer Roman Neuper, und neben ihm ist auch sein Sohn Mitglied, der auch ein Großgrundbesitzer sein soll. Es mag sein, daß einer oder der andere kein Großgrundbesitzer oder größerer Besitzer ist, daß der eine oder der andere nicht mehr Mitglied ist, aber die Tendenz, die diese Ausschüsse zeigen, beweist, daß die Tendenz dahingeht, in diesen Alpausschüssen den Bock zum Gärtner zu machen. (Schreckenthal: „Roman Neuper ist einer der besten Landwirte!“) Ich kann nicht annehmen, daß ein Vertreter der Firma Schwarzberger sich anstrengen wird, vernachlässigte Alpen bei der Firma Schwarzberger zu suchen, daß der Pater vom Stifte St. Lambrecht sich bemühen wird, nachzuforschen, ob beim Gebiete des Stiftes St. Lambrecht eine Alpe wäre, die nach dem Alpschutzgesetze zwangsweise zu verpachten wäre. Ich glaube nicht, daß von

Vertretern dieser Großgrundbesitzer bezüglich Anträge gestellt werden. Selbstverständlich gebührt dieser Vorwurf nicht ihnen, sondern denen, die solche Herren bestellen, die sich bemühen werden, Anträge zu sabotieren, eine Alpe vom „Fürsten“ Schwarzberger zum Beispiel im Wege der Zwangsverpachtung zu vergeben.

Weil diese folgenden Ausführungen vielleicht vom Bauernbunde bestritten werden, so habe ich zu den Ausführungen des Kollegen Wihany in der Generaldebatte nicht mehr geantwortet, um die notwendigen Nachrichten einzuziehen. Der Herr Wihany hat es für notwendig gefunden, der christlichsozialen Partei vermeintlich Schützenhilfe zu leisten, daß er unseren Parteigenossen im Burgenlande so indirekt Parteilichkeit vorgeworfen hat. Unter anderem war sein schwerster Vorwurf, daß er unseren Parteigenossen im Burgenlande Demagogie in der Religionsfrage vorgeworfen hat. Er hat erzählt, daß wir im Burgenlande für die Angleichung der Geistlichen an die Kongrua eingetreten sind. Da dürfte der Herr Wihany wahrscheinlich von einem schlechten Informator hineingelegt worden sein. Faktisch war es so, daß im Burgenlande die Geistlichkeit die Kongrua bisher schon vorschussweise gehabt hat, aber so, daß alle ohne Unterschied das gleiche bekommen haben, die reichen wir die armen Pfarrer. Da ist nun von der Landesregierung die Angleichung beschlossen worden, damit die reichen Pfarrer nicht ebenso viel bekommen, wie früher die armen Pfarrer bekommen haben. Die Angleichung hat keine finanzielle Belastung, sondern eine Entlastung des Landes gebracht. (Winkler: „Sie haben den Abg. Wihany falsch verstanden!“) Außerdem wäre noch darauf zu verweisen, daß diese Angleichung auch die Bauernbündler geduldet haben, daß sie keinen lebhaften Protest eingelegt haben. Aber vielleicht wäre eines noch zu sagen, daß nämlich im Burgenlande eine meiner Meinung nach für Österreich bedeutsame Erklärung abgegeben worden ist, dort ist ein Geistlicher, der Pfarrer Sabel, aufgestanden und hat sich in einer Rede als Anhänger des Gedankens der Trennung von Kirche und Staat offen bekannt (Rufe: „Hört!“) und hat erklärt, er ist dafür, daß jene, die den Geistlichen brauchen, sich auch den Geistlichen bezahlen sollen. (Ing. Wihany: „Stimmt!“) Ich finde diese Stellung des Pfarrers Sabel sehr aner kennenswert, sehr mutig. Mir ist zwar bekannt, daß es auch in Steiermark Geistliche gibt, die derselben Anschauung huldigen, die es aber nicht wagen, diese Anschauung auch öffentlich zu vertreten.

Nun zur Frage der Giebigkeiten. Da hat der Herr Abg. Wihany kühn behauptet, daß wir gegen den landbündlerischen Antrag auf Aufhebung der Giebigkeiten gestimmt hätten. In Wirklichkeit ist die Sache so, daß ein solcher Antrag von den Landbündlern bisher noch nicht gestellt worden ist, sondern daß die Sozialdemokraten einen solchen Antrag gestellt haben, der aber noch nicht verhandelt worden ist. Ich habe diese Auskunft vom Präsidium des burgenländischen Landtages erhalten. (Winkler: „Das kann der Herr Präsident doch nicht wissen, man kann doch nicht auch von unserem Herrn. Präsidenten Kölbl verlangen, daß er sich von hundert Anträgen jeden

einzelnen merkt!") Dieser Antrag wegen der Siebigen ist für den Präsidenten des burgenländischen Landtages so wichtig, daß er ihn sicher nicht übersehen würde, sondern sich rot und grün ärgern würde darüber, daß die Landbündler ihm und seiner Partei zuvorgekommen sind. In Wirklichkeit war es nicht so, sondern die Sozialdemokraten Wimmer und Genossen haben diesen Antrag gestellt, der noch nicht zur Verhandlung gelangt ist. (Zwischenrufe Wihan.)

Ich möchte darauf verweisen, daß man die Zuhörer oder Mitglieder des Hauses für sehr naiv halten muß, wenn man darlegen will, als ob ein Antrag sofort zum Beschlusse erhoben werden müßte, der erst eingebracht worden ist. Es ist doch auch dem Herrn Abg. Wihan bekannt, daß technische und parlamentarische Schwierigkeiten es mitunter möglich machen (Ing. Wihan: „Sie zweifeln meine Berichterstattung an und ich Ihre!“), daß ein Antrag monatelang zur Verhandlung steht, während dieser Antrag erst vor kurzem eingebracht worden ist. Die allerschönste Geschichte ist die mit der Elektrizitätsgenossenschaft für das nördliche Burgenland. Hier bei der Elektrizitätsgenossenschaft hat uns Herr Abg. Wihan den Vorwurf gemacht, als ob wir einseitig im Landtage mit den Christlichsozialen für diese Elektrizitätsgenossenschaft des nördlichen Burgenlandes eingetreten seien. Hier handelt es sich um folgendes: Es ist vom burgenländischen Landtage eine Landesgarantie für diese Genossenschaft beschlossen worden; diese Genossenschaft ist nicht sozialdemokratisch, sondern hat eine bürgerliche Mehrheit und gehören ihr auch alle Bürgermeister des nördlichen Burgenlandes an. Das Land hat nicht den Kredit zur Verfügung gestellt, sondern nur die Garantie für 7 Milliarden Kronen beschlossen, die die Gesellschaft selbst schon sichergestellt hat, die die Genossenschaft schon soviel wie in der Hand hat. Die Genossenschaft hat nur die Garantie des Landes gebraucht, die nur mehr eine Formalität war, die wir zu wiederholten Malen in diesem hohen Hause gegenüber der Steuereag erfüllt haben. Nun hat in dieser Angelegenheit der Präsident des burgenländischen Landtages versucht, der Schönheit halber einen einstimmigen Beschluß des Landtages zustandezubringen und hat zu diesem Zwecke mit Landesrat Voith geredet und ihm nahegelegt, ob nicht auch die Bauernbündler für diesen Antrag stimmen könnten. Voith hat sich bereit erklärt, für diese Garantie zu stimmen, wenn diese Genossenschaft, die sich 7 Milliarden Kronen beschafft hat und für die das Land die Garantie gegeben hat, 2 oder 3 Milliarden Kronen zur Sanierung des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften des südlichen Burgenlandes beistellt, dem auch die Elektrizitätsgenossenschaft des südlichen Burgenlandes angeschlossen ist. Nun sind unsere Parteigenossen und auch die Christlichsozialen auf dieses Geschäftsangebot selbstverständlich nicht eingegangen. Es wurde aber andererseits ganz offiziell von der Elektrizitätsgenossenschaft des nördlichen Burgenlandes das Angebot gemacht, die Elektrizitätsgenossenschaft des südlichen Burgenlandes zu sanieren, die befindet sich in einer mißlichen Lage, also man hat sich bereit erklärt, die Sanierung der Genossenschaft des südlichen Burgenlandes durchzuführen. Diese Sanierung ist ab-

gelehnt worden, so daß wirklich scheinbar nur der Schluß gezogen werden kann, es hätte sich um ein Geschäft für die landwirtschaftlichen Genossenschaften gehandelt, die in den Händen der Bauernbündler sind, und es wäre das der eigentliche Zweck des Protestes gegen den Beschluß wegen der Garantie für dieses Anlehen gewesen. Was nun die Frage der Achtung der Minderheit im burgenländischen Landtage anbelangt, so dürfte Herrn Abg. Wihan nicht bekannt gewesen sein, daß nicht eine Ausnahmsbestimmung geschaffen, sondern eine neue Geschäftsordnung beschlossen worden ist, weil früher eine Geschäftsordnung des Landtages nach dem Muster des Nationalrates bestanden hat, wobei 25 Unterschriften für eine dringliche Anfrage erforderlich waren. (Zwischenruf Wihan.) Die Geschäftsordnung ist automatisch vom Nationalrat übernommen worden. Nun ist diese Anzahl auf ein Viertel der Mitglieder des Hauses herabgesetzt worden, also auf 8. Daß die Bauernbündler nur 7 Mandate bei den Wahlen in den Landtag erreicht haben, dafür kann man nicht jemand anderen verantwortlich machen. 7 ist ja kein Viertel von 32. Herr Kollege Wihan darf nicht verlangen, daß man lediglich seiner Partei zuliebe einen Landbündelschlüssel erfindet. (Zwischenruf: „Das ist auch gar nicht notwendig!“) Ursprünglich war die Geschäftsordnung allerdings in anderen Punkten für die Bauernbündler günstig. Sie hat beruht auf Vereinbarungen, auf einen Vertrag, dieser ist gebrochen worden und deshalb ist dann eben die Geschäftsordnung in dieser Form beschlossen worden. Zur Charakteristik der burgenländischen Landbündler, zur Pikanterie wäre gut zu bemerken, daß sie im Verlaufe einer gründlichen Beratung des Budgets, die sich durch Tage oder zumindestens durch Nächte hingezogen hat, beinahe alle Ausgaben für die Schule, für das Schulbudget, beinahe alle Schulausgaben zur Streichung beantragt haben, sogar Lehrergehälter und Remunerationen, während lediglich Separatentlohnungen für Geistliche nicht zur Streichung beantragt worden sind. (Winkler: „Sie werden schon ihren Grund gehabt haben dafür!“) Wenn eine gründliche Beratung so unsachlich ist, nennen wir es so, daß Sie als angeblich fortschrittliche Partei ausgerechnet Lehrergehälter, Schulerfordernisse zur Streichung beantragen, während Sie die Post für die Geistlichen stehen lassen, glaube ich schon, den Schluß daraus ziehen zu können, daß die Berichterstattung so unglücklich war, daß Kollege Wihan seinen Informanten aufgegeben ist. (Ing. Wihan: „Sie sind ihnen aufgegeben!“) Nein, Herr Kollege!

Nun zu anderen Ausführungen des Herrn Abg. Schifko. Herr Schifko hat sich unter anderem darüber beklagt, daß die Kleinbauern des Grazer Marktes gezwungen würden, zu einem Preise ihre Lebensmittel zu verkaufen, bei dem sie nicht bestehen können. Ich bin nicht der Ex-offo-Verteidiger der Stadtgemeinde Graz, umsomehr als wir dort eine bürgerliche Mehrheit zu verzeichnen haben und wir nur aus Zufall als stärkste Partei den Bürgermeister gestellt haben, aber ich glaube, daß die Darstellung, die Kollege Schifko hier gegeben hat, auf falschen Informationen beruhen muß. Kollege Schifko hat

das ganze als Feindseligkeit gegen die Kleinbauern ausgelegt. Er hat sich offenbar gestützt auf Informationen durch den „Sonntagsboten“. Ich habe vor einiger Zeit im „Sonntagsboten“ ebenfalls Angriffe auf das städtische Bürgermeisteramt gelesen. Ich habe gesagt, wenn das richtig ist, was der „Sonntagsbote“ schreibt, so ist das eine Schweinerei, und habe in diesem Sinne an den Bürgermeister der Stadt Graz einen Brief geschrieben und habe auch vom Bürgermeisteramt die entsprechenden Aufklärungen erhalten. Dieses teilte mir mit, daß das Marktkommissariat, das diese Agenden zu führen hat, berichtet, daß die Kleinbauern nicht gezwungen werden, zu niedrigeren Preisen zu verkaufen als die Händler, sondern daß die Preisfestsetzung nach der Marktforderung lediglich von der Qualität abhängt und natürlich auch in einem Verhältnis zu den Preisen der Händler stehen muß. Es wurden beispielsweise einige Fälle angeführt, in denen erklärt wird, daß die Preise, die von den sogenannten Kleinbauern verlangt wurden, bei schlechterer Qualität wesentlich höher waren, als die Preise, die die Händler verlangt haben, und daß in solchen Fällen der Auftrag ergeht, einzuschreiten, weil es sich um offensichtlichen Wucher handelt. Es wird außerdem noch von der Marktpolizei behauptet, daß es sich zum größten Teile in diesen Fällen der Beanspruchung nicht um Kleinbauern, sondern mehr um Händler handelt, die als Kleinbauern verkleidet auf die Märkte gehen. (Heiterkeit. — Jenz: „Sind Sie vielleicht auch ein verkleideter Kleinbauer? — Leichin: „Statt Ihres geistlichen Kleides würde auch besser das Kleid eines Händlers passen!“) Ich habe es nicht notwendig, Herr Kollege Jenz. Landesrat Winkler hat nun gemeint, daß sich in der freien Konkurrenz ein natürlicher Preis bilden muß. Für den ersten Blick scheint diese Meinung richtig, aber infolge der besonderen Verhältnisse trifft diese freie Preisbildung doch nicht ein, weil wir in Graz vor allem mehrere Marktplätze haben, so daß die Preise nicht gleichzeitig zu jeder Tageszeit so kontrolliert werden können, wie es notwendig wäre, und weil außerdem vor allem die Arbeiter-, die Beamtenfrauen gezwungen sind, möglichst früh einzukaufen, damit sie möglichst rasch nach Hause kommen zum Mittagkochen. Nun können die nicht so lange warten, bis die Preise sinken. Bis gegen Mittag sinken dann allerdings die Preise, um diese Zeit ist aber keine Arbeiter- und keine Angestelltenfrau mehr imstande, einzukaufen. Im übrigen hat uns das Bürgermeisteramt mitgeteilt, und ich bin überzeugt, daß es dieses Angebot auch jederzeit bereit ist, Herrn Abg. Schifko oder Jenz zu machen, in konkreten Fällen der Sache nachzugehen und einzuschreiten. Aber es ist natürlich notwendig, daß der „Sonntagsbote“ nicht nur allgemeine Behauptungen aufstellt, sondern auch konkrete Fälle angibt und dem Bürgermeisteramt überantwortet. Ich möchte darauf verweisen, daß ich die von den Christlichsozialen provozierte Debatte über die Grazer Marktverhältnisse einigermaßen unvorsichtig nennen muß. Sie können doch nicht einen einzigen Zeitungsleser, nicht einmal Ihrer Zeitungen, für so dumm anschauen, daß er das glaubt, daß für die Wirtschaft in Graz lediglich die Sozialdemokraten verantwortlich seien, weil doch allgemein bekannt ist,

daß 28 Bürgerliche gegen 20 Sozialdemokraten dort sitzen. Oder wollen Sie mit diesen fortwährenden Behauptungen sagen, daß Ihre 28 Bürgerlichen so dumm sind, daß sie gegenüber 20 Sozialdemokraten nicht aufkommen können? (Leichin: „Schon möglich!“) Das kann ich doch nicht von Ihnen erwarten, sondern ich betrachte das als äußerste Ungeschicklichkeit von Ihrer Seite, wenn Sie fortwährend einen anderen Boden suchen, auf dem Sie gegen Ihre Parteigenossen in der Grazer Gemeinde losgehen. Es wird besser sein, Sie machen diese Differenzen in der Landes- oder Lokalparteivertretung aus, weil sonst doch die Bevölkerung zur Überzeugung kommen muß, daß das eine merkwürdige Partei sein muß, die im Landtag gegen ihre Parteigenossen im Gemeinderate Stellung nehmen muß, um ihre Wünsche zur Durchführung zu bringen.

Nun hat Herr Abg. Schifko eine sehr wichtige Frage angeschnitten, bei der es mir vorgekommen ist, daß er unsere Auffassung, die wir in der Generaldebatte entwickelt haben, vollständig mißverstanden oder nicht gehört hat, denn sonst hätte er unmöglich diese Pauschalitervorwürfe gegen die Sozialdemokraten erheben können. Er hat gemeint, daß es der Landwirtschaft heute im allgemeinen schlecht geht. Ich gebe ihm zu, daß im allgemeinen die Zeiten der sieben fetten Jahre für die Landwirtschaft schon einigermaßen vorüber sind (Jobel: „Die haben wir nie gehabt!“) und daß die Zeiten der sieben mageren Jahre für die Landwirtschaft begonnen haben. Nun, Herr Kollege Schifko, meine ich aber, daß es eine kurzfristige Wirtschaftspolitik für die Landwirtschaft selbst ist, wenn man immer versucht, die Preispolitik in den Vordergrund zu stellen. Ich glaube, die Preispolitik ist zu einem Teile dort, wo sie notwendig ist, die Gestehungskosten mit dem Verkaufspreisen in Einklang zu bringen, ganz am Platze, aber wir dürfen das nicht an die Spitze stellen, es ist nicht das ausschlaggebende Moment in der Förderung der Landwirtschaft, nicht das ausschließliche oder das erste Problem der Landwirtschaft. Bequem ist es allerdings, wenn man dem, der nicht aus und ein weiß, nicht über den Hof hinauszublicken vermag und nicht Gelegenheit hat, eine entsprechende Schulung durchzumachen, der sich über die Weltzusammenhänge, nicht einmal über die Zusammenhänge im eigenen Lande über sein Dorf hinaus auseinanderzusetzen vermag, da ist es leicht, zu erklären: „Das alles ist nur deswegen so, weil du zu wenig für deine Produkte bekommst!“ Das ist allerdings die einfachste Politik für eine Partei, die lediglich darauf ausgeht, Stimmen zu gewinnen. Wenn eine Partei aber im Rahmen der Volkswirtschaft arbeiten will und diese Partei ihre Politik so eingestellt hat, daß sie das Leben der Menschen fördern will, wenn eine Partei nicht nur an den Tag denkt, sondern wenn sie über den Tag hinausdenkt, auch an die Zukunft der Menschen eines Staates, dann ist sie natürlich nicht imstande, mit diesen Schlagworten bei diesen Leuten billige Erfolge einzuheimen. Und ich gestehe ganz offen, daß wir nicht in der Lage wären, mit so billigen Schlagern bei unsern Kleinbauern draußen zu arbeiten, daß wir das auch verschmähen würden, weil wir schon nach dem Wesen unserer Partei verzichten

müssen auf so kurzfristige Leute, die auf diese Schlager hineinfallen würden.

Zusammenhängend damit hat Herr Abg. Schifko auch die Frage der Zölle behandelt. Es ist, Gott sei Dank, wenigstens von einer Bauernpartei im hohen Hause gesagt worden, daß die Zölle nicht das Allheilsmittel sind. Wenn wir aber die Reden der Christlichsozialen hören, dann meint man, daß die Zölle das A und O der Landwirtschaftsförderung sein müssen. Ich kann nicht anders, ich muß sagen, ich habe Mitleid mit der christlichsozialen Partei, daß sie geistig so arm ist, daß für sie in der ganzen Landwirtschaftsdebatte bisher die Frage der Zölle und der Preise das einzige war, was eine Rolle gespielt hat. Mit Ausnahme der Ausführungen der Herren Bauernbündler hat sich niemand mit den größeren Problemen der Landwirtschaftsförderung überhaupt beschäftigt. Ich möchte gegenüber dem Herrn Abg. Schifko noch verweisen, daß er nicht vergessen darf, daß die Landwirtschaft auch zu einem gewissen Teile spezialisiert ist, daß es daher schon aus dem Grunde gefährlich ist, nur so generaliter Zölle zu machen, denn im Oberland haben wir Milchbauern und Züchter, im Unterland unter anderen Weinbauern. Der Weinbauer muß das Vieh einkaufen, das er braucht, und der Viehzüchter muß den Wein kaufen, den der andere selbst erzeugt. Und mit dem Zoll belasten sie nicht nur die sogenannten Konsumenten, die ja auch Produzenten sind, sondern sie belasten auch die Landwirtschaft selbst, Ihre Leute. Und wenn Sie ein bißchen an die Entwicklungsgeschichte der verschiedenen Zolltarife, an ihre Wirkungen auf die Landwirtschaft denken würden, dann würden Sie einsehen, daß alle Ihre Argumente hohl sind und daß beim Schutz der Landwirtschaft, dort, wo es bedrohte Teile der Landwirtschaft gibt, daß bei dieser Frage sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden muß, wenn man nicht denen vielleicht die Suppe versalzen will, die sie auslöffeln sollen. Das will ich Ihnen zu bedenken geben, damit Sie nicht vielleicht Ihren eigenen Parteigenossen einen Brei kochen, an dem sie einmal ersticken könnten. Ich wiederhole es nur für die christlichsoziale Partei, nicht für den „Sonntagsboten“, daß wir für geeignete Schutzmaßnahmen sind, denn es wäre ja unangenehm für Sie, darüber im „Sonntagsboten“ berichten zu müssen, daß auch die Sozialdemokraten für den Schutz der Landwirtschaft eintreten. Das darf natürlich nicht sein, denn sonst hätten Sie einen billigen Schlager weniger, und das Niveau der christlichsozialen Partei scheint sich ja auf der Höhe solcher Schlager zu bewegen. Aber um keine Mißverständnisse in diesem hohen Hause aufkommen zu lassen, erkläre ich, daß es in erster Linie in Österreich für die Landwirtschaft auf eine Politik der Förderung der Produktion in der Landwirtschaft ankommt und daß wir für alle Vorschläge zu haben sein werden, welche geeignet sind, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Vergessen Sie nicht, wenn Sie allgemeine Zölle haben wollen, dann wird auch die Industrie zu Ihnen kommen und als Kompensation den Industriezoll verlangen, und es ist zu befürchten ... (Zwischenruf: „Den haben Sie ja schon!“) Zum Teil ja. Das ist schön, daß Sie mir diesen Einwurf machen. Kollege Winkler hat dem Kollegen Leichin in der Ge-

neraldebatte erklärt, da muß etwas faul sein im „Staate der Industrie“. Nun, es ist etwas faul, aber diese Fäule haben zu einem Teil die sogenannten Bauernvertreter aus der Zeit vor dem Kriege selbst auf dem Gewissen, und der Herr Landesrat Resel ist mein Zeuge, er wird es selbst gehört haben, wie im Jahre 1907 Parteigenosse Reuner die Herren aufmerksam gemacht hat auf die Folgen ihrer Hochschutzzollpolitik, wie er aufmerksam gemacht hat, warum die Bauern kein Interesse haben, die Rohstoffe, Eisen usw. zu verteuern, weil die Bauernschaft einer der größten Abnehmer ist für Eisen. Obwohl nun Reuner darauf aufmerksam gemacht hat, daß es sich bei der Industrie nicht nur um Schutzzölle, sondern um Kartellzölle handelt, die nur dazu bestimmt sind, einem Kartell der großen Eisenbestien, jenen Hyänen ihre Profite zu sichern, daß das zu einem Unglück für die Volkswirtschaft führen wird, weil künstliche Absatzgebiete im Auslande ausgerichtet und geschaffen werden, wurden die Zölle trotzdem beschlossen, und heute haben wir die Folgen. Damals wurden die Preise im Inlande erhöht, und unser Parteigenosse Dr. Renner hat damals schon prophezeit, daß dieser verhängnisvolle Schritt und diese Politik das Unglück unserer Volkswirtschaft sein wird. Und dann ist der Krieg gekommen und der Zusammenbruch, und trotz der Zölle, die bestehen, ist unsere Industrie heute nicht in der Lage, die künstlich aufgebauten Absatzgebiete, diese künstlich aufgepöppelte Industrie auch wirklich zu erhalten. Die Weltwirtschaftskräfte sind stärker, sie sind hinweggegangen über Österreich und heute leidet die Industrie unter einer furchtbaren Krise, und heute fragt es sich, ob es nicht möglich und notwendig ist, für einzelne Industriezweige zum Schutze der Menschen einen Übergangszoll zuzulassen, damit man wenigstens für eine Übergangszeit diesen Menschen, die in der Industrie beschäftigt sind, einige Zeit läßt, in der sie sich nach einem anderen Arbeitsgebiet umsehen können. Ich möchte Sie doch bitten, vor allem immer eines beim Kapitel „Landeskultur“ zu beachten: Vergessen Sie nie, daß die Landwirtschaft doch nicht allein in der Welt ist und daß in der heutigen Wirtschaft doch sehr innige Wechselbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie, sowie Stadtbevölkerung und Landbevölkerung bestehen. Und ich meine, auch Ihnen müßte es einleuchten, wenn es der Landwirtschaft gut gehen soll, dann müssen Sie sorgen, daß Sie auch im Inland konsumkräftige Abnehmer Ihrer Produkte haben. Sie hätten ein Interesse daran, eine lohn- und kaufkräftige Arbeiter- und Angestelltenchaft zu schaffen, um die Produkte der Landwirtschaft abzusetzen. Wenn Sie uns helfen würden, für den Schutz der Arbeiter, für die Arbeitslosenfürsorge einzutreten, Kollektivverträge aufzurichten, dann wäre das eine Arbeit, die Sie zugleich auch geleistet hätten für die Landwirtschaft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zingl: Hohes Haus: Der Herr Abg. Wolf hat gerade in der Debatte geschildert, daß die Landwirtschaft heuer gut abschneiden werde auf Kosten der Schule und hat dabei betont, daß die Schule heuer weit zurückgestellt wird. Wir sehen es schon ein, daß heuer die Landwirtschaft etwas besser daran ist als voriges Jahr, aber daß die Schule deshalb zurückge-

stellt ist, davon ist wohl keine Rede. Wir haben in der Oststeiermark zwar schon einen Vorzeil erzielt, wir haben im vorigen Jahre zwei landwirtschaftliche Schulen errungen. Ich möchte besonders die landwirtschaftliche Schule in Kirchberg hervorheben. Früher hat man von der nordöstlichen Steiermark im Lande Steiermark überhaupt nichts oder nicht viel gewußt, weil niemand denkt, daß dort noch ein Land ist, vor dem Krieg nicht und nach dem Krieg auch nicht. So haben wir ein Recht und einen Anspruch darauf gehabt, daß dort eine landwirtschaftliche Schule errichtet wird. Wir haben ein Interesse, daß diese Schule weit von der Stadt errichtet wird, weil, wenn die Schule vorüber ist, wir unsere Kinder wieder daheim haben wollen, weil, wenn die Schule in der Nähe der Stadt ist, dann die Burschen aber nicht mehr nach Hause kommen. Sie suchen eine andere Stellung und der Bauernstand wird noch mehr geschädigt.

Dem Herrn Kollegen Gföller ist die Geschichte mit der Landwirtschafts-Krankenkasse auf die Nerven gegangen, weil diese ihm einen Strich durch die Kleinhäuslerbewegung macht. Denn auf der einen Seite für die Kleinhäusler einzutreten und auf der anderen Seite ihnen solche Belastungen aufzuerlegen, da wird er kein Glück bei den Kleinbauern haben, und wir haben daher keine Angst Herr Kollege Gföller, daß Sie draußen bei den Kleinbauern Abnehmer haben werden. Hinsichtlich der Krankenkasse werde ich Ihnen genau beweisen, welcher Unterschied da ist. Früher haben wir mindestens 4900 K gezahlt und jetzt zahlen wir mindestens 19.500 K, und das ist der kleinste Satz, wo der Versicherte keinen Barlohn hat. Bei einem Monatslohn von über 100.000 K zahlen wir im Monat 39.000 K oder im Jahr 468.000 K, und da möchte ich wohl die Kleinbauern fragen, ob sie imstande sind, so viel Geld hinauszuerwerfen. Ich muß ja zugeben, wie Herr Gföller ausgeführt hat, die Steuern drücken den Bauern, da die ja wirklich schon hoch genug sind und es so nicht weitergehen kann. Die Grundsteuer und auch die anderen Steuern wären ja noch zu ertragen, aber die sozialen Lasten greifen die Landwirtschaft am meisten an, und ich möchte schon bitten, daß man der Landwirtschaft, die ohnehin schon mit allen Steuern, Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Grundsteuer usw. belastet ist, daß man den Bauern keine neuen Lasten auferlegt. Es wurde auch ein Antrag eingebracht auf Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft. Auf der einen Seite hoch bezahlte Arbeitskräfte und auf der anderen Seite müssen wir die Arbeitslosenversicherung bezahlen, so können Sie es nicht weiter machen, da werden Sie keine Anhänger bekommen, auf der einen Seite das Bestreben, für die Kleinhäusler einzutreten und auf der anderen Seite ihnen wieder die schwersten Lasten aufzuerlegen. Wir müssen aber nicht immer nur von den Kleinbauern reden, es gibt ja auch mittlere und Großbauern, aber auch kein Großbauer wird die Möglichkeit haben, diese Lasten tragen zu können. Wenn von den Gegnern die Staffelung der Grundsteuer angenommen wird, so muß ich gestehen, daß ich gegen diese Staffelung bin, weil man dadurch mehr zu bezahlen hat, als bei der einheitlichen Steuer. Das ist nur Demagogie, wenn der Besitzer unter 10 K steuer-

frei bleibt, und man dann einfach hinauszifiziert und wenn Sie dann einen mittleren Bauern anschauen, so hat er nicht so viel eingenommen, um die Krankenkasse zu bezahlen. (Pichler: „Wenn er einen Knecht ins Spital schickt, hat er mehr verdient, als wenn er durch zwei Jahre die Krankenkasse bezahlt!“) Wir sind ja nicht gegen die Krankenkasse. (Pichler: „Er läßt den Knecht im Stall liegen, bis er verfault!“) Das ist nicht wahr. Das kann nur ein vereinzelter Fall sein. (Zwischenrufe: „Wir haben die Beweise!“) Wir sind ja nicht gegen die Krankenkasse, das fällt uns gar nicht ein, ein Beweis aber, daß dies Vorgehen Demagogie ist, ist, daß auf der einen Seite geheßt wird, daß aber auf der anderen Seite die Kleinbauern die Lasten nicht ertragen können. Ich will nur noch vom mittleren Bauern sprechen, der 6 bis 8 Dienstboten hat; dem ist es unmöglich gemacht, weiter arbeiten zu können, die Herren schauen schon immer darauf, daß die Löhne erhöht werden, die Arbeitslosenversicherung soll eingeführt werden, die Unfallversicherung, lauter neue Lasten, welche die Landwirtschaft nicht mehr ertragen kann. Ich möchte an die Herren von der Gegenseite den Appell richten, lassen Sie die Landwirtschaft in Ruhe. Wir mischen uns ja auch nicht in Ihre Verhältnisse drein. Es ist Ihnen ja nicht um die Kleinhäusler zu tun, sondern nur um die Stimmen derselben, weil Sie aus der Industrie nicht mehr viel herausholen können. Ich weiß, wie es draußen ist, da fällt schon viel weg, bröckelt viel ab, wegen der hohen Mitgliedsgebühren und anderen Zahlungen und da sind Sie nun als Ersatz auf die Kleinhäusler gekommen. Vor Jahren hat man noch gar nichts davon gehört, aber heute ist dies ein Hauptschlager für die Sozialdemokraten, weil sie ein Geschäft zu machen hoffen. Die Bewegung wird aber nicht so groß werden, wir haben keine Angst, und wir werden den Leuten schon von Ihrer Arbeit erzählen, wir treiben nicht Demagogie, daß wir auf der einen Seite bis zu 10 K Katastralreinertrag die Steuern erlassen wollen und auf der anderen Seite das 1000fache für soziale Abgaben den Kleinhäuslern auflasten, was sie nicht aushalten. Ich muß noch etwas erwähnen, und zwar wegen der Einkommensteuer. Es sind alle Steuern, die Grundsteuer, Umsatzsteuer usw. gerechte Steuern, ungerecht ist aber die Einkommensteuer, weil wir eigentlich nicht wissen, wie die Steuer bemessen wird und da ist vielfach auch ein Spitzelwesen dabei, daß mancher tatsächlich unschuldig hineinkommt. Das ist ein Unrecht und wir bäuerlichen Vertreter haben den Wunsch, daß die Einkommensteuer nach dem Katastralreinertrag pauschaliert werde. Dies wollte ich dem hohen Hause mitteilen.

Gartner: Hohes Haus! Der Herr Abg. Kandler hat in der Generaldebatte die Behauptung aufgestellt, Österreich wäre imstande, sich selbst zu ernähren. Ich teile diese Ansicht auch, nur müssen verschiedene Umstände ins Treffen gezogen werden. Vor allem heißt es Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes, Hebung der Produktion. Wenn wir aber die Landwirtschaft intensivieren, die Produktion fördern und heben wollen, dann müssen wir vor allem bedenken, daß jede Art Intensivierung wieder erhöhte Arbeit braucht und diese erfordert aber wieder erhöhten Auf-

wand an Arbeitern und ich möchte feststellen, obwohl ich den Ausführungen des Herrn Kollegen Schifko beistimme, daß der Hauptgrund, warum wir in Österreich nicht so viel produzieren, als wir könnten, im Arbeitermangel liegt. Wenn wir die größeren Betriebe am Lande draußen ansehen, so hören wir überall über den Arbeitermangel und die Arbeiternot sprechen, über den weiblichen Dienstbotenmangel am stärksten, weil heute ein weibliches Wesen zum Landwirt nicht arbeiten geht, es geht in die Stadt und wenn es auch Gefahr läuft, 3 bis 4 Monate ohne Arbeit zu sein, das macht nichts, es gibt ja eine Arbeitslosenunterstützung (Pichler: „Kriegt sie nicht, bevor sie nicht 40 Tage gearbeitet hat!“) und der betreffende Dienstbote wird vom Staate mit unserem Gelde erhalten, wir bezahlen ihren Unterhalt in der Stadt. Und da möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Leichin zu sprechen kommen, in denen er uns ans Herz gelegt hat, wir möchten unseren Leuten, den Dienstboten Lust und Liebe zur Landwirtschaft einimpfen. Er sieht selbst ein, daß die Landwirtschaft unter dem Arbeitermangel zu leiden hat, er hat dies zugegeben, aber er macht uns den Vorwurf, wir versäumen es, die Leute darüber aufzuklären, sie mögen doch lieber bei uns bleiben, als in die Stadt zu gehen. Herr Leichin, ich möchte nur eines sagen, die Aufgabe, zu belehren, liegt auf Ihrer Seite und in Ihrem eigenen Interesse. Wenn Sie diesen Hauptmangel an der Produktionshebung beheben wollen, dann müssen Sie hergehen und den Leuten, die in die Stadt strömen wollen, erklären und erzählen von der Schönheit der Natur und von der gesunden Luft auf dem Lande.

Wenn von der Krankenkasse gesprochen worden ist, so möchte ich feststellen, daß die Krankheitsfälle bei der landwirtschaftstreibenden Bevölkerung ein sehr geringes Prozent ausmachen im Verhältnisse zu jenen bei den Industriearbeitern. Unsere Arbeiter leben in Gottes freier Natur, die wegen eines Kopfwehs nicht gleich zum Doktor gehen, das heißt schon die Natur aus und deshalb wäre es das wichtigste von Ihrer Seite, dahin zu wirken, daß die Leute Lust und Liebe zur Landwirtschaft haben. Auch müßte getrachtet werden, den Zuzug vom Lande zur Stadt auf gesetzlichem Wege zu unterbinden. Es geht nicht an, daß sich immer mehr Arbeitslose in der Stadt herumtreiben und hungern müssen, und auf der anderen Seite die Bauernschaft über Arbeitermangel klagt. Wir kennen im Lande keine Arbeitsnot, sondern nur Arbeiternot (Saringer: „Zahlen Sie besser!“ — Zobel: „Zahlt die Produkte besser!“) und deshalb, Herr Kollege Leichin, Sie nützen damit sich selbst, das Problem der Arbeitslosenmisere wäre behoben, wenn Sie trachten würden, die Leute dafür zu begeistern, zu uns zu kommen.

Nun will ich aber zum eigentlichen Thema kommen und zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Aulf sprechen. Herr Kollege Aulf hat in seiner Rede, die er vor ein paar Tagen geschwungen hat — es wurde ja bereits festgestellt, daß er da auf ein falsches Geleise geraten ist, eine falsche Walze eingelegt hatte — ganz ungeheure Dinge erzählt, er hat dem Bauernstande vorgeworfen, daß er mit dem 30- ja 45.000fachen des Friedenspreises arbeitet (Aulf: „Läßt sich ja be-

weisen!“), er hat uns vorgeworfen, ohne die geringsten Daten anzuführen, die Eier- und Fleischpreise usw. Er hat aber dabei übersehen, daß die Produktionskosten ebenfalls in diesem Maße, wenn nicht in einem höheren gestiegen sind. (Zwischenrufe: „Nicht wahr!“) Nun, ich werde Ihnen auf Grund praktischer Beispiele mehreres erzählen, ich will nicht in Einzelheiten wie Fleisch und Eier eingehen, das überlasse ich den Herren Kollegen Hartleb und Wighan, aber ich möchte einen speziellen Zweig herausgreifen, der zu diesem Kapitel paßt und fragen, welcher Stand war es, der von der Konkurrenz am meisten ausgenützt wurde? Das war der Weinbauernstand. Immer hört man, die Weinbauern haben sich bereichert, sind steinreich geworden, die Friedensparität des Weines ist um das Dreifache gestiegen, die Preise erreichen fast das Dreifache des Friedensbetrages. Daß dies aber nicht wahr ist, will ich ganz kurz mit einigen Worten beweisen. Ich will und werde nachweisen, daß die Produktionskosten höher geworden sind als im Frieden, und da wird man beim Kapitel Weinbau einen schlagenden Beweis führen können, weil beim Wein fixe Preise sind und auch die Besteuerung fix festgelegt ist. Wir haben heute speziell im Weinbau ein Steuersystem, was sich auf die Dauer nicht halten kann und zum Niedergang des Weinbaues führen muß. Was nützt uns die Anlage, die Intensivierung und alles, wenn wir Gefahr laufen, daß dieses Kapital zum Fenster hinausgeworfen ist. Ich will auf Grund von Beispielen den Beweis erbringen, wie hoch den Weinbauern heute der Liter Wein kommt, wie viel Steuern er zu tragen hat, wenn er einen Weingarten anlegt. Der Weinbauer hat nicht nur die Grundsteuer, sondern auch die Einkommensteuer, die Warenumsatzsteuer, die Weinsteuern usw. usw. zu bezahlen. Weil der Herr Aulf immer sagt, der Gartner redet etwas daher und bringt keinen Beweis, so will ich mit Zahlen dienen. Der Katastralreinertrag beträgt pro Joch rund 33 K, die Grundsteuer beträgt heute nach dem Gesetze das 1500fache des Reinertrages, das wäre bei einem Joch also ungefähr 49.500 K. Die Gemeindeumlage mit 60 Prozent, die Bezirksumlage mit 70 Prozent, das wäre 113.850 K. (Aulf: „Das stimmt nicht!“) Die Einkommensteuer wird heute so berechnet, daß man das gesamte Einkommen aus dem Weinverkauf nimmt und davon werden 20 Prozent Regie abgezogen. (Aulf: „Beim Arbeiter wird gar nichts abgezogen!“) Wenn man 20 Prozent Regiekosten nur beim Weinbauern annimmt, so zeigt das, daß man weinbaufreundlich ist oder nichts von Weinbau versteht. Ein Joch wird also mit 57.000 K Einkommensteuer belastet, das ist aber noch nicht genug. Die Warenumsatzsteuer wird pauschaliert (Aulf: „Die zahlt der Abnehmer!“), und zwar beträgt die Pauschalierung der Einkommensteuer für ein Joch ungefähr 66.000 K. Außerdem bezahlt der Weinbauer beim Verkauf des Weines nochmals 4 Prozent des Kaufpreises (Aulf: „Die überwälzt er doch!“) und da tritt etwas Interessantes zu Tage, nämlich, daß bei der Warenumsatzsteuer beim Wein auch die Weinsteuern mitbesteuert wird. Also eine Besteuerung einer Steuer. Wir haben aber noch eine Steuer, die Weinsteuern. Die Weinsteuern hat im Sprunge den kolossalen Betrag von 2200 K

pro Liter erreicht, dazu kommt noch die Einhebungsgebühr von 40 K pro Liter, so daß der Liter Wein besteuert ist mit 2240 K, das macht auf ein Joch, bei einem Durchschnittsertrag von 800 Liter 1,792.000 K. Wenn man eine Zusammenstellung dieser Steuerlasten macht, damit man einen Begriff bekommt, was man für ein Joch an Steuern bezahlt, so kommt man zu dem Resultat, daß die gesamte Steuer eines Joch Weingarten 2,390.000 K ausmacht. Der Durchschnittsertrag reicht nicht aus, daß der Weinbauer existenzfähig bleibt, denn dieser minimale Ertrag wird mit fast $2\frac{1}{2}$ Millionen Kronen besteuert. Sie können sich leicht eine Vorstellung machen, was die gesamten Weinbauern an Grund- und Einkommensteuer bezahlen, wenn Sie bedenken, daß wir 5200 Joch Weingarten in Untersteiermark haben, und daß 2,390.000 K pro Joch an Steuer entrichtet wird. Wir kommen noch weiter. Bekanntlich hat im Krieg der Weinbauer am meisten unter dem Arbeitermangel, an Düngermangel usw. gelitten, deshalb soll der Staat und das Land jetzt den Weinbauern unter die Arme greifen und nicht mit so drakonischen Maßregeln kommen und man soll ihm keine Prügel zwischen die Füße werfen. Vor allem muß etwas geschehen. Es muß den minder bemittelten Weingartenbesitzern die Neuanlage ihrer Weingärten möglich gemacht werden und hier verweise ich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Abg. Gschöller, der mir auch bestätigen wird, daß ein kleiner Besitzer nicht imstande ist, einen Weingarten anzulegen, wenn nicht das Land und der Staat ihn dabei hilfreich zur Seite steht.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, seine Rede zu unterbrechen. Es ist bereits 1 Uhr.

Die Fortsetzung der Sitzung findet heute nachmittags um 4 Uhr statt.

(Die Sitzung wird um 1 Uhr nachmittags unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl um 4 Uhr 5 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder und fahre in der Behandlung der Tagesordnung weiter fort. Zur Fortsetzung seiner Rede erteile ich Herrn Abg. Gartner das Wort.

Gartner (Fortsetzung): Hohes Haus! Ich habe im Laufe meiner vormittägigen Ausführungen den Beweis erbracht, daß speziell der Weinbauer überbesteuert ist. Nun verlohnt es sich aber auch, wenn man schon einen Beweis erbringen will, aufzuzeigen und den Beweis zu erbringen, wie war es diesbezüglich in der Vorkriegszeit. Wenn man die Besteuerung der Weingärten ins Kalkül zieht, so kann man sich sagen, früher war der Weingarten mit der Grundsteuer belegt, dieselbe betrug ungefähr 22 Prozent des Katastralreinertrages, das machte pro Joch 7 K 26 h. Dazu kamen die diversen Umlagen, so daß die Grundsteuer 18 K 15 h pro Joch betrug. Die Personaleinkommensteuer hat im Frieden für mittlere und kleine Weinbauern überhaupt nicht bestanden, da eine Personaleinkommensteuer erst bei einem Einkommen von 1600 K eingehoben wurde. Infolgedessen waren von der Personaleinkommensteuer nur die größeren Besitzer betroffen, in der Regel nur Besitzer von über 6 Joch Neben-

grund. Wir haben in Steiermark in der Mehrzahl nur solche Weingartenbesitzer gehabt, die weniger als 6 Joch Nebengrund hatten. Die Warenumsatzsteuer, die heute eine solche Belastung darstellt, hat es im Frieden überhaupt nicht gegeben. Im Frieden war die Weinssteuer im Durchschnitt 5 Heller pro Liter. In Graz wurde eine höhere eingehoben, aber am flachen Lande wurde eine viel niedrigere als 5 Heller eingehoben, weil den Produktionsorten Ermäßigungen zugestanden wurden. In minderen Weingebieten wurde 3-5 Heller an Weinssteuer entrichtet. Im Durchschnitt war also für ganz Österreich im Frieden eine Steuer von 5 Hellern pro Liter angemessen. Wenn man aber über die Weinssteuer im allgemeinen spricht, so muß festgenagelt werden, daß im Frieden die Weinbauern nichts mit dieser Steuer zu tun hatten, da keine private Weinssteuer bestanden hat, da hat nur der Käufer, der Gastwirt, für die Versteuerung Sorge tragen müssen. In unserem Falle, damit wir das Verhältnis zwischen der Friedenssteuer und der Nachkriegssteuer feststellen, hat also das Joch Weingarten 58 K 15 h an gesamter Steuer erfordert. Es interessiert uns aber auch, mit welchem Prozentsatz der Liter Wein besteuert, beziehungsweise die Einnahme des Weinbauern besteuert ist. Im Frieden haben wir nicht ganz 15 Prozent des Erlöses des Weingartens an Steuer entrichtet, heute bezahlen wir 48 Prozent an Steuer. Das spricht eine deutliche Sprache von der Überbesteuerung. Wir bezahlen heute vierfach so viel an Steuern als vor dem Kriege. Ich sage offen und werde nicht fehlen, daß das eine Strafmaßnahme gegen den Weinbauern ist. Wenn die Regierung sich nicht bald eines Besseren besinnt, werden diese Steuerquellen für den Staat und das Land verfliegen.

Ich habe schon früher in meinen Ausführungen die Frage der Kreditbeschaffung angeschnitten. Ich bin eingetreten für die Herausgabe von unverzinslichen Darlehen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben. Vor dem Kriege ist der Staat und das Land für den Weinbauern eingetreten und hat Mittel und Wege gefunden, den Weinbau zu fördern. Früher haben fast sämtliche Weinbaufreibende schwer unter der Reblaus gelitten, sie haben aber auch vom Staate unverzinsliche Darlehen erhalten. Ohne diese Darlehen wäre es nicht möglich gewesen, die Weingärten mit amerikanischen Weinreben zu bepflanzen. Nach dem Kriege hat sich die Sache geändert. Der kleine Weingartenbesitzer ist nicht mehr in der Lage, eine neue Anlage zu machen. Ich will nun dem hohen Hause einen Überblick geben, wie hoch ungefähr die Anlage eines Weingartens kommt. Da nehme ich als Grundlage das landläufige Joch, weil die Bauernschaft mit Hektar nicht vertraut ist. Was kostet ein Joch Neuanlage? Da kommen wir zu dem Schlusse, zu errechnen, wenn man den Weingarten anlegt, die Fläche, das Material, alles was man braucht, zu rechnen. Ich muß aber ausdrücklich bemerken, daß der Weingarten keine Kultur ist, die das erste Jahr schon einen Ertrag abwirft, sondern, daß das Kapital erst nach fünf Jahren Zinsen trägt. Da habe ich nun folgende Rechnung aufgestellt, die ganz bestimmt stimmen wird und an der auch Fachmänner nichts auszusetzen haben werden. Vielleicht habe ich noch zu nieder gegriffen, weil ich gesagt habe,

daß sind Zahlen, die das Mittel darstellen. Bei gebirgiger Lage, feinigem Boden, wo Sprengungen vorgenommen werden müssen, da werden die Kosten sich noch verdreifachen, weil der Preis für Pulver und Dynamon so bedeutend gestiegen ist. Ich nehme an, eine mittlere Anlage auf gutem Boden, der leicht zu rigolen ist. Den Wert der Fläche nehme ich mit 6 Millionen Kronen an, das Rigolen mit 11,500.000 K, Minimallöhne, der Stundenlohn für das Rigolen 2000 K, Veredlungen, Seßlinge 11,500.000 K, Weingartenstecken, Imprägnieren derselben und dergleichen 5,750.000 K, Dünger, eine Summe von 12 Millionen Kronen, für Arbeitslöhne 6 Millionen Kronen, zusammen also 52,750.000 K. Diese investierten 52,750.000 K liegen jetzt unverzinst durch vier Jahre im Weingarten, zu diesen 52,750.000 K kommen noch eine Menge anderer Auslagen, in erster Linie das Behauen, Anbinden, Bepflügen und dergleichen, was ich in Bausch und Bogen mit 15,000.000 K angenommen habe. Nun kommt noch eine Frage. Ich habe das Kapital in den Weingarten hineingesteckt und muß, wenn ich die Rechnung aufstelle, eine Verzinsung meines Kapitals verlangen, ich muß mit dieser Verzinsung rechnen. Wenn ich die Verzinsung mit 20 Prozent nehme, so stellt sich die Rechnung beim Einsetzen des Ertrages, am Ende des vierten Jahres, schon auf 106,152.000 K für ein Joch Neuanlage. Jetzt ist die Frage und die Antwort ist von jedem leicht zu geben: „Kann ein mittelloser oder minderbemittelter Besitzer bei den heute herrschenden Verhältnissen überhaupt ein Joch Weingarten anlegen?“ Diese Frage wird von jedermann mit Nein beantwortet werden müssen. Wir fragen, wenn wir schon das Kapital aufbringen und die Zinsen nicht zu rechnen brauchen, wie rentiert sich die ganze Anlage. Ich nehme wieder einen Durchschnittsertrag von 800 Liter an. Wir müssen allerdings auf 1600 Liter und mehr hinaufkommen, aber durchschnittlich wird der Ertrag 800 Liter bleiben, weil es mindere Jahre gibt, Hagelschläge eintreten, die eine gleiche Ernte nicht Jahr für Jahr zulassen. Wir sehen also, daß die Verzinsung des Kapitals nicht gegeben ist und bei der Berechnung, daß wir 800 Liter ernten, der Liter Wein unversteuert vom Keller 26.000 K kostet. Die Rechnung würde auch dann zu Ungunsten der Rentabilität ausfallen, wenn wir sagen würden, daß wir viermal so viel, das ist 3200 Liter Wein ernten, weil auch mit 3200 Litern wir nur einen durchschnittlichen Weinpreis von 6000 K ab Presse erzielen können. Im Vorjahre haben wir 5000 K bekommen und es gibt Weinbauern, die um 3000 oder 4000 K heute noch verkaufen müssen, wenn sie nur überhaupt einen Käufer finden. Dieser Durchschnittsertrag ist nicht vielleicht nur meinem Kopfe entsprungen, sondern ist aus der Statistik entnommen und diese Statistik, die die steiermärkische Landes-Wein- und Obstbaudirektion herausgegeben hat, stimmt mit meinen Erfahrungen vollkommen überein. Ich sage, daß das Kapital bei einer Weingartenanlage höchstens mit 4 Prozent verzinst wird. Die Forderungen der Weinbautreibenden gehen nun dahin, daß der Staat und das Land sich mit der Frage befassen müssen, für die Minderbemittelten unverzinsliche Darlehen herauszugeben, und zwar möchte ich beantragen, daß Darlehen auf die Dauer

von fünf Jahren unverzinst hinausgegeben wären. Dadurch würde es ermöglicht werden, im steirischen Unterland, die Flächen, wo früher prächtige Weingärten standen und wo heute noch nichts anderes wächst, als Heidegras oder Gebüsch, für Weingartenanlagen zu gewinnen. Wer sich in der untersteirischen Weingegend auskennt, wird gefunden haben, daß es noch gewiß 70 Prozent ehemalige Weingärten gibt, die heute nicht einmal eine Hutweide sind. Durch diese Darlehen wären Weingartenanlagen zu schaffen und es wäre möglich, diesen Grund und Boden der Kultur zuzuführen und gute Einnahmequellen zu schaffen.

Es wäre auch noch ein weiterer Faktor in Rechnung zu ziehen, und zwar wurde im Laufe der Generaldebatte eine Rechnung aufgestellt über die Handelsbilanz, und da haben wir gefunden, daß in Österreich um zirka 200 Milliarden Kronen Wein aus dem Auslande eingeführt wird. Wir können behaupten, daß die Weingartenbesitzer im Inlande imstande wären, jeglichen Weinimport unnötig zu machen und auf diese Weise das Geld im Inlande zurückzubehalten. Was es heißt, 200 Milliarden Kronen für Wein ins Ausland zu geben, das wird sich bei der Behandlung der Bilanz klar und deutlich zeigen.

Ich habe noch weiter erwähnt, daß Staat und Land früher unentgeltliches Rebenmaterial an die Weingartenbesitzer hinausgegeben haben. Auch das vermissen wir nach dem Kriege. Ich sehe ja ein, daß das Land es nicht imstande ist, aber der kleine Besitzer leidet besonderen Mangel an Schnittrebenmaterial. Es würden sich viele kleine Besitzer finden, die sich selbst Rebschulen anlegen würden und die auch imstande wären, solche Anlagen zu errichten und sachmännisch zu behandeln. Wenn wir nun fragen, warum, so müssen wir uns sagen, daß der frühere Kurs, der vor dem Kriege in Steiermark geherrscht hat, sich nur auf die untere Steiermark konzentriert hat. Jenseits der heutigen Reichsgrenze sind sämtliche Weingebiete mit Rebschulen überhäuft worden. Im deutschen Teile der Steiermark vermissen wir größere Anlagen überhaupt. Die einzige Anlage, die uns noch geblieben ist, bestand an der Grenze, die Anlage in Obegg bei Spielfeld. Nur wenige Schritte davon entfernt stehen schon die Grenzsteine der Jugoslawen. Es ist ein großes Glück, daß uns diese noch geblieben ist. Zu meiner großen Freude muß ich feststellen, daß die Referenten, Herr Landesrat Riegler im Vereine mit Herrn Landesweinbaudirektor Winkler darangegangen sind, in größerem Maße Rebenmaterial zu ziehen und weiters begrüße ich, daß der Kauf des Schnittrebenweingartens bei Ritzbeck durchgeführt worden ist. Die Weinbauern verlangen aber auch einen Kredit für mittlere und kleine Weinbauern, nicht nur Kredite für die Anlagen, die Neuanlagen, sondern auch Kredite zur Beschaffung von Bekämpfungsmitteln. Was es heißt, solche im Frühjahr einzukaufen und nicht zu wissen, wann diese gezahlt werden, was es heißt, wenn ein Weinbauer in die Lage versetzt wird, keine Bekämpfungsmittel anschaffen zu können oder in sehr bescheidenem Ausmaße, weiß ich aus eigener Erfahrung. Wenn man kein Geld hat, kann man nicht soviel bezahlen. Das Kilogramm Kupfervitriol kostet heute 9000 K und auch noch mehr, ein Kilogramm Schwefel 3000 K, eine

Spritze 500.000 bis 700.000 K. Das kann der Weinbauer nicht auslegen, es wird daher der Weingarten verwahrloßt, weil er die Schädlinge nicht bekämpfen kann. Deshalb wäre es Pflicht des Landes und Pflicht des Staates, daß sie den Weinbauern unter die Arme greifen und ihnen Kredite vorstrecken (Schrackenthal: „Sehr richtig!“), kurzfristige Kredite, die nach der Lese, beziehungsweise nach dem Verkaufe des Weines zurückerstattet werden könnten. Wir verlangen aber auch Kredite für die Sehlänge, die Reben, speziell für solche Reben, die aus den Landes-Rebschulen stammen. Die bemittelten Weinbauern, die können Reben vom Lande beanspruchen, die mögen auch zahlen, die minderbemittelten Weingartenbesitzer aber, die Reben vom Lande beanspruchen, müssen die Reben vom Lande auf 1 bis 3 Jahre kreditiert erhalten. Grund und Boden stehen ja gut dafür. Auf der einen Seite verlangen die Weinbauern Kredite für den Wiederaufbau der Weingärten und dann auch kurzfristige Kredite für die Beschaffung von Bekämpfungsmitteln. Weiters verlangen sie einen Kredit dahingehend, daß es den Weinbauern ermöglicht wird, in Eigenregie ohne Zuhilfenahme des Weinhändlers und der Spekulation sein Produkt konsum- und marktfähig zu machen. Wenn wir uns heute in die Weingartengebiete begeben, so sehen wir, daß die Händler größtenteils jenen bäuerlichen Besitzern, die zumeist Kleinbauern sind, die Weine abkaufen zum Händlerpreis. Der Händler kauft mit Vorliebe gerade mindere Weine ein, die er dann auf chemischem Wege und dergleichen konsumfähig macht. Er zuckert die Weine auf und bringt sie auf die Art und Weise zu einem gewissen Alkoholgehalt, den der Konsum verlangt. Ich frage Sie, könnte nicht der kleine Weinbauer das aus eigenem machen oder die landwirtschaftlichen Genossenschaften den Verkauf besorgen? Da verlange ich eben, weil der Weinbauer nicht in der Lage ist, zur Zeit der Lese, wo noch kein Geld da ist, Zucker zu beschaffen, Kredite, kurzfristige Kredite für die Beschaffung von Zucker.

Eine Frage bleibt mir noch offen. Wir haben auch einen Antrag dahingehend gebracht, daß Zucker zollfrei eingeführt werden kann. Warum soll es nicht möglich sein, einige Waggons zollfreien Zucker für diese Zwecke über die Grenze rollen zu lassen? Das ist ja kein Schaden für die heimische Wirtschaft, das wäre ein Nutzen insoweit, daß wir unsere Produkte zu höheren Preisen verkaufen könnten und daß wir auf Verschnittmaterial aus dem Auslande nicht angewiesen wären. Heute heißt es, wir können steirische Weine nicht gebrauchen, weil sie nicht den entsprechenden Alkoholgehalt nachweisen, weil sie erst verschnitten werden müssen. Das bliebe alles im Lande, wenn wir unsere Dinge so einrichten würden, daß uns das ermöglicht wird. Wenn wir speziell über diese Frage, ob in Steiermark ein guter Wein wächst, sprechen wollen, so sage ich, die Frage ist bereits beantwortet worden. Bei der Musterweinkost auf der Wiener Messe habe ich mich selbst davon überzeugt und liegt auch ein Urteil des niederösterreichischen Landesweinbaudirektors Reckendorfer vor, der dem steirischen Weinbaudirektor Winkler folgende Worte geschrieben hat: „Steiermark hat die bestassortiertesten und reintonig-

sten Weine am Wiener Markt gehabt.“ Damit wurde der Beweis erbracht, daß Steiermark sich nicht zu schämen braucht und nicht vor anderen Ländern zurücksteht. Die steirischen Weine bedürfen nur in minderen Jahren einer Aufbesserung, dann werden sie es mit den Auslandsprodukten aufnehmen und sie noch übertreffen, weil die steirischen Weine am Bukett allen anderen Weinen erhaben sind. Wenn wir mit Weinkennern, Weinbeißern sprechen, so anerkennen auch die Weinbeißer anderer Länder das Bukett der steirischen Weine.

Weiters komme ich zu einer Kardinalforderung des steirischen Weinbauern, das ist die Herabsetzung der Weinsteuern. Wenn der Landtag zu diesem Punkte schon nicht Stellung nehmen kann, so könnte doch im Wege der politischen Parteien die Herabsetzung der Weinsteuern bewirkt werden. Die Steuer, die gerade soviel ausmacht, als der Verkaufspreis des Weines, steht in keinem Verhältnis zu anderen Steuern. Wenn wir annehmen, daß die Weinsteuern bei einem Verkaufspreise von 6000 K 2240 K beträgt, so finden wir kein Gegenstück, welches im selben Maße besteuert ist. Wir verlangen weiters auch die Aufhebung der Privatweinsteuern. Sämtliche Weinbauern sind für diese Aufhebung nicht vielleicht aus dem Grunde, um Steuerhinterziehungen zu instruieren, sondern sie wollen Ruhe haben von den immerwährenden Kontrollen. Die kleinen Weinbauern sind nicht imstande, diese lästigen Vorschriften einzuhalten. Vor dem Kriege haben sie ihren Wein verkauft und der Staat hat seine Steuern eingehoben. Wenn der Wirt den Wein übernommen hat, war der für die Entrichtung der Weinsteuern verantwortlich. Heute ist die Sache anders, heute wird der Weinbauer schikaniert, es werden ihm Sachen aufgehaßt, denen er nicht nachkommen kann. Wir verlangen aber auch, und da schwenke ich etwas vom Weinbau ab und zum Obstbau über, die Aufhebung einer anderen Steuer, das ist die Aufhebung der Privatmoßsteuer. Nach eingeholten Informationen trägt die Moßsteuer nicht einmal die Einhebungskosten. Es ist eine Menge von Finanzbeamten draußen, eine Menge von Papier wird verschrieben und das ganze läuft darauf hinaus, dem Bauer nur Unannehmlichkeiten zu bereiten. Die Einnahme steht in keinem Verhältnisse zum Ertrage. Ich spreche hier nicht von dem Moß, der in Gasthäusern ausgeschenkt wird, sondern von der Privatmoßsteuer. Es ist ein Wunsch der Bauernschaft, daß diese Steuer endlich aufgehoben wird. Es liegt aber auch noch etwas anderes in der Luft, und zwar hört man, daß man die Weinsteuern trotz Proteste der Weinbautreibenden nicht nur nicht ermäßigen will und die Art und Weise, wie man den Weinbauern entgegenkommt, nicht erleichtern will, sondern sogar versucht, sie zu erschweren. Man will die sogenannte Weinsteuern direkt vom Produzenten gleich nach der Lese, nach vollendeter Gärung, erheben und vorschreiben. In diesem Falle kann ich wohl sicher eine Erhebung der Weinbauernschaft ankündigen, das würden sich die Bauern nicht mehr gefallen lassen, daß sie die Verpflichtung übernehmen müssen, für den gesamten Wein die Steuern zu zahlen. Dieses ist deshalb unmöglich, weil dem Weinbauer in

diesem Falle es unmöglich gemacht würde, für die gesamte Menge zu garantieren. Er muß sich dem Staate gegenüber verpflichten, die Steuer zu bezahlen. Er kann aber das Geld nicht aufbringen. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die hohe Weinsteuer über die Luxussteuer geht, die beträgt nicht 48 Prozent, sondern nur 12 oder 24 Prozent. Wir sehen also, daß der Weinbauer mehr als die doppelte Luxussteuer bezahlt und als Luxusartikel können wir den Wein doch nicht hinstellen lassen, wenn auch gewisse Strömungen in Österreich den Weinkonsum unmöglich machen wollen.

Noch eine weitere Grundfrage gibt es. Kann der Weinbauer die Konkurrenz mit dem Auslande aushalten oder nicht? Brauchen wir für ihn einen Zollschutz oder nicht? Die Frage muß mit einem unbedingten und energischen Ja beantwortet werden. Der Weinbauer braucht den Zoll deshalb, weil unsere Produktionskosten bedeutend höher sind als in unseren Nachbarländern, und zwar der klimatischen Verhältnisse wegen. Wenn wir nach Jugoslawien oder gar nach Ungarn oder Italien schauen, so sehen wir, daß die Gärten dort einen viel höheren Ertrag abliefern, während unsere Weingärten einen nur minimalen Ertrag aufweisen. Die Weinbauern sind hier auf der Hut, weil sie schon bittere Erfahrungen gemacht haben. Es schwirrt das Gerücht herum, daß im Handelsvertrag mit Jugoslawien wieder ein Schlag gegen die Weinbauern geführt werden soll dahingehend, daß man den Weinbauern ausspielt, um die industriellen Absatzmöglichkeiten nach Jugoslawien zu heben. Man sagt: „Dieser kleine Stand der Weinbauern, was ist das, der wird nicht zugrundegehen, wenn wir dafür unsere Maschinen nach Jugoslawien bringen. Das ist ein gutes Absatzgebiet für unsere Maschinen.“ Wir werden uns das aber ebenfalls nicht gefallen lassen. Natürlich wird wieder eine Ausrede gefunden werden. Man wird sagen: Mit dem Momente, wo die Industrie in der Lage ist, den Auslandsmarkt zu beschicken, wird die Arbeitslosenmisere aufhören und infolgedessen ist es besser, daß wir die Arbeitslosen einmal los sind und spielen dafür den Weinbauer aus. Ich habe schon von kompetenter Stelle gehört, daß man den 60-K-Goldsatz auf einen 30-K-Goldsatz herunterstufen will. Man will ein Kontingent von soundsoviel 1000 Hektoliter Wein über die Grenze rollen lassen. Die jugoslawischen Weinbauern sind viel vorsichtiger und in dieser Frage einig. Sie haben große Versammlungen in Marburg und ganz Jugoslawien abgehalten und haben verlangt, daß die Grenze gegen Österreich geöffnet wird, sie haben verlangt, daß bis zur Regelung der Weinzollfrage der Wein zollfrei über die Grenze rollen darf. Meine rechnerischen Feststellungen haben klar bewiesen, daß der Weinbauernstand heute schon nicht mehr in der Lage ist, zu bestehen und daß die Zukunft schon klar und sicher vor unseren Augen steht, nämlich die Vernichtung desselben.

Die Weinbauern verlangen aber neben diesen Krediten auch eine Frachtermäßigung auf den Bahnen. Diese verlangen sie nicht nur für Bedarfsartikel, wie Kupfervitriol, Schwefel usw., sie verlangen sie auch für Kunstdünger. Denn bei dem herrschenden Dünger-

mangel, weil es den Bauern nicht möglich ist, soviel Vieh zu halten, daß der Weingarten richtig gedüngt werden kann, wird Kunstdünger notwendig werden. Bei den heutigen hohen Preisen des Kunstdüngers und den hohen Frachtpreisen hiefür ist es dem Weinbauer unmöglich, seinen Weingarten mit Kunstdünger zu bestreuen und zu düngen. Es ist ihm ganz unmöglich, in diesen Dingen rationell zu arbeiten. Wir verlangen aber auch, und das ist wichtig, daß für die Beförderung von Wein und Obstmoß, wie schon früher erwähnt, eine Frachtpreismäßigung eintritt. Weiters verlangen die Weinbauern ein altes Recht wieder, und das ist die Bewilligung zum Ausschank ihrer Eigenbauweine in eigener Regie, das sogenannte Buschenschankrecht. Früher, unter der Kaiserin Maria Theresia, haben die Weinbauern die Berechtigung gehabt, wann und wo immer die eigenen Produkte zum Ausschank bringen zu dürfen. Im Laufe der Zeit hat man ihnen dieses Recht genommen. Heute steht man auf dem Standpunkt, daß der Weinbauer nur mehr seine eigenen Produkte auf der Erzeugungstätte auszuschenken das Recht hat. Das ist in den meisten Fällen unmöglich, weil die Erzeugungstätte meist auf wegelosem Terrain liegt, wo keine Touristen oder Ausflügler hinaufkommen. Wir verlangen, daß der Weinbauer seinen Wein nicht nur dort, sondern wo immer er will, auschenken kann, auch an einem andern Orte, in einem Hause, das nicht ihm gehört, aber günstig für den Ausschank gelegen ist. Über die Buschenschanken wäre noch zu sagen, daß die maßgebenden Behörden auch in solchen Fällen Anstände machen, wo man sagen kann, der hat das Recht, Buschenschank zu betreiben, wo die Sache klipp und klar liegt. Es wird trotzdem die Bewilligung nicht erteilt, Schikanen auf Schikanen werden erfunden, um das Ganze unmöglich zu machen. Es wäre gut, wenn überhaupt in Steiermark vom Lande mehr Propaganda für den hiesigen Weinbau gemacht wird. Wir verlangen die Abhaltung von Weinkosten und Ausstellungen, und dazu soll das Land auch Beiträge hergeben, die aneifernd wirken. Es sollen Weinkosten und Prämierungen abgehalten werden, nicht nur Dienstbotenprämierungen, sondern auch Prämierungen von unseren Produkten verlangen wir. Ich habe schon früher gesagt und betont, was die steirischen Weine in Wien für ein Lob gerntet haben, und auf diese Weise könnten wir auf unsere Märkte in Steiermark auch aus anderen Ländern Käufer herbeiziehen. Was weiter noch eine Frage ist, die offen steht und der das Land und der Staat näbertreten muß, ist, daß wir unsere Rückstände bei der Weingewinnung auch verwerten können. Wenn wir uns die Verwertungsmöglichkeiten anschauen, so müssen wir uns sagen, daß hier große Sünden begangen werden, denn dem Weinbauern ist es heute nicht möglich, seine Abfallprodukte zu brennen, das Geläger zu brennen — auch dem Obstbauer nicht —, weil die Abgaben viel höhere sind als die Einnahmen. Heute heißt es allgemein: Was soll ich mit dieser Menge Weingeläger machen, der im Frieden und auch heute noch einen hohen Wert darstellt? Infolgedessen wäre es hoch an der Zeit, diese Verordnungen zu annullieren, die es dem Bauern nicht ermöglichen, das Geläger auszubrennen. Wenn

ich weiter verweise auf die große Menge von Rückständen, die auch für die Volkswirtschaft ausgenützt werden können, wenn ich auf die Trester verweise, die Weintraubenkerne, in welchen ein kolossaler Wert liegt, denn es kann daraus auch Öl gemacht werden und noch andere Artikel, es können die Weintraubenkerne chemisch bearbeitet werden, und da ließe sich ein hoher Gewinn herausziehen. Die Weinbauernschaft verlangt auch eine Abänderung der bestehenden Vorschrift in puncto Weinsteuer. Heute verlangt die Finanz, wenn man einen Wein von der Erzeugungstätte wegführt und verkauft, daß man das 48 Stunden früher anmeldet. Ein Verlangen, das von den Bauern gar nicht eingehalten werden kann, das kann der Bauer bis zum letzten Moment oft gar nicht wissen. Wir verlangen daher eine kürzere Frist von 20 oder 10 Stunden, die es ermöglichen, den Wein gleich wegzuführen.

Wir verlangen auch, daß nicht nur die bestehenden Verhältnisse in puncto Weinbau bestehen bleiben, sondern, da wir höhere Anforderungen auf den Ertrag stellen müssen, um unsere Pflichten dem Fiskus gegenüber zu erfüllen, auch mehr die Förderung der Rebenzüchtung. Ich sehe hier im Landesvoranschlage zwar eine namhafte Summe für die sogenannte Rebenzüchtung vermerkt, aber wenn ich mir die außerordentliche Wichtigkeit der Rebenzüchtung vor Augen halte, so muß ich sagen, ist das viel zu wenig. Wir haben in Österreich eine einzige Rebenzüchtungsanstalt, der es gelungen ist, zahlreiche Reben-sorten zu züchten, die für unsern Weinbau ausschlaggebend sein werden. Ich verweise darauf, daß Steiermark ein Land ist, welches weder zu den südlichsten, noch auch zu den nördlichsten Ländern gehört. Wir brauchen eine Rebensorte, die wir noch nicht haben, eine Sorte, die uns jedes Jahr, ohne daß wir eine Vermischung der Weine notwendig haben, den gleichen Wein gibt. Wir haben heute den Riesling und den Sylvaner als Hauptsorten. Die Rieslingsorte gedeiht nur in den besten Lagen, Sylvaner auch in den mittleren Lagen Steiermarks. Riesling ist eigentlich der typisch steirische Wein, während Sylvaner eigentlich mehr eine weiche Sorte ist, die an den ungarischen Wein erinnert. Wenn es uns nun gelingt — den Deutschen ist es schon gelungen, die Müller-Turngau-Rebe zu züchten, die auch für Steiermark eine große Zukunft haben wird — wenn es uns nun gelingt, diese Müller-Turngau-Rebe, eine Kreuzung zwischen Riesling und Sylvaner, in größeren Mengen nach Steiermark zu bringen, wäre es für uns von großem Wert. Herr Landesrat Riegler, ich ersuche, alles daranzusehen, um in Steiermark eine große Menge dieser neuen Rebensorte zu bekommen, weil Steiermark für diese Mischung der geeignete Boden ist und die geeignetste Lage hat.

Aber nicht nur die Weinbauern brauchen die Züchtung besserer Sorten, welche eine Besserung der Produktion, eine Mehrproduktion ermöglicht, es brauchen das gleiche auch die Obstbauern. Wenn wir unseren Obstbau anschauen, in der Oststeiermark ist die Sache etwas besser, weil dort bisher nur wenige Sorten gezogen worden sind, aber bei uns und in der Weststeiermark hat man vom Land aus Fehler gemacht —

und der Herr Abg. Bichl hat schon darauf hingewiesen —, weil man sich für alle möglichen Sorten eingesetzt hat. Und was ist das Endergebnis von diesem Sortenmischmasch? Das ist, daß von keiner Sorte die genügende Menge da ist, die der Besitzer verkaufen kann, daß auch der Obsthandel diese Sorten gar nicht mag. Wir brauchen ganz neue, bessere Sorten, und zwar größere, rötliche, die den Markt beherrschen. Das ist vor allem der rheinische Krummstiel und der rheinische Bohnapfel. Der rheinische Krummstiel wird für Steiermark eine Sorte werden, die den steirischen Maschankzer schlagen wird. Der steirische Wintermaschankzer hat sich zwar einen Ruf errungen, aber anderseits hat er verschiedene Nachteile. Besonders in unseren Gebieten, die etwas niedriger sind, da greift den Maschankzer sehr leicht ein Schädling, das *Fusicladium*, an, wodurch die Maschankzer für den Handel nicht mehr brauchbar sind, sie müssen dann vermodert werden, während der rheinische Krummstiel ein großer Apfel ist, von dem auch große Mengen erzeugt werden können und der auch ausländische Abnehmer findet. Wir müssen uns in Steiermark nur auf das Ausland verlassen, weil wir viel zu viel Obstbäume in Steiermark haben, um nur für den heimischen Konsum Ware zu liefern. Weiters sehen wir bei uns die Ananas-Reinecke, die Gold-Barmäne usw., die nur in Hausgärten gezogen werden. Wir vermissen aber, daß es direkt betont wird, daß für das Land draußen, für den Handel, nur die und die Sorten in Betracht kommen. Das ist eine Sünde gewesen von jenen Herren, daß nicht schon früher betont wurde, daß in Steiermark weniger, aber dafür gute Sorten gepflanzt werden müssen. Man soll aber jetzt darangehen, daß das Land in seinen Obstbaumschulen nur solche Sorten züchtet und die anderen Sorten den Privatschulen überläßt. Wenn jemand einen Spezialapfel, einen exotischen Apfel, kaufen will, dann soll er ihn bei den Privatschulen kaufen, aber das Land hat ein großes Interesse daran, daß Geld in das Land hereinkommt.

Ich will bei diesem Punkte auch die Obstausfuhr streifen, ich will dabei nur feststellen, was heute schon von mehreren Rednern der christlichsozialen Partei, und ich glaube auch der sozialdemokratischen Partei, verlangt worden ist. Ich will auch das gleiche sagen, was die Herren Abg. Zingl und Schifko gesagt haben, daß durch die Sperre im Jahre 1922 ein kolossales Volksvermögen zugrundegegangen ist. Tausende von Waggons Obst sind verfault. Aber durch Schaden wird man klug, und ich glaube, daß auch wir in Österreich durch diesen kolossalen Schaden klug geworden sind. Ich hoffe, daß unserem Antrage, den wir in der vorletzten Sitzung gestellt haben, stattgegeben werden wird. Wie ich aus der heutigen Zeitung gelesen habe, ist auch schon in Wien ein gleicher Antrag gestellt worden, und es besteht hoffentlich kein Anstand, daß wir im heurigen Jahre unsere Obst-mengen in das Ausland bringen werden. Wenn wir heute unsere Obstgärten durchwandern, so sehen wir, daß wir ein Obstjahr sondergleichen haben werden. Wir erhoffen für das heurige Jahr ganz kolossale Erträge, weder in Unter- noch in Mittelfsteiermark sehen wir den Honigtau oder den sogenannten Blütenstecher, wir sehen überall eine reine Blüte, es scheint auch

heuer kein Frost mehr eintreten zu wollen, und so hoffen wir, daß wir es heuer, wenn nichts dazwischen kommt, vielleicht mit einem ganz kolossalen Obstjahr zu tun haben werden. Wir müssen aber schon jetzt trachten, daß unser Obst auch in das Ausland gehen kann. Das letztemal war es so — ich habe mich dafür interessiert —, da waren im Herbst 1922 die tschechoslowakischen Obsthändler hier und die haben für alles Preise gezahlt, die nach unserer Währung 1500 bis 2000 bis 2500 K pro Kilo nach der Ernte ausgemacht hätten. Und berechnen Sie, was der Obsthauer dann später für das, was ihm übrig geblieben ist, erhalten hat, und er muß das Obst doch bis zum Frühjahr aufbewahren und hat dann dafür einen Schundpreis von 200 bis 500 K pro Kilo gekriegt und dabei sind ihm noch neun Zehntel der ganzen Ware verkauft. Und heuer würde es wieder so sein, wenn nicht die Sperre aufgehoben wird. Unsere Händler müssen schon jetzt Beziehungen zu den ausländischen Händlern anknüpfen, um die Gewähr zu haben, ihr Obst abstoßen zu können. Diese Frage ist eine sehr wichtige Frage, weil dadurch Milliarden dem Lande Steiermark erhalten bleiben könnten.

Wir verlangen aber als Wein- und Obsthauern weiters, um endlich einmal in diesem Kampf um die Steuer eine Handhabe zu haben, die Einführung von amtlichen Buchstellen, damit wir den Steuerbehörden mit Beweisen entgegenzutreten können. Die Weinbauern fordern aber auch, daß das Elementarschadengesetz einer Revision unterzogen wird. Wir haben es im Vorjahre gesehen, wo ganze Riede, ganze Gebirgsketten vom Hagel vernichtet worden sind, da haben manche gar nichts oder nur eine Bagatelle bekommen, sie waren nicht imstande, sich das Notwendigste nachzuschaffen. Sie müssen bedenken, daß die Weinbauern ihre Haupteinnahme aus den Weingärten schöpfen müssen. Aber meist ist nicht nur der Weingarten, sondern sind auch die Acker und übrigen Kulturgattungen zerschlagen. Die Bauern haben also nicht nur im Vorjahre einen Schaden, sondern auch im heurigen Jahre, weil sich die großen Elementarschäden auch heuer noch stark bemerkbar machen. Im Gebiete von Gamlich und Leutschach hat voriges Jahr ein entsetzliches Hagelwetter gewütet, und wir sehen, daß die Leute heuer nicht 20 Prozent von dem Ernten werden können, wie sonst, also auf zwei Jahre ist der Bauer ohne Ertrag und Einnahme, und aus diesem Grunde muß das Elementarschadengesetz einer Änderung unterzogen werden. Weiters wäre es gut, wenn den Weinbauern vor Augen geführt wird, daß das, was sie noch nicht kennen und was sie nicht in der Lage waren, auszuführen, daß ihnen Gelegenheit gegeben werde, Weingärten zu sehen, die mit Kunstdünger behandelt werden, daß Beispieldüngungsversuche auf Kosten des Landes gemacht werden. Diese Versuche brauchen ja nur in ganz kleinen Weingärten mit nicht mehr als 100 bis 200 Quadratmetern angestellt zu werden, aber auf diese Art und Weise werden die Leute zum Kunstdünger kommen. Weiters verlangen wir, wie schon erwähnt, die Errichtung neuer Schnittweingärten und dann die Möglichkeit der Weinverwertung. Die Errichtung von Beispiel-Kellereiwirtschaften, die schon im Voranschlag vorgesehen ist, ist sehr zu begrüßen,

aber da möchte ich sagen, daß bei solchen Beispielkellereien große Unterschiede sind, man muß trachten, diese Kellereien so zu errichten, daß es auch dem Bauer möglich ist, solche Kellereien nachzumachen, solche Kellereien müssen also im bäuerlichen Sinne geführt werden. Eine andere Frage, die die steirischen Weinbauern in letzter Zeit erregt, ist die Frage der Direktträger. Wenn wir uns über diese Frage blind hinwegsetzen würden, hätten wir Unrecht. Sie werden gelesen haben, daß der großdeutsche Abg. Jarboch im niederösterreichischen Landtage einen Antrag gestellt hat auf ein Verbot der Einfuhr und auf Knebelung der Pflanzung von Direktträgern. Er hat dabei die Verhältnisse der Weinbauern in Niederösterreich, und zwar mit vollkommenem Rechte angeführt, denn in der letzten Zeit hat etwas eingekehrt, die Weinbauern von Niederösterreich sind von Händlern ausgehöhlt, ausgebeutet worden, und diese Rebenhändler kommen sogar in die Steiermark, die haben sich nicht gescheut, die Direktträger von Steiermark dorthin zu bringen, obwohl sie wissen, daß diese selbst für Steiermark nicht passen. Wir müssen unsere Bedenken gegen die Hereinlassung der Direktträger nach Steiermark unbedingt geltend machen. Wir haben aber andere Verhältnisse als Niederösterreich, und in vielen Weingebieten wird es unbedingt notwendig sein, daß wir die Direktträger zulassen. Ich verweise da auf die Gebiete von Straden und Jagerberg, wo die Leute dadurch das einzige Mittel haben, Weinbau zu betreiben, wo sie, wenn auch kein besonderer Wein erzeugt wird, doch einen Hausstrunk haben. Die Reben, das sind Noah, Elvira usw., sind ja im allgemeinen für unsere Weingärten zu verwerfen, aber nur in Ausnahmgebieten zu pflanzen. Wir haben daher darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Verbreitung dieser Rebe in guten Weingebieten nicht durchgeführt wird.

Die Weinbauern verlangen noch weiters die eheste Erlassung eines Pflanzenschutzgesetzes. Warum? Wenn wir heute die Zeitungen anschauen, so sehen wir, daß in jeder Zeitung Pflanzenschutzmittel angepriesen werden, diese haben aber keinen Wert und werden in unreeller Weise in den Handel gebracht. Man findet Mittel gegen Peronospora, Oidium, Fusicladium und gegen die Blutlaus. Werden aber diese Mittel gekauft, und mancher gibt seinen letzten Heller dafür aus, um diese Schädlinge los zu werden, so ist der Erfolg gleich Null. Wenn es nun ein Gesetz gibt, das vorschreibt, daß diese Mittel zu prüfen sind, bevor sie in den Handel gebracht werden, würden viele Bauern vor Schaden bewahrt werden, und dieses Gesetz muß auch erlassen werden, weil dadurch die Hebung der Produktion einen großen Vorteil erhalten würde. Der Herr Abg. Bichl hat früher auch über die Blutlauschäden gesprochen. Dies ist eine Frage, die alle berührt und ganz bestimmt den Obstbau gefährdet. Gegen die Blutlaus haben wir leider noch nicht das richtige Mittel; Tabakertrakt und Schmierseife sind solche Mittel, die aber nicht viel helfen und nicht wirksam sind. Es wäre schon gut, wenn in dieser Sache der Blutlausbekämpfung das Land eintreten würde, dahin, daß im Lande Wanderlehrer feststellen, wo große Gebiete verseucht sind, und aus Landesmitteln gewisse Beiträge flüssiggestellt werden, um die Blut-

laus energisch zu bekämpfen, denn jetzt dürfte es noch möglich sein, einen großen Schaden zu verhindern. In erster Linie muß ich aber bei dieser Schädlingsbekämpfung die Leutenot anführen; man könnte den Ertrag vielleicht auf das Doppelte steigern, ich gebe das zu, aber wir haben kein Arbeitermaterial dazu, der Weinbauer ist nicht imstande, mit den wenigen Arbeitern in kurzer Zeit das zu machen, was zu machen wäre, das Besprühen der Obstbäume gegen Fusicladium usw. können wir nicht machen, weil wir speziell zu solchen Arbeiten niemanden haben, der sie verrichten würde. Das Fusicladium tritt nur bei einer Obstsorte auf, und wir müssen frachten, jene Sorten auszumergen, die sich zum Fusicladium neigen. Eine weitere und sehr wichtige Frage ist die Bekämpfung des Maikäfers. Wenn wir die Weingebiete anschauen, so sehen wir, daß im heurigen Jahre eine Unmenge von Weinstöcken durch Engerlinge vernichtet werden, der Maikäfer macht einen großen Schaden. Zur Bekämpfung des Maikäfers — heuer haben wir keinen Maikäferflug — sollten daher größere Beträge aufgewendet werden als bisher. Die Bekämpfung des Maikäfers ist ganz einfach, man braucht nur zur Flugzeit in der Frühe die Bäume zu schütteln, dann fallen sie von selbst herunter, werden gesammelt, verbrüht und geben ein gutes Hühnerfutter. Es wäre also auch eine Verwertungsmöglichkeit da und es wäre dann, wenn unsere Schulkinder am Lande herangezogen werden, leicht möglich, in einigen Jahren die Maikäfer überhaupt auszuroffen. Auf diese Art könnte man in Österreich mit geringem Aufwande die Bekämpfung bewerkstelligen, könnte Futtermittel gewinnen, könnte in Eichen- und Kastanienwäldern Hunderte von Meterzentnern zusammenbringen. Wenn wir die Schäden, welche die Maikäfer, wenn sie stark auftreten, in Weingärten und Wiesen anrichten, betrachten, so sehen wir, daß es im Interesse der Gesamtheit der Landwirtschaft liegt, wenn der Maikäferfrage entschieden an den Leib gerückt wird. Ich möchte schließlich noch darauf verweisen, daß wiederholt behauptet wird, die Einigung der verschiedenen Kreise der Wein- und Obstbauern in der heutigen Form habe überhaupt keinen Zweck, und zwar deshalb, weil über kurz oder lang wir keinen Weinkonsum mehr haben werden, da das Alkoholverbot in Österreich eingeführt wird. Der Herr Abg. Bözl hat schon seinerzeit einen Antrag eingebracht auf Erlassung des Alkoholverbotes, dieser Antrag ist aber abgelehnt worden. Ich bin kein Anhänger derjenigen, die sagen, der Alkohol muß in Mengen getrunken werden, die es dem Menschen unmöglich machen, Mensch zu sein, aber ich sage, man soll es den Menschen nicht unmöglich machen, man soll diejenigen in Ruhe lassen, die mäßig trinken, diesen Leuten soll man es nicht neidig sein, wenn sie nach des Tages Müß und Arbeit ein Gläschen Wein trinken und dadurch gestärkt werden. Es gibt in Österreich auch einen „Verein zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, Mäßig und frei“. Der Herr Abg. Leichin hat schon einmal gesagt, daß er Gegner des Schnapskonsums ist und daß diese Schnapsbrennereien auszuroffen seien, da sie nur schädlich sind, das kann aber bei einem guten Gläschen

Wein sicher nicht zutreffen (Leichin: „Sie sind ja Mitglied von „Mäßig und frei!“), und ich möchte den Herrn Abgeordneten bitten, einmal einen kleinen Abstecher zu uns hinunter zu machen und einen guten Tropfen zu trinken, dann wird er bei der nächsten Budgetdebatte anders gesinnt sein. (Heiterkeit.) Es ist erfreulich, daß hinsichtlich des Wein- und Obstbaues und der landwirtschaftlichen Förderung diesmal bei der Budgetdebatte alle politischen Parteien in der Hinsicht einig sind, daß die Hebung der Landwirtschaft eine Aufgabe des Landes und Staates sein muß, und wir glauben auch, daß in diesen Worten ausgedrückt wird, daß es wirklich so ist. Wenn wir bedenken, daß Staat und Land die Grundlagen schaffen müssen, um der Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, zu wachsen und zu gedeihen, dann möchte ich allen zurufen und Sie bitten, den alten Spruch zu beherzigen: „Des Vaterlandes Macht und Kraft, sie liegt nur in der Landwirtschaft.“ (Beifall.)

Leichin: Hohes Haus! Beim Kapitel V ist im Finanzausschusse ein gemeinsamer Antrag angenommen worden, der lautet: „Bei der Ausführung von allen öffentlichen Arbeiten des Landes ist grundsätzlich das System der produktiven Arbeitslosenfürsorge anzuwenden.“ Ich möchte nochmals darauf verweisen, daß dieser Antrag möglichstste Beherzigung bei der Landesregierung finden möge. Wir haben wiederholt im Finanzausschusse die Klagen gehört, daß wir für die Arbeitslosen immer wieder Unterstützungen verlangen, damit aber bei den Landwirten oder Bauern keine rosige Stimmung erzeugen. Wenn wir diesen Antrag annehmen, dann wäre auch die Landesregierung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß auf dem Gebiete der produktiven Arbeitslosenfürsorge etwas Ernstliches unternommen wird. Daß etwas geschehen kann, das habe ich in der Debatte aufgezeigt, indem ich auf die Tätigkeit in den einzelnen Bundesländern verwies.

Weil wir bei der Frage der Arbeitslosenfürsorge sind, möchte ich gleich in Verbindung mit den Ausführungen der übrigen Herren Vorredner, Schifko, Zingl und Gartner, darauf verweisen, daß leider auf dem Lande die Arbeitslosenfürsorge dazu ausgenutzt wird, um einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der Landbevölkerung und der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt herbeizuführen. Überall herrscht unter der Landbevölkerung die Auffassung, daß die Arbeitslosenfürsorge ausschließlich von den Landwirten auf dem Lande getragen werde. Eine solche irrige Auffassung wird aber sofort erklärlich, wenn man solche Reden hört, wie sie bei den letzten Nationalratswahlen gehalten wurden und auch jetzt noch überall gehalten werden. Ich hatte Gelegenheit, bei den letzten Nationalratswahlen in Trofaiach einer Versammlung beizuwohnen, wo der Herr Abg. Hartleb von den Arbeitslosen als von Arbeits-scheuen gesprochen hat. (Hartleb: „Das gibt es auch!“) Ja, aber man kann doch nicht generalisieren und alle Arbeiter als arbeits-scheu hinstellen. (Hartleb: „Das habe ich auch nicht getan!“) Ja, Sie haben das getan. Ich habe mir das notiert, und wenn ich Zeit gehabt und nicht nach Vorderberg hätte fahren müssen, so hätte ich Ihnen schon die Leviten

gelesen. Wenn immer und überall draußen in den Bauernversammlungen von der Arbeitslosen der Arbeiter gesprochen wird, dann verstehe ich, daß die Landwirte der Auffassung sind, daß die Kosten der Arbeitslosenfürsorge die Landwirte tragen. (Hartleb: „Ja, mit Recht, weil die Kosten überwältigt werden!“) Da sehen wir gleich, in welcher Art und Weise draußen der Haß gegen die Arbeiter entfacht und immer wieder von neuem entflammt wird.

Aber nicht nur, daß man den Landwirten erzählt, sie sind die Bezahler der Arbeitslosenfürsorge, erzählt man auch, daß die Arbeiter sehr viel Geld verdienen, einen sehr guten Lohn haben, es ihnen sehr gut geht, daß die Gehälter und Löhne mehr als valorisiert sind, während die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte noch nicht valorisiert sind. Obwohl es den Kleinbauern draußen genau so schlecht geht, wie etwa den Industriearbeitern oder Angestellten in der Stadt, obwohl sich also beide in der gleich schlechten wirtschaftlichen Lage befinden, erleben wir das Schauspiel, daß diejenigen, denen es am schlechtesten im Staate geht, aufeinander gehetzt werden, wobei der Kapitalismus der lachende Dritte ist. Die Lage der Landwirte wird dadurch natürlich nicht verbessert, wenn immer von den hohen Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten erzählt wird, die obendrein auf die Landwirte schimpfen. Ich gebe zu, daß die Kriegsjahre und die Verhältnisse während des Krieges einen gewissen Zwiespalt zwischen der Stadtbevölkerung und der Landbevölkerung heraufbeschworen haben. Dieser Zwiespalt hat natürliche Ursachen, entstanden aus dem Umstande, daß die Landwirte immer noch etwas zu essen hatten, während wir in der Stadt direkt Hunger litten. Dazu kam der weitere, allgemein bekannte Umstand, daß jeder am Lande etwas bekam, wenn er die Produkte mehrfach überzahlte. Sie wissen, ein Verbrechen geht leichter von Mund zu Mund, als eine gute Tat. So war es auch hier. Es bestand während des Krieges in den Städten die allgemeine Auffassung, daß bei der Landbevölkerung noch ein Leben geführt wird, wie wir es im Frieden gefunden haben, während in der Stadt allgemeine Hungersnot herrschte. Nur dadurch ist es verständlich, daß diese Gegensätze aufkommen konnten, die natürlich von Ihnen auch jetzt noch nach jeder Richtung gepflegt werden. Dafür liefert uns der Zwischenruf des Herrn Abg. Hartleb einen schlagenden Beweis.

Fragen wir uns einmal, wie steht es mit den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, und wie steht es mit den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten in den Industrieorten. Ich will nicht darauf eingehen, ob die Preise aller Produkte in der Landwirtschaft valorisiert oder übervalorisiert sind. Ich will eine Konzession machen und sagen, alle landwirtschaftlichen Produkte haben einen normal valorisierten Preis erreicht, und kein Produkt ist übervalorisiert. (Hartleb: „Da sprechen Sie mit Ihrem Kollegen Aufst, Aufst hat gesagt 30.000- bis 50.000fach!“ — Aufst: „Ich werde noch erwidern!“) Er hat ein Beispiel von den Eiern angeführt. Ich bin nicht in der Lage, das nachzuprüfen. Im allgemeinen ist die Sache so, daß die Preise aller Produkte in der Landwirtschaft heute valorisiert und zum Teil übervalorisiert

sind. Wir müssen nun fragen, ob dasselbe auch von den Löhnen und Gehältern gilt. Es wurde auch vom Kollegen Schifko auf die hohen Preise in der Industrie verwiesen, die nur auf die hohen Löhne zurückzuführen sind. Wie steht es nun mit den Löhnen der Arbeiter? Die Arbeiterkammer in Graz hat eine Lohnstatistik auf Grund der in Steiermark geltenden Kollektivverträge ausgearbeitet und den Löhnen von heute die Löhne vom Jahre 1914 gegenübergestellt. Nach derselben hatte ein qualifizierter Metallarbeiter im Jahre 1914 einen vierwöchigen Höchstlohn von 3.200.000 Seipelkronen. Gegenwärtig beträgt der Lohn eines qualifizierten Metallarbeiters 1.800.000 Seipelkronen. Bei einem durchschnittsqualifizierten Metallarbeiter betrug der vierwöchige Lohn im Jahre 1914 1.900.000 Seipelkronen, gegenwärtig 1.480.000 Seipelkronen. Bei einem hochqualifizierten Holzarbeiter betrug im Jahre 1914 der vierwöchige Lohn 2.100.000, gegenwärtig 1.380.000 Seipelkronen. Bei einem durchschnittsqualifizierten Holzarbeiter betrug im Jahre 1914 der vierwöchige Lohn 1.800.000, gegenwärtig 1.100.000 Seipelkronen. Ein Fassadenmaurer hatte im Jahre 1914 2.060.000, gegenwärtig hat er 1.280.000 Seipelkronen. Ein gelernter Maurer hatte 1914 1.860.000, gegenwärtig 1.240.000 Seipelkronen. Nun möchte ich die Löhne in Prozenten einander gegenüberstellen, damit Sie sehen, um wie viel der Lohn in Prozenten gegenüber dem Lohne im Jahre 1914 gesunken ist. Wenn wir den Lohn im Jahre 1914 mit 100 festsetzen oder sagen, damit auch ein anderer Teil der Herren es versteht, jeder Arbeiter, der 1914 100 K Lohn hatte, hatte 1923 folgenden Verdienst: Der hochqualifizierte Metallarbeiter hatte im Jahre 1923 nur 56 K verdient. Sie sehen, fast um 50 K, oder genau um 44 Prozent unter dem Lohne des Jahres 1914. (Ferner: „Er hat aber auch um vier Stunden länger gearbeitet im Jahre 1914!“) Das ist ein unsinniger Zwischenruf und zeigt, daß Sie darüber nicht nachgedacht haben. (Ferner: „Wir haben mehr gearbeitet: 14 bis 16 Überstunden!“) Wenn Sie nur vier Überstunden beim Denken gemacht hätten, dann würden Sie jetzt nicht so sprechen. Der Durchschnittsmetallarbeiter hatte im Jahre 1914 100 K verdient, gegenwärtig 76 K, also um 24 Prozent weniger. Der qualifizierte Holzarbeiter hatte im Jahre 1914 100 K, jetzt 65 K, das heißt um 35 Prozent weniger. Der Durchschnittsholzarbeiter, der 100 K verdient hat, verdient jetzt 61 K, also 39 Prozent weniger. Der Fassadenmaurer, der 100 K verdient hat, verdiente im Jahre 1923 nur 63 K, also um 37 Prozent weniger. Der gelernte Maurer, der im Jahre 1914 100 K verdient hat, verdiente 1923 nur 66 K, das heißt um 34 Prozent weniger. Die Statistik zeigt, daß die Löhne der Arbeiter bis zu 44 Prozent unter der valorisierten Höhe der Löhne vom Jahre 1914 stehen. Sie haben daher nach keiner Richtung irgend ein Recht, zu sagen, daß die gegenwärtige Höhe der Preise für Industrieprodukte zurückzuführen sei auf die Höhe der Löhne, die die Industriearbeiter bezahlt bekommen. Bei den Angestellten gilt genau dasselbe. Es ist also schon richtig, wie der Herr Landesrat Winkler sagt, daß hier etwas faul im Staate Dänemark ist. Wenn etwas faul ist, dann muß man die Dinge nach allen Richtungen prüfen und untersuchen,

um die Ursachen der Erscheinungen zu finden. Eine der Hauptursachen ist der hohe Bankzins, der für das Industriekapital bezahlt werden muß. Die Industriellen haben aber gar kein Interesse daran, daß der hohe Zinsfuß herabgesetzt wird, im Gegensatz zu den Jahren vor dem Kriege, wo die Industriellen gegen einen hohen Zinsfuß stets Stellung genommen haben. Gegenwärtig hören wir von keiner Seite von einem solchen Protest. Das hat auch seine guten Gründe, ist auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Industrie und Bank zurückzuführen. Unsere Industriellen sind jetzt meist an einer Bank interessiert, sitzen im Aufsichtsrat einer Bank, während unsere Industrie wieder von den Banken kontrolliert wird, mit den Banken vielfach verbunden ist, die Bankherren selbst gleichzeitig Industrieunternehmer sind. So wird von den Industriellen und Bankherren gemeinsam die große Masse des arbeitenden Volkes, zu dem auch die arbeitenden Bauern gehören, geschoren. Angesichts dieser Zusammenhänge zwischen Bank und Industrie ist es daher unrichtig, wenn die Schuld an den hohen Preisen der Industrieprodukte den Löhnen der Arbeiter zugeschoben wird. Wer dies tut, tut es aus Unwissenheit oder, weil er gegen den Kapitalismus nicht ankämpfen will, an seiner Erhaltung interessiert ist. Wenn der Herr Abg. Schifko einigermaßen diese Dinge kennen würde, könnte er unmöglich gegen die Arbeiter losgehen und sagen: „Die Arbeiter haben einen hohen Lohn, die sollen einige Stunden länger arbeiten, damit die Produkte im Preise sinken!“ Er müßte gegen den Herrn Landeshauptmann, den obersten Chef seiner Partei, ankämpfen, weil er gleichzeitig Bankenvertreter ist. Der Abg. Schifko müßte diesen Herrn anklagen und sagen: „Warum gebt Ihr Euch nicht mit niedrigeren Zinsen zufrieden. Die hohen Zinsen, die ihr einsteckt — es ist gleich, ob die Bofel- oder die Steirerbank — die müssen wir bezahlen.“ Aber beim Kampf gegen die Bank- und Industrieherren stoßen Sie auf sehr starken Widerstand, sind auch durch eine Reihe von Interessen mit Ihnen verknüpft, weshalb Sie dort ankämpfen und anklagen, wo Sie weniger Widerstände finden und es Ihren politischen Interessen entspricht: das ist der Kampf gegen die Arbeiter. Den schwereren Weg, den Kampf gegen die mächtigen Geldherren, die auch in Ihrer Partei sitzen, den meiden Sie.

Nun möchte ich fragen, was dem Bauer damit gedient ist, wenn der Arbeiter wirklich länger arbeitet? Ein Herr von den Bauernbündlern hat den Zwischenruf gemacht: „Dann sollen sie um vier Stunden länger arbeiten.“ Der Arbeiter hat heute schon um 44 bis 34 Prozent weniger Lohn als im Frieden. Trotzdem er weniger Lohn hat, sind die Produkte bedeutend teurer als während des Friedens. Natürlich leidet unter den hohen Preisen nicht zuletzt auch der Landwirt. Ja aber, wenn nun auch der Arbeiter länger arbeitet, wie werden sich dann die Preise gestalten, wenn schon jetzt bei dem minderen Lohne die Produkte teurer sind? Glauben Sie denn wirklich, daß die Preise der Produkte fallen werden? Das ist ganz ausgeschlossen. Der Preis der Industrieprodukte wird von einer kartellierten, gut organisierten Industrie erstellt, die ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn nieder oder hoch ist, die Preise für ihre Produkte berechnet, einer Industrie, die mit

Hilfe der Schutzzölle die Konkurrenz des Auslandes abzuwehren sucht, um die eigene Bevölkerung auszuheulen. Das ist auch für die Industrie bequemer, da sie keine technischen Neuerungen einzuführen braucht.

Nun wurde gesagt, daß nicht nur der Lohn die Preise der Industrieprodukte belastet, sondern auch die ungeheuren sozialpolitischen Lasten. Untersuchen wir einmal, wie die sozialpolitischen Lasten die Preise beeinflussen, wie diese Lasten auf die Preisgestaltung wirken und welchen Prozentsatz von den Produktionskosten die sozialpolitischen Lasten ausmachen. Die Produktionskosten setzen sich in ihren einzelnen Phasen im Kohlenbergbau wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskonto beträgt 31·7 Prozent, Materialien und Strom 31·2 Prozent, soziale Lasten 5·1 Prozent, effektive Ausgaben 32 Prozent.

Alle die Behauptungen, daß die Produktion durch die soziale Fürsorge so ungeheuer belastet wird, werden mit einem Schlage widerlegt. Die Löhne belasten die Produktionskosten nur mit 31·7 Prozent, die sozialpolitischen Ausgaben mit nur 5·1 Prozent, das ist zusammen mit 36·8 Prozent, während 63·2 Prozent auf die übrigen, für die Produktion notwendigen Ausgaben entfallen. Untersuchen wir weiter, wie sich diese Produktionsausgaben auf den Verkaufspreis der Produkte verteilen. Die Ziffern, die ich angeführt habe, sind berechnet auf Grund der Verhältnisse bei den großen Kohlenwerken in der Steiermark (Gföller: „Die besonders schreien!“), die besonders klagen und immer erklären, daß die Produkte diese hohen Lasten nicht ertragen und die Werke nicht mehr bestehen können. Dazu wird überall von phantastischen Löhnen der Bergarbeiter gesprochen, während gerade die Bergarbeiter in Wirklichkeit zu den schlechtest bezahlten Arbeitern gehören. Den Anteil der sozialpolitischen Lasten beim Verkaufspreise zeigen die folgenden Ziffern auf:

Der Anteil der gesamten Produktionskosten am Verkaufspreise beträgt 50 Prozent, der Lohn und Gehalt beträgt 15·4 Prozent, Material und Strom 16 Prozent, soziale Lasten 2·6 Prozent.

Die aufgestellten Behauptungen stehen im umgekehrten Verhältnisse zu den Tatsachen. Auf den Verkaufspreis entfallen bloß 2·6 Prozent der sozialpolitischen Lasten. Kein Mensch kann angesichts dieser Tatsachen sagen, daß diese Lasten so ungeheuer hoch sind und nicht ertragen werden können, daß sie den Preis der Produkte wesentlich bestimmen und damit auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie unmöglich machen. Auch Herr Kollege Schifko wird, wenn er diese Ziffern hört, nicht mehr behaupten können, daß die sozialpolitischen Lasten es sind, die unsere Industrie so ungeheuer belasten und die Ursache für die hohen Preise der Produkte bilden. Wenn wir diese Dinge näher ansehen, wenn wir die Ziffern uns einmal vor Augen halten und die Sache prüfen, so sehen wir, daß alle diese Behauptungen in ein Nichts zusammenbrechen. Die Industrie- und Bankkapitalisten schleudern das Schlagwort hinaus, das Sie alle im Kampfe gegen die Arbeiter ins Treffen führen, ohne überhaupt darüber einmal nachgedacht zu haben. Sie wettern einfach gegen den Armen, gegen den viel Schwächeren, gegen den viel schlechter Gestellten, den Unterdrückten,

ohne zu fragen, ob das auch gerecht ist, nur weil es Ihren Interessen entspricht. Sie hätten viel eher als Bauern alle Ursache, genau so wie wir, gegen den Kapitalismus, gegen den Urheber alles Unheiles loszugehen, statt gegen die Unterdrückten den Kampf zu führen, die genau wie die Bauern bestrebt sind, ihr Los zu verbessern.

Wenn der Herr Landesrat Winkler erklärt hat, daß Dr. Bauer in einer Rede sagte, daß die Industrie sich auf das Mieterschutzgesetz und auf die billigen Preise in der Landwirtschaft aufbaue, so ist das für uns keine Entdeckung, sondern eine allgemein bekannte Tatsache. Es ist weiters eine allgemein bekannte Tatsache für uns, daß der Reichtum in den Städten und der ungeheure Kapitalbesitz der einzelnen Kapitalisten das Resultat der Ausbeutung der Arbeiterklasse in der Industrie und das der Ausbeutung der Kleinbauern und Arbeiter auf dem Lande ist. Wenn die sozialpolitischen Einrichtungen auf dem Lande bessere und die Löhne der Arbeiter höhere sein würden, würde die Ausbeutung dem Kapitalismus sicherlich nicht so leicht gefallen sein. Aber auch auf dem Lande werden die Bauern dahinterkommen, daß sie alles Interesse haben, ihre ganzen Angriffe auf politischem Gebiete gegen den Kapitalismus zu richten.

Nun wurde vom Kollegen Schifko gesagt, wenn die Arbeiter um eine Stunde länger arbeiten würden, wäre es möglich, daß die Produkte billiger werden. Er hat sicher keine Ahnung von der Intensivierung der Produktion. Überall dort, wo in der Industrie die Arbeitszeit herabgesetzt wurde, ist die Arbeitsintensität gestiegen. Ich verweise auf das schon im Jahre 1878 erschienene Buch des Professors Lajo Brentano, in dem er nachweist, daß überall dort, wo die Arbeitszeit verkürzt wurde, in kurzer Zeit die Arbeitsintensität so zugenommen hat, daß der Arbeitserfolg ein viel höherer war, als er es bei längerer Arbeitszeit gewesen ist. Überall finden wir es bestätigt, daß bei Herabsetzung der Arbeitszeit sich der Arbeitserfolg steigert und in kürzerer Arbeitszeit der Arbeitseffekt ein viel höherer ist. Arbeitet daher der Arbeiter in der Industrie nur acht Stunden, so entsteht dadurch für den Landwirt kein Nachteil. Ich möchte Sie fragen, welchen Vorteil der Kleinbauer oder auch der mittlere Bauer davon hätte, wenn die Arbeiter zum Beispiel im Veitscher Werk für Bosel um 2 Stunden täglich länger arbeiten müssen? Welchen Gewinn hat der Bauer, wenn die Arbeiter bei Castiglioni in Donowitz beim Martinofen statt 8 Stunden 10 Stunden stehen müssen? Sie haben davon gar keinen Vorteil, nur Bosel und Castiglioni hat einen höheren Gewinn. Dem Landwirt wird dadurch nach keiner Richtung geholfen und ist ihm damit nicht gedient. Ich bin überzeugt davon, daß der Landwirt dem Arbeiter gegenüber gar nicht so gehässig ist, daß die Voreingenommenheit des Bauern gegenüber dem Arbeiter erst durch die Agitation in die Bauern hineingetragen wurde. Nicht um die Rettung des Bauern vor seinem Untergang, der ihm durch den Kapitalismus droht, ist es den Agitatoren zu tun, sondern nur um die Pflege des Hasses gegen die Arbeiter und Angestellten.

Warum untersuchen Sie nicht, inwieweit die hohen Zinsen, die die Banken einheben, auf die Landwirte

belastend wirken und die Produktion der Industrie verteuern. Das wäre für Sie viel näherliegend. Wenn wir Sie auf diesem Gebiete verfolgen, so bemerken wir nur immer, daß Sie von der Prüfung dieser Erscheinung nichts wissen wollen und den Leuten in Ihren eigenen Reihen einen blauen Dunst vormachen. Sehr wichtig, eine Lebensnotwendigkeit für die Landwirte und nicht nur für die Industrie, ist ein niedriger Zinsfuß. Sie alle wissen sehr gut, daß der größte Teil der Landwirte heute keine Hypothek aufnehmen kann, um sein Haus, seinen Stall herrichten zu lassen, weil der Zinsfuß zu hoch ist, er von der hohen Zinsenlast in kurzer Zeit erdrückt wird. Man braucht bloß den „Sonntagsboten“ lesen, um zu sehen, wie sie die Frage des hohen Zinsfußes aufzäumen. Vor drei oder vier Wochen hat Nationalrat Hollersbacher, also Ihr Parteigenosse, eine Artikel im „Sonntagsboten“ veröffentlicht, in welchem er sich mit der Frage des Bankzinses beschäftigt. Dabei ist er zu der Auffassung gekommen, daß billige Kredite für die Landwirtschaft eine Lebensfrage sind. Wie hat er aber die Frage für die Landwirte gelöst? Es wäre dort sehr naheliegend gewesen, wenn er gesagt hätte, wir müssen unsere Regierung, die eine christlichsoziale Regierung ist, beeinflussen, damit sie den Landwirten ein größeres Kapital zu niedrigem Zinsfuße zur Verfügung stellt, um die notwendigen Investitionsarbeiten vornehmen zu können, die zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft notwendig sind. Es wäre sehr einfach gewesen, für diese Zwecke die Steirerbank heranzuziehen. Das wäre die logische Folge gewesen, wenn man erkennt, daß die Landwirtschaft unbedingt billige Kredite braucht. Zu welchem Schlusse kommt nun der Herr Hollersbacher in seinem Artikel? Er sagt in demselben: „Ja, die österreichische Regierung, die kann billiges Kapital zu niedrigem Zinsfuß unseren Landwirten nicht zur Verfügung stellen.“ und empfiehlt schließlich den Landwirten, daß sie sich um ausländische Kredite bemühen müssen. Die kapitalistischen Bankjuden in Paris, die sollen wegen der schönen Augen der Christlichsozialen den Bauern in Steiermark Kapital zu einem billigen Zinsfuß zur Verfügung stellen, die jüdischen Bankkapitalisten in Paris sollen also tun, was die christlichen Bankkapitalisten der Steirerbank nicht machen. Heißt das nicht die Bauern betrügen, an der Nase herumführen, zum Besten halten? Eine andere Bezeichnung, ein anderes Wort kann ich dafür nicht finden. Überall dort, wo Sie anfassend müßten, da reißen Sie aus, da haben Sie Angst, kneifen Sie und versuchen, die Lösung der ganzen Frage auf ein anderes Gebiet zu schieben.

Nun hat sich auf einmal der Herr Kollege Schifko auch mit der Zollpolitik befaßt. Das hat sehr lange gedauert bei den Herren da drüben, bis sie sich dazu entschlossen haben. Nachdem die Generaldebatte so lange währte, hätte man schon erwartet, daß Sie Zeit genug gefunden hätten, um einigermaßen etwas über die Zollfrage, die für die Landwirtschaft so brennend ist, zu sagen. Jeder hätte erwartet, daß Sie zu dieser Frage wenigstens Stellung genommen hätten. Was erlebten wir aber heute? Es wird der Herr Kollege Schifko vorgeschickt, der kurz erklärt: „Die Zölle sind unbedingt notwendig.“ (Schifko: „Das habe

ich gar nicht erklärt, ich habe erklärt, daß die Industrie geschützt wird, die Landwirtschaft vogelfrei ist und daß die Lage der Bauernschaft bei Festhalten an diesen Zuständen unhaltbar sei." — Riemelmoser: „So ist es!“ Herr Kollege Schifko, haben Sie das Gegenteil behauptet? Lesen Sie den „Sonntagsboten“, da werden Sie das schon etwas besser finden, Herr Kollege Schifko, Sie haben doch nicht erklärt, daß zur Gesundung der Landwirtschaft die Zölle nicht notwendig seien, daß zur Gesundung der Landwirtschaft in Österreich andere Mittel gefunden werden könnten. Da Sie das nicht erklärten, so bleibt nur die eine von Ihnen vertretene Auffassung, daß es nach Ihrer Meinung nur einen Weg zur Gesundung der Landwirtschaft gibt und das ist die Einführung der Lebensmittelszölle.

(Präsident Schreckenthal übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie das auch nicht wirklich erklärt haben, so haben Sie durch Ihre Erklärung keinen anderen Schluß zugelassen (Schifko: „Sie konstruieren das halt anders!“), haben auch von einer anderen Möglichkeit nichts gesprochen. Ich glaube schon, daß man sich mit dieser Frage, die von so ungeheurer Wichtigkeit für unsere gesamte Volkswirtschaft ist, etwas mehr hätte befassen müssen. Wenn Zölle in der Vorkriegszeit bestanden, die der Landwirtschaft nichts genützt haben, und Sie es nicht verhindern konnten, daß während ihres Bestandes alljährlich eine Menge von Landwirten unter den Hammer kamen, so kann heute doch niemand sagen — wo wir auf die Einfuhr der Agrarprodukte angewiesen sind — daß nach dem Krieg die Zölle eine andere Wirkung haben werden. Die Zölle werden es daher auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht verhindern, daß die Landwirtschaft weiter verschuldet und eine größere Anzahl der Landwirte unter den Hammer kommt. Die Frage, wie man den Landwirten helfen kann, ist nicht so zu lösen, daß man ganz einfach erklärt: „Wir müssen die Zölle haben.“ Wir können nur sagen — ich habe konstatiert, daß auch die Bauernbündler sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen haben — daß es gleichgültig ist, wir den Landwirten und den Bauern geholfen wird, ob durch Zölle oder durch ein anderes Mittel. Aber geholfen soll ihnen werden. Das ist nur dann möglich, wenn ihnen gewisse Preise für ihre Produkte gesichert werden, ohne daß die Gefahr besteht, daß durch diese Sicherung der Preise, auch die Preise der Industrieprodukte, in die Höhe getrieben werden. Wenn durch die Zölle die Preise erhöht werden, gleichzeitig aber auch die Preise der Industrieartikel um ein Vielfaches steigen, müssen die Bauern auf der einen Seite das Doppelte dessen ausgeben, was sie durch den Zoll auf der andern Seite einnehmen. Damit ist ihnen nicht gedient. Gedient ist ihnen nur, wenn sie den Teil, den sie durch höhere Preise einnehmen, auch für die Wirtschaft verwenden können, daß sie machen können, was für die Entwicklung ihrer Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Wenn wir ihnen aber den Zollteil wieder dadurch nehmen, daß gleichzeitig die Preise für die Industrieprodukte steigen, dann haben wir der Landwirtschaft nicht geholfen. Die Art der Hilfe zeigt nur davon, daß man sich nicht besonders um die landwirt-

schaftlichen Fragen, die so sehr umstritten sind, gekümmert hat. Es ist leicht über die Sozialdemokraten zu schimpfen und zu sagen: „Ja die Sozialdemokraten, da hat Engel im Jahre 1872, also vor 50 Jahren, das und jenes gesagt, hat Kaupky im Jahre 1895 das und jenes geschrieben.“ Das ist viel einfacher, nur wird der Sache damit nicht gedient, den Landwirten nicht geholfen. Aber letzten Endes glaube ich, haben Sie sich doch zum größten Teil Ihre agrarpolitischen Weisheiten aus sozialdemokratischen Schriften geholt. (Oho-Rufe. — Riemer: „Sie leiden ja an Größenwahn!“)

Nun, meine Herren, möchte ich mich mit einigen Ausführungen des Herrn Kollegen Zingl befassen. Es handelt sich um die landwirtschaftliche Krankenkasse. Der Herr Kollege war darüber besonders entrüstet, daß für einen landwirtschaftlichen Arbeiter monatlich — ich glaube — 39.000 K Krankenkassenbeiträge bezahlt werden müssen. Und er sagte, daß das der Landwirt nicht tragen kann und damit außerordentlich belastet ist. Ich gebe das ohne weiters zu, daß damit die Landwirte belastet werden, aber das sind die einzigen sozialpolitischen Ausgaben, die die Landwirte leisten. Ich bin der Auffassung, daß dem Landwirt das Zahlen von Krankenkassenbeiträgen viel billiger kommt als wenn vielleicht sein Knecht oder seine Magd krank wird und dann 2, 3 oder 4 Wochen im Krankenhaus liegt und auf Grund der bestehenden Geseze der Bauer die Krankenhausverpflegung bezahlen muß. Das würde den Landwirt viel mehr belasten, als diese 39.000 K Krankenkassenbeitrag. Sie sind überdies doch gute Christen und müßten damit zeigen, daß Sie gewillt sind, Ihre Nächstenpflicht zu erfüllen. Aber damit ist es nicht weit her. Einige Herren von Ihnen, mit denen man darüber spricht, geben auch offen zu, daß für die landwirtschaftliche arbeitende Bevölkerung nicht allzugut gesorgt wird. Der Herr Kollege Gartner hat gesagt, wenn einer Kopfweh hat, so geht er nicht gleich zum Arzt, sondern er wartet so lange, bis das Übel von selbst gut wird, der liebe Gott wird ihn schon heilen. (Gartner: „Die Natur, die gesunde, gute Luft habe ich gesagt!“ — Zwischenruf: „Der Höller-Hansl!“) Die gute Luft kann nicht alles heilen. Im allgemeinen wird so lange gewartet, bis ihn die gute Luft geheilt oder nicht geheilt hat, er auch nicht mehr zu heilen ist. Gewöhnlich muß dann der Knecht oder die Magd das lange Warten mit der Gesundheit oder dem Leben büßen. Wir haben es erst jüngst in Pernegg erlebt, daß sich ein Knecht beim Streumachen im Wald die Kniescheibe verletzete. „Die gute Luft heilt es“, hat sich der Bauer gesagt und hat den Knecht ohne ärztliche Hilfe zu Haus liegen lassen. Der Bauer wollte für seinen Knecht, der sich in seinem Dienst verletzete, nichts ausgeben. Und was war die Folge? Der Knecht blieb so lange zu Haus ohne ärztliche Hilfe liegen, bis es nicht mehr ging, und er ins Krankenhaus geführt werden mußte, wo ihm das Bein abgenommen wurde. Jetzt ist der Mann ein Krüppel. (Gartner: Das passiert einem Industriearbeiter ganz gleich!) Aber Herr Kollege Gartner, ganz gleich ist beim Industriearbeiter die Sache nicht. Ich werde Ihnen das gleich darstellen. Wenn dasselbe in der Industrie vorkommt, so werden

wir es ebenso verurteilen, wie wir das bei der Landwirtschaft tun. Aber in der Industrie kann es auf diese Weise nicht vorkommen. Es kann vorkommen, daß ein Arbeiter bei der Maschine verunglückt, beim Holzabladen oder Verladen zu Schaden kommt, aber kein Arbeitgeber wird sagen: „Bleib zu Hause oder in der Werkstätte im Bett liegen, die gute Luft wird es schon heilen.“ Jeder weiß, daß der Arbeiter krankenversichert ist und er wird sofort nach dem Unfall zum Arzt geschickt und dort ärztlich behandelt. Wenn die ärztliche Kunst das nicht mehr reparieren kann, was dem Arbeiter durch das Unglück zugestoßen ist, so ist das zwar sehr bedauerlich und trifft das den Arbeiter sehr hart. Aber daß man erklärt: „Die gute Luft wird es schon heilen“, einen solchen Ratschlag wird man dem Industriearbeiter nicht geben. Und heilt die gute Luft nicht, dann büßt es der Arbeiter gewöhnlich mit seiner Gesundheit und ist zeitlebens ein Krüppel. Und aus diesem Grunde, meine Herren von der christlichsozialen Partei, meine ich: wenn es auch einem kleinen Landwirt, der einen Knecht hat, schwerfällt, die 39.000 K zu zahlen, so wird er sich bei etwas Aufklärung nicht weigern, es zu tun. Ich kenne die Landwirte und weiß, daß dieselben nicht so einsichtslos sind, und wenn man mit ihnen spricht, so haben sie ein Empfinden für ihre landwirtschaftlichen Arbeiter. Man muß ihnen darüber nur reinen Wein einschenken und dann erkennen sie sofort, daß diese kleine Belastung notwendig ist, um die bei ihnen bediensteten Arbeiter vor einem größeren Unglück und sich vor Schaden zu bewahren.

Der Herr Kollege Zingl hat heute vormittag sozialpolitische Lasten und Steuern in einen Topf geworfen, hat in einem Zug von den sozialpolitischen Lasten und Steuern gesprochen. Wenn die Herren sich beklagen, und das gilt nicht nur von den Christlichsozialen, sondern auch von den Bauernbündlern, daß die Steuern so hoch sind, so ist das uns nicht unbekannt. Aber wenn sie Klagen führen, so haben sie hiezu deshalb kein Recht, weil ihre Parteigenossen mit der Sanierungspolitik Seipel vollständig einverstanden waren. (Ing. Witzany: „Falsch!“) Auch Ihr Kollege Schreckenthal hat wiederholt erklärt, (Zwischenruf: „Wann haben Sie das von uns gehört?“), auch Schreckenthal hat dies wiederholt im Finanzausschuß erklärt. Und wenn Sie mit der Sanierungspolitik Seipel einverstanden sind, dann haben Sie kein Recht, darüber zu klagen, daß die Bauern allzu hart durch die Landesumlagen getroffen werden. Wenn Sie über diese Steuern ungehalten sind, wenn Sie die Steuerlast als eine drückende empfinden, die Steuern, die die Landwirte ganz gewaltig belasten, dann klagen Sie Ihre Parteiführer an, die diese Politik inauguriert haben, weil sie glauben, daß sie zur Sanierung dieses Staates notwendig sei. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, was für Folgen diese Politik haben wird und Sie haben darauf nur eine Antwort gehabt: „wir wollen den Staat assanieren, wir wollen den Staat zugrunde richten.“ Das Lächerlichste auf diesem Gebiete hat sich der Herr Kollege Gartner geleistet, der die Abstinenten als die Schuldigen anklagt, welche den Weinbauern die großen Steuern aufgelastet haben sollen. Kollege Gartner hat ja in seiner Rede Ziffern vorgelesen, mit welchen

Beträgen die Weinbauern mit der Grundsteuer und sonstigen Steuern belastet sind. In demselben Artikel schrieb Kollege Gartner folgendes (liest): „Gleich in den ersten Jahren ging ein Kesseltreiben gegen die Weinbauern los, das Wort Sanierung schien nicht sozialisiert worden zu sein, da ja die Gerechtigkeit weit vom Schusse gelassen wurde. Am grünen Tische im Finanzministerium in Wien übernahm man im Eifer die andersrassigen Valutenschieber und Spekulanten jeder Art“ — Herr Kollege Zenz kennt sie ja sehr gut — (liest): „da man sich auf einen Spezialzweig verlegt hatte. Dieser Spezialzweig, von dem man sich was Ausgiebiges zu holen errechnete, war der österreichische Weinbau. Und wieder kam der Anstoß aus dem Lande, aus dem zu uns noch wenig Gutes gedrungen war, das ist Amerika.“ — Ich möchte nur wünschen, daß Sie das Buch „Wilson“ lesen, dann würden Sie auf andere Gedanken kommen. — (Liest): „Vergessen ist menschlich und verzeihen ist christlich, hat man gesagt und so äßte man die hirnerbrannten Ansichten der neuen Welt ganz tapfer nach. Weil eben die Köpfe nach Muster „Wilson“ kein höhergeistiges Getränk als Wasser vertragen, war die erste soziale Tat in Österreich, auf Schlechweg den Alkoholmißbrauch zu drosseln. Das „Wie“ war bald gefunden! Zuerst muß die Quelle zum Versiegen gebracht werden. Also der Weinstock, der Ursprung alles Übels, muß vertilgt werden, deshalb an die eigentliche Wurzel, an den Weinbauernstand! Und so erkannten die Herren Alkoholgegner in Wien gar fürchterliche Maßnahmen. Die Steuerschraube, das moderne Folterwerkzeug, wird schon das ihrige tun.“ Also die Abstinenten haben die Steuerschraube den Weinbauern angelegt. (Zwischenrufe der Bauernbündler.) Das weiß ich nicht und weiß nicht, ob Seipel Abstinente ist. (Zwischenruf.) Da brauchen Sie nicht auf die Zeiten von Adam und Eva zurückzuschauen. Auf diese Art und Weise werden die Sozialdemokraten, weil bei den Sozialdemokraten die meisten Abstinenten sind, als die Schuldigen der Besteuerung hingestellt. Die Abstinenten in Wien sind also auf den glänzenden Gedanken gekommen, die Steuerschraube anzusetzen, um den Weinbauern zugrunde zu richten. Was bisher allgemein Seipel mit seinen Anhängern tat, das schiebt Kollege Gartner den Abstinenten zu, als ob diese in der Regierung sitzen. Ich meine schon, wenn man gegen die Höhe der Steuern losgeht, dann soll man auch den Mut haben zu sagen, wem wir sie zu verdanken haben, aber nicht immer die Schuld auf die Unschuldigen zu schieben. Es geht hier genau so wie bei der Frage, wer am Kriege die Schuld trägt. Da macht man uns für die Kriegsbegeisterung verantwortlich, dann dafür, daß der Krieg so lang gedauert hat. Und weil der Krieg so schlecht abgeschlossen hat, ein solches Unglück über uns brachte, wird uns die Dolchstoßlegende angedichtet, haben wir der Front den Dolchstoß versetzt. Jetzt, weil wir Gegner dieser Art Sanierung sind, klagen Sie uns an, daß wir den Staat zugrunde richten wollen, während Sie uns gleichzeitig für die Sanierung und für die Steuermaßnahmen des Herrn Seipel verantwortlich machen. Das genügt Ihnen auch nicht, weshalb wir auch den Bauern die Steuerschraube angelegt haben, damit sie zugrunde gehen. Diese Art Politik mag ja einen Wahlerfolg

herbeiführen, aber dauernd kann man damit selbst den Bauern nicht narren. Ohne Zweifel ist die Lage unserer Landwirte keine rosige; aber damit, daß Sie immer erklären, an dieser Lage der Landwirtschaft sind die Arbeiter, die hohen Löhne der Arbeiter und Angestellten, die kurze Arbeitszeit schuld, so ändern Sie damit an der Lage der Landwirtschaft nichts, selbst dann nicht, wenn die Industriearbeiter 9 bis 10 Stunden arbeiten. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit in der Industrie werden keinem einzigen Bauern seine Schulden genommen oder verringert.

Nun hat Kollege Schifko darauf verwiesen, daß wir den Achtfundtag auch in der Landwirtschaft einführen möchten, und belehrte uns dahin — was uns etwas ganz Neues gewesen ist —, daß die Landwirtschaft von den Witterungsverhältnissen abhängt, deshalb nicht so wie in der Industrie gearbeitet werden kann. Ich möchte ersuchen, mir einmal den Beweis zu erbringen, wo wir schematisch den Achtfundtag für die Landwirtschaft verlangt haben. Wir wissen sehr gut, daß die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft sehr stark von den Witterungsverhältnissen abhängig sind und bestimmt werden. Wenn Heumad ist, das Heu draußen liegt und es kommt ein Gewitter, so muß eben gearbeitet werden. Das wissen wir sehr gut und kein Mensch hat verlangt, daß da nicht gearbeitet werden soll. Diese Art des Kampfes gegen den Achtfundtag ist genau von derselben Qualität wie der von Ihnen geführte Kampf gegen die Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitslosen. Wir wissen, daß in der Landwirtschaft die Arbeitszeit nicht so zu regeln ist wie in der Industrie, weil die Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft ganz andere sind. Aus diesem Grunde währt die Arbeitszeit im Sommer oft 9, 10 und mehr Stunden, während im Winter aber viel kürzere Zeit gearbeitet wird. Herr Abg. Gartner hat gemeint, daß wir die Leute begeistern sollen, daß sie wieder hinausgehen auf das Land, weil Landarbeitermangel herrscht und unter diesem Arbeitermangel die Landwirtschaft stark leidet. Ich weiß nun nicht, für was wir die Arbeiter begeistern sollen. Die sozialpolitischen Einrichtungen, die annähernd so gut wären wie in der Industrie, muß die Landwirtschaft erst schaffen. Mit der Landwirtschaftskrankenkasse ist ja der Anfang gemacht worden, ihr werden aber bereits die größten Schwierigkeiten bereitet. Im übrigen fehlt noch alles, um die Arbeiter vor großem Unheil zu schützen. Es muß dem Landarbeiter auch möglich gemacht werden, eine Familie zu gründen, um ein Familienleben führen zu können, wie das beim Arbeiter in der Stadt der Fall ist. Daß man Ausnahmsgesetze schafft, den Landarbeitern das Abwandern verbietet, ist in der Zeit des Eisenbahnwesens, der raschen Entwicklung des Verkehrs, unmöglich. Wir haben weder das Recht noch die Mittel, um das Abwandern vom Lande zu verhindern, die Arbeiter nach dem Wunsche Gartner's am Lande festzuhalten, damit sie in der Landwirtschaft arbeiten. Wenn die Arbeiter abwandern, müssen sicher natürliche oder soziale Ursachen dazu vorhanden sein. Was wir können, ist nur gemeinsam dafür zu sorgen, um diese Ursachen zu beseitigen. Das können wir, wenn wir die kapitalistische Wirtschaft beseitigen, wenn wir verhindern,

daß sich einzelne auf Kosten der Arbeiter, sei es in der Stadt oder am Lande, bereichern. Wenn wir imstande sind, dies zu verhindern, wenn wir die Bedingungen dafür schaffen, daß die Arbeiter auf dem Lande ein menschenwürdiges Leben führen können, dann werden Sie auch Arbeiter finden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Satz: Hoher Landtag! Es wird den Herren Mitgliedern des hohen Landtages jedenfalls nicht entgangen sein, daß Dr. Zimmermann in Wien, unser Obervormund, allmonatlich einen Bericht an den Völkerbund absendet. In einem dieser Berichte stand vor nicht langer Zeit, daß die österreichische Landwirtschaft überaus rückständig sei. Wir können dieser Äußerung bis zu einem gewissen Grade beipflichten, wir wissen genau, daß wir rückständig sind, aber Herr Generalkommissär Zimmermann kann als Nichtösterreicher die Ursachen dieses Zustandes nicht kennen und hat sie daher auch nicht angeführt. Wir müssen daher zu diesem abfälligen Urteil doch einigermaßen Stellung nehmen.

In der Vorkriegszeit gingen Jahr für Jahr immer wieder große Mengen österreichischer Steuergelder für Straßen- und Bahnbauten, für Hafenanlagen, Festungswerke u. dgl. nach Bosnien, Galizien und Dalmatien. Für die innerösterreichischen Länder, hauptsächlich für die Alpenländer, ist dann gewöhnlich nichts mehr übrig geblieben. Die landwirtschaftlich führenden Länder, Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Musterländer in dieser Beziehung, haben alle diese Ausgaben nicht gekannt, haben nicht große, stehende Heere ernähren müssen wie wir, sind politisch weit günstiger gelegen gewesen als wir und konnten die Überschüsse an Steuergeldern ohneweiters in die Landwirtschaft hineinstecken. So ist es zu erklären, daß zum Beispiel die Schweiz einen fast unglaublichen Aufwand auf diesem Gebiete treiben konnte. Man braucht nur daran zu denken, daß die Schweizer für ihren Viehauftrieb sogar eigene Almfstraßen gebaut haben, während in unseren Ländern vielfach nicht einmal die notwendigsten Eisenbahnen und Talstraßen errichtet werden konnten.

Aus den Ausführungen des Herrn Landesrates Riegler haben wir erst leßthin vernommen, wie weit rückständig wir da sind, und das spielt für die Landwirtschaft eine ungeheure Rolle. Noch vor kurzer Zeit waren Klagen und Beschwerden zu hören, daß wir zu wenig Milch haben. Heute sind wir in der unangenehmen Lage, zu sagen, daß weite Gebiete des Landes Steiermark, ich verweise auf die Sölkgräben, die Rachau usw., die Milch nicht mehr anzubringen vermögen, jene Gegenden, die 15 und 20 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation entfernt sind. Dort ist die Entfernung schon so groß, daß man die Milch nicht mehr nutzbringend auf den Markt bringen kann.

Ich habe schon gesagt, daß unser früheres Vaterland, die alte österreichische Monarchie, ungünstig politisch gelegen war und daß es infolge der vielen kriegerischen Verwicklungen, die sich immer wieder ergeben haben, in große Verluste geraten ist. Diese Verluste hat zum großen Teile der Bauernstand tragen müssen. Der Weltkrieg hat dem Bauernstande gerade wieder Hunderttausende von Blutopfern gekostet, sie

liegen in fremder Erde begraben, und damit ist auch eine große landwirtschaftliche Erfahrung zugrunde gegangen. Ein tüchtiger Viehzüchter, ein tüchtiger Obstbauer läßt sich nicht ohneweiters durch Buchwissen binnen 24 Stunden herstellen. Es müssen Erfahrungen immer wieder neu erworben werden im heißen Ringen und in schwerer Arbeit. Die genannten führenden Länder auf dem Gebiete der Landwirtschaft, Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, haben Jahrhunderte nicht einen Krieg mitgemacht, wie wir sie immer wieder mitgemacht haben. Zu diesen blutigen Verlusten kommen die ungeheuren Erschütterungen des Geldwesens. Ich erinnere an die napoleonischen Kriege, die fast eine gleiche Erschütterung herbeigeführt haben, wie der letzte Krieg. Wir haben in den Jahren 1918 bis 1922 auch in unserem Bauernstande das lobenswerte und rühmliche Bestreben gesehen, die und jene Verbesserung einzurichten, um leistungsfähiger zu werden. Aber das Geld ist ihm durch den Kronensturz unter den Füßen weggeschwommen. Die Einnahmen von heute waren morgen um 10 Prozent weniger wert. Die Anschaffungen an Motoren, Pflügen usw., die er gemacht hat, die haben schon die nächste Woche das Doppelte und Dreifache gekostet. Und derjenige, der sein Geld in der Sparkasse eingelegt hat, ist durch den Geldsturz vollkommen um sein Vermögen gekommen und ist genötigt gewesen, Schulden zu machen. Das alles ist den Holländern und den übrigen genannten Ländern erspart geblieben, denjenigen Ländern, die unsere Vorfahren jahrhundertlang gegen die Türkengefahr geschützt haben. Gerade die Steiermark wurde dutzende Male gebrandschaft und geplündert und ganz Österreich mußte den Vorwall abgeben für die westlichen Länder, daß wir für diese Verteidigungszwecke teure Heere halten mußten, kam der westlichen Landwirtschaft zugute, die uns freilich umso leichter überflügeln konnte.

Nun, meine sehr geehrten Herren, wir sind jetzt eigentlich unter uns, wir haben nicht mehr in Bosnien, Dalmatien und Galizien Straßen-, Bahn- und Hafenhauten anzulegen, wir sind aber durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit in die unangenehme Lage geraten, daß wir nichts besitzen oder nur noch wenig, daß wir also blutarm geworden sind. Trotzdem haben wir die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um unsere Landwirtschaft in die Höhe zu bringen. Wir wissen nicht, welchen Zeiten wir wieder entgegengehen. Wer die Zeitungen nur einigermaßen verfolgt, der wird mir zugeben, daß böse Wetterwolken auf dem weltpolitischen Himmel aufziehen, alle Staaten, die sogenannten Siegerstaaten, rüsten um die Wette, und es scheint, als ob sich ein neues Kriegsunwetter zusammenziehen wollte. Wir wissen nicht, ob wir nicht wieder auf eigene Füße gestellt werden, es kann in 10 und 20 Jahren sein, wir Österreicher haben gewiß keine Sehnsucht nach solchen Ereignissen, aber der Fingerzeig ist auch für uns gegeben, daß wir in Zeiten der Not gerüstet sein müssen, damit wir den Hunger nicht noch einmal durchmachen, wie in den abgelaufenen Jahren. Die bisherigen Leistungen unseres Bauernstandes seit dem Jahre 1918 bis heute lassen allerdings Besseres erhoffen. Herr Dr. Z i m m e r m a n n nennt uns rückständig. Wer aber die Leistungen unseres

Bauernstandes von 1919 bis 1922 kennt, mitgemacht hat, der wird zugeben, daß unsere Bauern weder dümmere noch gescheiterte, weder fauler noch fleißiger, als andere Bauern sind. Sie haben unsere Städte binnen kurzem mit dem Notwendigsten wieder reichlich versehen, trotz der Ungunst der Zeit. Und sie trachten, genau so wie der Holländer, Däne oder Schweizer, ihre Wirtschaften so ertragsreich als möglich zu gestalten. Ich kenne keinen Bauern, der nicht alles daran setzen möchte, seine Wirtschaft möglichst einträglich zu gestalten. Alle, auch jene Wirtschaften, wo nur Kriegerwitwen sitzen, sind bestrebt, das Möglichste zu leisten. Wenn wir noch vor ganz kurzer Zeit über den Milchmangel oder andere besondere Erscheinungen geklagt haben, die wir in der Stadt böse empfunden haben, so wissen wir heute, daß das Abgeben von der Zwangswirtschaft sofort den Mangel in Überschuß verwandelte. Zu diesem Aufschwung haben wir aus öffentlichen Mitteln herzlich wenig beigetragen. Diese Leistungen lassen aber für die Zukunft das Beste hoffen.

Gestatten Sie nun, daß ich nun einige Gedanken über die Förderung der Viehzucht vor Ihnen ausbreite. Für eine gedeihliche Zucht sind eine Reihe von Voraussetzungen notwendig, zunächst die Bodenverbesserung. Es nützt nichts, in gewissen Landstrichen mit hochwertigen Rinderrassen einzusetzen, wenn nicht vorerst der Boden verbessert wird. Als Beweis diene, daß erst lehtthin ein hochwertiger Zuchttier geschlachtet werden mußte, weil er an der Leberegelseuche erkrankt ist. Diese Seuche ist auf den sumpfigen Boden zurückzuführen. Wir haben aber noch Tausende von Hektar nasser oder gar sumpfiger Böden zu verbessern. Dazu haben wir zu geringe Geldmittel. Trotzdem hat unser Bauamt den besten Willen, helfend eingzugreifen und hat die geringfügigen Mittel gut angewendet. So soll nun endlich das Paltental entwässert werden, wo 12 Quadratkilometer sumpfigen Bodens in wertvolles Ackerland umgewandelt werden kann. Es ist das schon ein ansehnliches Werk, welches uns mit Freude und Zuversicht erfüllt.

Das zweite, was ich wünschen möchte, sind gute Vatiertiere. Es ist leicht zu sagen, der Bauer soll sie sich selbst beschaffen oder kaufen. Es sind heute durch den Krieg und durch die Nachkriegsverhältnisse nicht übermäßig viel gute Mutter- und Vatiertiere vorhanden. Sie sind sehr schwierig zu haben und zweitens sehr teuer. Nichtsdestoweniger haben wir alle Gelegenheiten wahrgenommen, um für das oststeirische Fleckvieh zur Auffrischung möglichst viel gutes Zuchtvieh heranzuziehen und ich kann nicht umhin, der Fleckviehgenossenschaft in der Oststeiermark die besondere Anerkennung auszusprechen. Ihre Erfolge sind ganz außerordentlich erfreulich.

Sehr wichtig ist ferner die Jungviehaufzucht. Dazu bedarf es noch großer Aufklärungsarbeit. Es darf nicht vorkommen, daß wir das heranwachsende Jungvieh als Schlachtvieh verwenden. Wir müssen auch lernen, daß man das, was man in den ersten Lebensmonaten verabfümt, in den späteren Jahren nicht mehr einholen kann. Es kostet viel Überredungskunst, viel Überzeugungsarbeit, es ist nicht jedem einzureden, daß man ein zur Weiterzucht bestimmtes Kalb monatelang mit Milch ernähren müsse. Bei uns erzieht man das Vieh

aber noch vielfach zum Hungerkünstler. Die Bodenverbesserung hängt damit ebenfalls zusammen. Wenn ich statt Sauerheit gutes, süßes Heu füttern kann, werde ich bessere Erfolge erzielen. Mit Wanderpredigten allein ist es auch nicht getan. Der beste Wanderlehrer ist der Erfolg. Man muß zeigen, wie der Erfolg am besten zu erzielen ist. Bei uns wird sich vielfach die Jungviehmast, zum Beispiel in der Schweinezucht, besser lohnen, als die Mast älterer Tiere. Mit Jugoslawien und Ungarn können wir auf diesem Gebiete nicht gut in Wettbewerb treten. Die Jungviehmast ermöglicht auch einen rascheren Geldumsatz, was für die Landwirtschaft ungeheuer wichtig ist.

Ein viertes ist die Anlage von Düngerstätten und Jauchenanlagen. Der Herr Abg. W i h a n n hat schon darauf hingewiesen, allerdings mit einem unangenehmen Beigeschmack. Er hat gemeint, daß das Referat über die Düngerstätten, die Zuweisung der Subventionen eigentlich einem Tierarzt überantwortet ist. Ich sage, es ist keinem Tierarzt, sondern einem Landesrate überantwortet. Das ist ein Zufall, daß dieser Landesrat Tierheilkunde studiert hat. Das steht damit nicht im ursächlichen Zusammenhange. Es ist gleichgültig, ob ein Pflanzen- oder Tierzuchtfreier diese Sache entscheidet. Es müßte da nur entschieden werden, wer mehr Sachverständiger ist, der Herr Abg. W i h a n n oder ich. Ich glaube feststellen zu müssen, daß nicht ich die Subventionen zuweise, weil ich mich von diesen Dingen ferne halte, sondern das wird lediglich im Tierzuchtausschuß besprochen und entschieden. Dort laufen die Gesuche ein, und erst gestern ist in der Landesregierung eine Richtschnur dafür beschlossen worden. Wir haben grundsätzlich festgelegt, daß alle Landesteile gleich berücksichtigt werden sollen, und daß zweitens nur solche Besitzer berücksichtigt werden sollen, die einen kleinen Grundbesitz haben, nicht mit Vermögen gesegnet sind, denen man also unter die Arme greifen soll. Die Subventionen sind bei den heute zur Verfügung stehenden Mitteln gering. Sie bilden tatsächlich nur einen Anreiz, denn der Gesuchsteller erhält bloß ein Drittel der ganzen Anlagekosten aus öffentlichen Mitteln. Die Erfahrung hat genügend bewiesen, wie wichtig gerade das sorgsame Konservieren des Düngers und der Jauche ist, weil sie ein großes Vermögen darstellen.

Wir geben nun Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln zunächst an die Genossenschaften. Diese Genossenschaften bestehen hauptsächlich in der Obersteiermark, aber auch in der Oststeiermark leben Genossenschaften mehr und mehr auf. Sie leisten ziemlich viel und haben sich nach dem Krieg sehr schön erholt. Wo man hinsieht, ist das Bestreben vorhanden, Tüchtiges zu leisten. Es werden Milchleistungsprüfungen durchgeführt, die Stierkörungen sind in Ordnung, man kann sich nur darüber freuen. Die mustergültigen Genossenschaften allein genügen uns nicht, wie wir im Verlaufe der Zeit bemerkt haben. Wie ich schon bei den Beratungen des Tierzuchtgesetzes erwähnt habe, wird die genossenschaftliche Förderung nicht allen Bauern zugänglich sein können und gerade in der Oststeiermark sehen wir, daß in manchen Gemeinden keine genossenschaftliche Bewegung aufleben will; aber trotzdem sind sie durchaus hilfsbedürftig. Die Zählung der Stiere hat ergeben,

daß im Mittelland weit über 800 Stiere fehlen. Da ist mit den Genossenschaften allein nicht abzuhelfen. Darum zieht das Tierzuchtgesetz die Gemeinde zur Mitarbeit heran, sonst könnten wir gerade dem kleinen Züchter nicht unter die Arme greifen. Es gibt eine ganze Reihe von Gemeinden, zum Beispiel in der Gegend von Radkersburg herum, die überhaupt keine Zuchtstiere haben und die Erhebungen der letzten Zeit ergaben, daß es Gemeinden gibt, in denen 40 Prozent der Kühe unfruchtbar stehen. Wo sollen wir hinkommen, wenn das so weiter geht.

Wir müssen also nicht nur mit Aufklärungen, sondern auch mit Geldmitteln aushelfen und wir sind so weit, daß wir für den Stiereinkauf 20 Prozent an öffentlichen Zuwendungen geben können. Jedenfalls wird es aber mein Bestreben sein, wenn wir für die Anschaffung von Gemeindestieren Beihilfen geben, daß auch kleine Besitzer dieser teilhaftig werden müssen. Das ist im genossenschaftlichen Wege wiederholt nicht möglich gewesen, wie eben die Erfahrung gelehrt hat.

Nun, meine Herren, möchte ich noch einige Umstände besprechen, die die Entwicklung der Viehzucht schwer beeinträchtigen. Einer der Hauptübelstände ist die schwere Absatzmöglichkeit. Es ergibt sich bei uns das Merkwürdige; in den Jahren 1919 bis 1923 hat es allgemein geheißen: „Wir können diesen Staat nicht erhalten, weil wir zu viel Fresser haben.“ Im Jahre 1923, als die Festlegung der Krone eingeseht hat, da hat es plötzlich anders geheißen. Da hat es geheißen: Wir können Österreich nicht halten, weil wir zu wenig Fresser haben. Wie ist dieser Gegensatz zu erklären? Vom Jahre 1919 bis 1923 haben wir nicht nur die Bevölkerung ernähren müssen mit den damals sehr schwach beschickten Märkten, wir haben auch noch die großen Schiebermengen ernähren müssen, die aus dem Auslande zu uns gekommen sind und unseren niedrigen Geldstand ausgenützt haben, um bei uns zu schmarnen. Die sind dann ausgeblieben und auf einmal ist ein Überschuß an allen möglichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen entstanden, obwohl die Bevölkerungszahl beinahe größer ist als wie vor dem Kriege. Mit anderen Worten: Der Inlandsbedarf ist zu gering gegenüber früher. Die Kaufkraft ist nicht mehr genügend, wir können heute die eigenen Erzeugnisse nicht mehr aufkaufen. Da gibt es nur ein Mittel, den Fremdenverkehr zu fördern und andererseits, die Gehälter unserer Festbesoldeten den Vorkriegsverhältnissen wieder allmählich anzugleichen. Um nun die Richtigkeit dessen zu beweisen, erlaube ich mir hinzuweisen, daß der Milchverbrauch von Graz zum Beispiel heute noch nicht die Hälfte des Jahres 1914 ausmacht. Die Milch muß aber verkauft werden, denn Milch kann man nicht in die Sparkasse legen, wir müssen sie auf den Markt bringen können, sie muß verkauft werden, und zwar mit Nutzen, nicht mit Schaden. Wir müssen darauf Bedacht nehmen, unseren Bauern auch lohnende Absatzmöglichkeit zu eröffnen. (L e i c h i n: „Weil die Arbeiter so wenig verdienen!“) Herr L e i c h i n, da möchte ich Ihnen folgendes Beispiel erzählen: Im vorigen Dezember hat mir ein hiesiger Buchhändler geklagt, daß er kein Weihnachtsgeschäft mache. Ich habe ihm gesagt: „Wenn die Beamenschaft ihre Aushilfe von etwa 500.000 K aus-

bezahlt bekommt, werden Sie Ihr Weihnachtsgeschäft schon machen." Diese Auszahlung ist nun auch richtig am 17. Dezember erfolgt und der betreffende Buchhändler hat am 24. Dezember dieselbe Lösung gehabt wie im ganzen Dezember des Vorjahres. Die Folge davon war, daß er seinen Angestellten den doppelten Neujahrsgehalt auszahlen konnte. Daraus geht hervor, daß eine bessere Beamtenbesoldung mittelbar auch für die übrigen Angestellten und Arbeiter günstig einwirkt. Wenn ein großer Teil der Verbraucher, zu denen die öffentlichen Angestellten gehören, schlechter als in der Vorkriegszeit besoldet ist, kann er nichts kaufen und damit stockt der ganze Verkehr im Handel, im Gewerbe und in der Industrie. Eine große Fessel für den Erfolg der Viehzucht ist auch der sinkende Viehpreis. Einer meiner Vorredner, Herr Landesrat Prisching, hat darauf hingewiesen, wie die Christlich-sozialen sich zur Frage des Zollschutzes stellen. Ich brauche nur an seine Worte erinnern und will bloß eines hinzufügen. In anderen wirtschaftlich hochstehenden Ländern, die man uns immer als Musterbeispiel hinstellt, wird die Viehzucht anders gefördert wie bei uns. Ich führe da als Beispiel die Schweiz an. Durch einige Jahre habe ich Zuchstiere aus der Schweiz eingekauft und in die Oststeiermark eingeführt. Die Schweiz hat damals infolge der ungeheuren Notlage ihres Bauernstandes für jeden ausgeführten Stier und für jede Kalbin 200 Schweizer Franken Exportprämie bezahlt, sie hat von der Schweiz bis Buchs in Österreich das Vieh frachtfrei transportiert. Was macht Österreich? Wir sind darauf angewiesen, Zuchtvieh aus den Alpenländern auszuführen. Wir haben seinerzeit ungeheure Mengen Vieh in die Sudetenländer geliefert in die großen Grundherrschaften, Molkereiwirtschaften, Zuckerfabriken usw. Die heutige Tschechoslowakei würde sehr gern bei uns Vieh einkaufen, sie kann aber nicht, weil wir nicht nur keine Exportprämie haben, sondern von uns auch noch Ausfuhrabgaben verlangt werden. Unsere Landwirtschaft hat nicht nur keinen Zollschutz, sondern wenn sie ausführen will, wird sie niedergehalten, sie muß Exportzoll zahlen und wird gewurzt, sie hat einen doppelten Bremsklöppel angelegt. (Winkler: „Warum wird das nicht geändert, Herr Kollege? Nicht von Ihnen, aber Ihre Partei hat es in der Hand!“) Gestatten Sie, Herr Kollege Winkler, ich komme auf das zurück. Das ist also ein doppelter Bremsklöppel, der den Bauern auferlegt wird. Ich habe im vorigen Herbst die Bitte vorgebracht, man möge uns eine Partie Rinder ausführen lassen. Es sind uns 4000 Stück Rinder zugestanden worden. Dazu ist aber eine Ausfuhrbewilligung notwendig. Und nun will ich Ihnen eine Zahl verraten. Wissen Sie, wieviel von den 4000 Rindern über die Grenze in die Tschechoslowakei gegangen sind trotz der Bewilligung? 18 Stück. Was ist uns damit gedient und warum sind nicht mehr hinausgegangen? Weil wir nicht in Wettbewerb treten können. Die Tschechen sagen: „Wir brauchen eure Ochsen nicht, behaltet sie, wir kriegen in Ungarn billigere ohne Ausfuhrbewilligung und ohne Ausfuhrtage!“ Ich habe mich in dieser Angelegenheit bemüht und bin neuerdings eingeschriffen und habe noch auf etwas hingewiesen. Der Hinweis lautet folgendermaßen: Man klagt über

unsere passive Handelsbilanz und erwähnt, daß wir 150.000 Mastochsen nach Wien und andere Verbrauchsorte einführen müssen. Wir sind ja wohl auf das Mastvieh des Auslandes angewiesen. Es wäre aber leicht wegzumachen. Man lasse uns dafür 150.000 Stück Arbeitsochsen, die Milchkühe aus Tirol und Salzburg ausführen, dann haben wir das Handelsgleichgewicht wieder hergestellt. Wir haben die Mastmittel nicht im Lande. Dafür lasse man uns das Magervieh ausführen, wie es seit unvordenklicher Zeit geschah bis zum Kriegsausbruche. Der Kreislauf in der alten Monarchie war folgender: Aus Obersteiermark und Salzburg ist seinerzeit ohne weiteres das überzählige Vieh nach dem Alpabtrieb in die Tschechoslowakei gegangen, wurde dort gemästet und kam dann von dort als Mastvieh nach Wien zurück. Die Absperrungsvorschriften der einzelnen Länder während der Kriegszeit haben diesen wunderbaren Kreislauf unterbunden, die Alpenländer waren gezwungen, Magervieh zu schlachten und das ist das Unwirtschaftlichste, was man sich denken kann. Auch aus diesem Grunde wollen wir zurückkehren zum alten Verfahren, das sich glänzend bewährt hat und dann werden wir wieder einen Aufschwung in unserer Volkswirtschaft erleben, der alle Schichten der Bevölkerung günstig beeinflussen wird. Diese Frage ist aber für die obersteirischen Gebiete besonders brennend. Ich bitte, Sie brauchen sich nur vorzustellen, daß wir wieder einen Futtermangel kriegen wie im Jahre 1922 und wir haben einen Viehkrach im Lande, der das ganze Wirtschaftsleben erschüttern wird. Ich will bei dieser Gelegenheit noch erwähnen: Was hat der Verbraucher für ein Interesse an dem sinkenden Fleischpreis oder an den Zickzackpreisen, an einem Ansteigen und dann plötzlichem Sinken? Gar keines. Für den Verbraucher ist es am besten, wenn er gleichbleibende Preise hat, mit denen er rechnen kann. Steigen die Preise auf den Viehmarkt jäh an, kommt er unter die Räder, er muß höhere Fleischpreise zahlen, sinken die Preise, wird er kaum etwas davon haben, weil der Fleischpreis nicht ohne weiteres heruntergehen kann. Der Fleischhauer, der am Wiener Montagmarkt teuer eingekauft hat, kann am nächsten Montag bei sinkenden Viehpreisen nicht mit dem Fleisch heruntergehen, weil er ja noch teuer eingekaufte Ware liegen hat. Der Händler hat auch keine Freude mit solchen springenden Preisen, weil er, wenn er auf dem einen Markt einen Riesenschab macht, auf dem anderen wieder gehörig gerupft wird. Es werden Hunderte von Millionen verloren, wenn die Viehpreise so hin- und herspringen. Der Bauer hat schon gar kein Interesse daran. Er will genau so wie der Verbraucher einen gleichbleibenden Preis, mit dem er seine Rechnung finden kann. Denn, wenn in Wien am St. Marger Markt die Viehpreise jäh in die Höhe steigen, hat der Bauer doch sein Vieh schon längst, über eine Woche lang vielleicht schon, verkauft, beim Absteigen der Viehpreise dagegen kommt er umso übler weg. Das wollte ich in kurzem über die Viehzucht bemerken.

Ich möchte nun auch noch einiges über die übrigen Zuchtgebiete, vor allem über die Pferdezucht, sprechen. Da ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß diese mit größeren Beiträgen gefördert wird, und auch be-

züglich der Förderung durch das Ackerbauministerium herrscht eine ähnliche Meinung: Man sagt, der Bauer soll sich seine Hengsten selbst beschaffen. Nun, wer einigermaßen Einblick hat, wird mir zugeben, daß das glatt unmöglich ist. Übrigens nützt die Pferdezucht nicht nur den Bauern, sondern sie bedeutet auch für die Allgemeinheit sehr viel. Neun Zehntel der gezüchteten Fohlen gehen nämlich nach Deutschland und in die Schweiz, also fast ausnahmslos in das Ausland. In der Zeit von 1919 bis 1922 haben wir das deutlich gespürt, wo wir fast nichts ausführen konnten, als Holz und Pferde. Die Pferdeausfuhr war damals ein ganz bedeutender Handelsartikel, sie hat nebenbei auch viel Verdienstmöglichkeiten geschaffen und viel ausländisches Geld ins Inland gebracht. Die Pferdezucht in der Steiermark hat sich sehr gut gehalten, dank der regen Tätigkeit der Steirischen Pferdezüchtgesellschaft. Wir besitzen im Lande seit einigen Jahren auch einen Fohlensaufzuchtshof, der aus eigenen Mitteln der Pferdezüchter errichtet wurde. Er ermöglicht es uns, die besten Fohlen im Lande auszusuchen und für die Weiterzucht zu erhalten. Er befindet sich in St. Johann am Tauern.

Aluch in der Kleintierzucht haben wir bereits ganz schöne Erfolge zu verzeichnen. Ich erwähne hier die Schaf- und Schweinezucht, obwohl wir nicht überall so vorwärtskommen, wie wir wollen. Die Kaninchenzucht haben wir ebenfalls tunlichst gefördert, und für die heurige Ausstellung werden wir namhafte Beiträge bewilligen. Ich will erwähnen, daß diese Zucht ganz namhafte Rohstoffe für die Kürschner liefert. Der Schafzucht haben wir aus ähnlichem Grund unser Interesse zugewandt, weil sie den Wollbedarf für den Loden liefert, und wir können sagen, daß sich die Landwirtschaft fast durchwegs mit Kleidern eigener Erzeugung eindeckt und dadurch unsere Handelsbilanz günstig beeinflusst. Zum Schlusse eilend, will ich noch sagen, daß der Förderungsdienst für die Landwirtschaft allen Kreisen der Bevölkerung dient und es wohl berechtigt ist, wenn der Landtag sich mit diesen Dingen eingehend befaßt. Nur die Mittel sind leider weitaus zu gering, die müssen bedeutend größer werden, und auch diese kleinen Mittel müssen wir immer noch neunmal umkehren, um überall noch auszuheilen zu können. Seien Sie versichert, meine Herren, daß wir auch in Zukunft bestrebt sein werden, auf diesem Gebiete das möglichste zu tun, nicht nur dem Bauernstand zuliebe, sondern zum Wohle der gesamten Bevölkerung unseres Landes und Vaterlandes. In diesem Sinne bitte ich Sie um Annahme dieses Kapitels. (Beifall.)

Zobel: Hohes Haus! Der Pflanzenbau, die Grundlage der Landwirtschaft, aus welchem alle Zweige der Landwirtschaft entspringen, bedarf einer besonderen Förderung unseres Landes. Die Förderung des Pflanzenbaues ist notwendig, um der Landwirtschaft sowie der gesamten Volkswirtschaft in unserem Lande zu dienen. Für die Förderung des Pflanzenbaues sind vorgesehen verschiedene Unternehmungen: Futterbau, Getreidebau, Hartfrüchtebau und Saalgutanerkennung, Saatgutbeschaffung, Errichtung von Musterdüngerkästen, Musterjauchengruben und dergleichen mehr. Aber es müssen hierzu auch die nötigen Schulen das

ihre beifragen, und es müssen die Landwirte in Kurzen aufgeklärt werden, damit sie alles das in der Weise anzuwenden vermögen, daß es von Nutzen ist. Daß die Schulen und die Kurse notwendig, sogar sehr notwendig sind, das ist schon in dem Umstande gelegen, weil die bäuerliche Jugend nicht Gelegenheit hat, sich in höheren, als in den Volksschulen weiterzubilden. Denn den Bauern ist es unmöglich, seinen Kindern eine höhere Schule angedeihen zu lassen, da er durch den Mangel an Arbeitskräften schon auf seine Kinder wartet, bis sie ihm helfen, die Wirtschaft zu betreiben. Es wäre schon notwendig, daß auch uns die gleiche Gelegenheit gegeben wird, daß auch wir Bauern unseren Kindern eine höhere Bildung zukommen lassen können, wie es allen den anderen Ständen schon möglich ist, ihre Kinder in höhere Schulen zu schicken, damit wir nicht immer und immer den Vorwurf zu hören bekommen, direkt oder indirekt, wie hier gesagt worden ist von einer Seite: „Der Bauer ist zu konservativ.“ Ich habe das so aufgefaßt, er ist rückständig, und wenn unser Herr Kurator in Wien auch sagt: „Die Landwirtschaft ist rückständig“, so ist das zwar richtig, aber aus welchen Gründen? Es kann die Förderung der Landwirtschaft sich nie und nimmer zu einem vollen Erfolge durchringen, wenn wir der Landwirtschaft nicht das lassen, was sie braucht, damit sie sich auf die Höhe der Zeit emporrafft. Der Landwirtschaft kann nie und nimmer die Förderung in der Weise zukommen, wie es eigentlich notwendig wäre zum Gedeihen der gesamten Volkswirtschaft, wenn man der Landwirtschaft stets und stets durch die verschiedensten Maßnahmen das Betriebskapital, noch bevor es ihr in die Hand kommt, schon wieder aus der Hand nimmt. Es ist unmöglich für jeden Bauern, trotzdem er fortschrittlich gesinnt ist und es jedem Bauern lieb ist, wenn er auf seinem Grund und Boden seine Wirtschaft im modernsten Sinne einrichten könnte, es ist das nicht möglich, weil er das nötige Geld nicht aufzubringen vermag. Die verschiedenen Geseze, das jetzige Steuersystem, die hohen Übernahmegebühren, die hohen Zinsen, die in das Unendliche ausgebaute soziale Gesetzgebung, die Tarifpolitik, dann auch die verschiedenmaligen Elementarereignisse haben es stets wieder bewirkt, daß, wenn der eine oder der andere sich einmal emporgerungen hat, er wieder in den früheren Zustand zurückgesunken ist. Eine Einnahmserhöhung aus unserer Wirtschaft ist nur möglich, wenn wir unsere Wirtschaft auf eine der Wirtschaft der jetzigen Zeit notwendige Höhe bringen. Es ist uns durch eine Verlängerung der jetzigen Arbeitszeit nicht möglich, neue oder vermehrte Einnahmen zu schaffen, da wir ja die Arbeitszeit ausnützen, wie wir sie ausnützen können. Es sind auch noch verschiedene Umstände auf dem flachen Lande maßgebend, die unsere Einnahmen in hervorragender Weise beeinträchtigen: die schlechten Straßen- und Postverbindungen, die Straßen sind besonders in der jetzigen Zeit, da viele Automobile unsere Straßen in besonderer Weise hernehmen und die Bezirke und Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, allen Forderungen im Straßenbau nachzukommen, sind sie für die Landwirtschaft vom Nachteil, weil die Landwirtschaft, die in entfernten Tälern ihre Wohnorte hat, ihre

Produkte nur schwer zu den Absatzgebieten bringen kann. Die Postverhältnisse sind auch in unserem Lande zum Teil sehr schlecht, und ich muß hier hervorheben, daß es in vielen Postämtern am Lande zur Sonntagszeit keinen Dienst und dadurch auch keinen Geldverkehr gibt. Es ist dem Bauern nicht möglich, unter der Woche zum Postamt zu kommen, weil er oft zwei bis drei Stunden Weg zurückzulegen hat und er durch diese Gänge viel Zeit verschwenden würde. Es wäre in dieser Hinsicht eine baldige Abhilfe notwendig, und es würde das im Lande viele Beruhigung bringen. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Wenn wir die Preise der landwirtschaftlichen Artikel mit den Preisen der Industrieartikel, die die Landwirtschaft braucht, vergleichen, so muß uns klar werden, daß wir bei diesen Preisen nichts bestellen können. Die Landwirtschaft ist nachgerade schon dem wirtschaftlichen Niedergange geweiht, und sollten die Verhältnisse so weitergehen, wie sie jetzt bestehen, so sind wir überhaupt dem Untergang anheimgefallen. Es läßt sich nicht mehr machen, daß wir alle die Lasten und Steuern und dergleichen tragen, ohne daß von irgend einer Seite ein Ersatz geboten wird. Es liegt ja im allgemeinen Interesse der Volkswirtschaft, daß die Landwirtschaft erhalten bleibt, denn die Landwirtschaft ist das seßhafte Volk, aus dem sich die Stadt wieder zu ergänzen hat. Ein wichtiges Interesse hat die ganze Volkswirtschaft auch darin, daß die Landwirtschaft eine gesicherte Stelle im Kreise der Volkswirtschaft hat, und ist es auch nicht so, wie man hier im hohen Hause gesagt hat, daß die Landwirtschaft vielleicht Gelder angesammelt und in die Tischiade gelegt hat oder dergleichen. (Wolff: „Truhen!“) Ich möchte hier konstatieren, daß in der Landwirtschaft vielleicht irgendwelcher kurzfristige Grundbesitzer während der Zeit, wo durch Abschaffung der Zwangsgefeße vielleicht eine kurze Spanne Zeit der Erholung für die Landwirtschaft war, daß sich vielleicht da mancher auf einen falschen Standpunkt gestellt hat, und er hat die paar Tausender, die er Überschuß gehabt hat, in die Sparkasse oder in seine Tischiade gelegt und hat sie nicht verwendet. Diese Landwirte, die haben das heute bitter zu bereuen, weil sie ihr Häufel in einem desolaten Zustand, ihre ganzen Wirtschaftsgebäude heute in einem schlechten Zustande haben, weil sie ihr Wirtschaftsinventar nicht wieder ersetzt und erneuert haben, und auch ihr Viehstand, der durch die Zwangsablieferung dezimiert wurde, daher auf einer sehr niedrigen Stufe steht, und es diesen Landwirten bis jetzt nicht möglich war, sich wieder zu erholen. Ein besonderes Interesse gewinnt die Erhaltung der Landwirtschaft auch vom nationalen Standpunkte, sowie auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, da es sich zeigt, daß dort, wo die Landwirtschaft seßhaft ist, nie fremde Elemente Fuß fassen können. Wir müssen aber auch in Betracht ziehen, daß die letzten Jahre der Politik die Landwirtschaft sehr beunruhigt haben, und das sind besonders die Fragen der Sozialisierung gewesen. Das hat die Landwirtschaft sehr beunruhigt und hat auch die Lust zur regen Betätigung in der Förderung des Ertrages der Landwirtschaft sehr geschädigt. Wir müssen auch jeden Gedanken an eine Sozialisierung von Grund und Boden ablehnen, da wir überzeugt sind,

daß nur der Privatbesitzer ein besonderes Interesse an einem größeren Ertrag der Wirtschaft hat. Wir wünschen und erwarten, daß im nächsten Voranschlag ein anderes System der Besteuerung vorgesehen wird, in welchem der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft mehr Rechnung getragen wird. Wenn einmal die Landwirtschaft auf einen guten Fuß gestellt ist, wird auch die Steuerleistung der Landwirtschaft höherwertig sein, und wird es dann im Lande sicherlich leichter sein, aus der Landwirtschaft mehr herauszuholen. Jedoch muß man der Landwirtschaft Zeit lassen, damit sie Atem holen kann, damit alle Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft unternommen werden können, daß diese zu einem vollen Erfolge geführt werde zum Heile und Nutzen unseres Volkstums. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Pigl: Hohes Haus! Zum Kapitel „Landeskultur“ möchte ich mir erlauben, einiges über die finanzielle Lage der Landgemeinden zu sagen, und bei dieser Gelegenheit möchte ich mir auch erlauben, eine Wiederbesiedlungsangelegenheit zur Sprache zu bringen, welche schon seit dem Jahre 1921 läuft und bis heute noch nicht ihre Erledigung finden konnte. Wir haben im Laufe der Generaldebatte manches gehört über die trübe finanzielle Lage der größeren Gemeinden, der Industriegemeinden, und haben gehört, daß diese Gemeinden nicht die nötigen Mittel zur Verfügung haben, um das machen zu können, was unbedingt notwendig ist. Wir haben vernommen, daß es öfters vorkommt, daß diesen Gemeinden geradezu Prügel unter die Füße geworfen werden und sie mit dem besten Willen, was gemeinsam beschlossen worden ist, nicht zur Durchführung bringen können. Nun, aber auch kleine Gemeinden sind oftmals nicht in glänzender Lage, wie man vielleicht meinen könnte. Gewiß gibt es Landgemeinden, die eventuell gar keine Umlagen haben, in solchen Gemeinden wird aber entweder nicht viel oder gar nichts geleistet, es gibt Gemeinden, wo ein Großgrundbesitzer die Gemeindejagd hat und die Gemeindejagd ausüben kann ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich muß den Herrn Redner ersuchen, zum Kapitel, welches in Verhandlung steht, zu sprechen; ich glaube, mit dem Kapitel „Landeskultur“, welches in Verhandlung steht, haben Ihre Ausführungen gar nichts zu tun. (Pigl: „Ich bitte, was ist jetzt alles gesprochen worden?“) Wir haben doch eine sehr lange Generaldebatte gehabt, demnach könnten sich die einzelnen Herren Redner mit dem Kapitel selbst beschäftigen.

Pigl (fortfahrend): Herr Präsident, ich achte Ihren Standpunkt, aber ich möchte meinen, daß auch mir dasselbe gestattet wird, was den übrigen Rednern gestattet worden ist. Ich werde mich möglichst kurz fassen, aber das, was schließlich Landgemeinden betrifft und nach meinem Dafürhalten auch zur „Landeskultur“ gehört, das möchte ich doch zum Ausdruck bringen. Gemeinden, die in der Lage sind, aus eigenen Mitteln sich das Notwendige zu beschaffen, sind sehr wenige, und wenn ich ein Beispiel herausgreifen will, so ist es die Gemeinde Frauendorf. Diese Gemeinde hat in ihrem Voranschlag für das Jahr 1923 eine Umlage von 110 Prozent beschlossen. Dieser Beschluß kam einstimmig zustande, nicht nur die Sozialdemokraten,

sondern auch die Wirtschaftspartei stimmte dafür, und die Gemeinde Frauendorf ist eine Gemeinde, die sehr mit Ausgaben belastet ist, sie liegt nicht an einer Reichsstraße, sondern die ganze Gemeinde ist nur von Gemeindewegen durchzogen, auch nicht eine einzige Bezirksstraße führt durch sie, sondern sie hat nur eine Unmenge Wege, welche von der Gemeinde erhalten werden müssen. Außerdem ist die Gemeinde verpflichtet, mit der Gemeinde Unzmarkt eine Murrbrücke zu erhalten, und dazu kommt noch, daß die Gemeinde Verpflichtungen dem Kirchenkonkurrenzausschusse gegenüber hat, weil die Ruine Liechtenstein und die Kirche samt Pfarrhof von Gemeindewegen umgeben ist und die Gemeinde für die Sicherheit der Person zu sorgen verpflichtet ist. Ich gebe zu, daß, wenn in Frauendorf der Pfarrbauerrat zugleich der Gemeinderat gewesen wäre, diese 100 Prozent Umlagen bewilligt worden wären. Nun sind sie aber nicht bewilligt worden, sondern diese 100 Prozent wurden heruntergedrückt auf 60 Prozent, und die Gemeinde kann mit diesen 60 Prozent absolut nichts anfangen, weil diese mit der Gemeindesteuerfähigkeit der Gemeindeglieder in keinem Verhältnisse stehen. Wir haben in der Gemeinde Frauendorf auch ein Sägewerk von Schwarzenberg, welches jedoch keine Steuern abwirft, weil dieses Sägewerk als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb von Schwarzenberg bezeichnet wird und dieser Betrieb inselgedessen keine Steuern zahlt. Wir haben weiters in der Gemeinde Frauendorf ausgedehnte Besitzungen der Pfarrpfünde Unzmarkt. Diese zahlt aber weder zu den Gemeindegeldern, noch auch zu den Armenlasten etwas dazu, aber diese sind so groß, daß die Gemeinde nicht in der Lage ist, dieselben bewältigen zu können. Dazu kommt noch das große Unglück, daß die Gemeinde in einem gewissen Sinne mit dem Herrn Landesrat Riegler, der das Gemeinderatsamt in Händen hat, in einem Konflikt steht, und dieser Konflikt steht mit einer Wiederbesiedlung in Verbindung. Ich habe im Jahre 1921 an den Herrn Landeshauptmann eine Interpellation gerichtet, in welcher ich diesen Wiederbesiedlungsfall angezogen habe. Seit dieser Zeit ist in der Sache so manches vor sich gegangen. Wiederholte Entscheidungen der Agrarbehörde haben immer und immer das eine Ergebnis gehabt, daß diese famose Wiederbesiedlung in gewissem Sinne parteimäßig betrieben wurde. In der Gemeinde Frauendorf sind auch manche Besitzungen von Schwarzenberg zur Wiederbesiedlung ausgeschrieben worden und alle Wiederbesiedlungen sind anstandslos vor sich gegangen, nur die Wiederbesiedlung der Reinerhube und des Huberbauerngutes sind bis heute noch nicht erledigt. Und warum? Um die Wiederbesiedlung des Huberbauerngutes hat sich einerseits der bisherige Pächter Peter Schaffer, der schon 14 Jahre Pächter ist, beworben, und anderseits hat sich auch ein gewisser Stadlober, der Schwiegersohn des Landesrates Riegler, beworben. (Wallisch: „Hört!“) Herr Stadlober ist im Jahre 1921 einmal zu mir gekommen, und zwar zu einer Zeit, wo man keine Amtsstunden hat, sondern während des Mittagessens, und da habe ich Herrn Stadlober gesagt, Sie werden doch nicht verlangen, daß man einen guten bäuerlichen Pächter

davonjagt, einen Bauer, der sich 14 Jahre auf diesem Gute geplagt, dieses Gut in verwahrlostem Zustande übernommen hat — es war dies ein seinerzeit gelegtes Bauerngut, und wie solche ausschauen, weiß man ja — und durch 14 Jahre bemüht war, das Gut auf einen gewissen Wohlstand zu bringen, und es ist ihm dies auch gelungen, denn er wurde für seinen Fleiß wiederholt ausgezeichnet. Wie ich dem Stadlober das auseinandergesetzt habe, hat er mir gedroht: „Wenn Sie mir nicht günstig gesinnt sind, werden Sie es mit meinem Schwiegervater, Landesrat Riegler, zu tun haben (Rufe: „Hört!“), und richtig, kurze Zeit darauf habe ich vom Herrn Landesrat Riegler in dieser Angelegenheit ein Schreiben erhalten, worin er mir Vorwürfe macht, daß ich gegenüber seinem Schwiegersohn unkorrekt vorgegangen sei, und hat gesagt, er wird mit mir die Beziehungen abbrechen. (Rufe: „Hört!“) Mir hat das sehr leid getan. Ich muß nun vorausschicken, daß der Pächter Peter Schaffer nicht vielleicht ein Sozialdemokrat, sondern ein recht guter christlichsozialer Bauer ist, und es ist auch charakteristisch, daß ich als Sozialdemokrat den christlichsozialen Pächter Schaffer vertreten muß gegenüber dem Schwiegersohn des christlichsozialen Landesrates Riegler. Nun handelt es sich bei dieser Wiederbesiedlung hauptsächlich um zwei Huben, es sind dies die Huberbauernhube und die Reinerhube, und da mag es ja sein, daß da die Gemeinde Frauendorf bei der Ausschreibung einen Fehler gemacht hat, weil sie jede dieser beiden Huben getrennt ausgeschrieben hat. Die Gemeinde ist eben von der Anschauung ausgegangen, die beiden Huben nicht zu trennen und darum hat sie die Huberbauernhube für Peter Schaffer sen., den Vater des Peter Schaffer, und die Reinerhube für dessen Sohn Peter Schaffer befürwortet. Nun wurde die Reinerhube als solche schon seinerzeit von der Gemeinde Frauendorf als Weidehube bezeichnet, und sie war schon bei 20 Jahre hindurch immer als Weidehube beim Huberbauerngut, und es ist ausgeschlossen, daß die Reinerhube für sich allein wiederbesiedelt werden kann. Ich werde darauf später noch zurückkommen. Es liegen nun zwei Gesuche vor, und zwar eines des Peter Schaffer, und dieser führt aus, daß er seit 14 Jahren Pächter ist, daß er 30 Stück Rinder und Schweine und die notwendigen Fahrnisse besitze, ferner das Gesuch des Stadlober, des Schwiegersohnes des Herrn Landesrates Riegler, welches nur sagt, daß Stadlober kein Vieh hat, nur etwas Geräte, aber auf die Hilfe seines Schwiegervaters, des Herrn Landesrates Riegler, rechnen könne. Nun gehe ich von dem Standpunkte aus, daß in der Frage der Wiederbesiedlung auch auf die Bestimmungen des Gesetzes etwas Rücksicht genommen werden sollte, und da kommt die Bestimmung des § 9 des Wiederbesiedlungsgesetzes und der § 13 der Vollzugsverordnung in Betracht, worin die Frage der besseren Gewähr für eine erfolgreiche Bewirtschaftung bei der Auswahl der Bewerber unbedingt notwendig ist. Auch die Gemeinde Frauendorf hat ein lebhaftes Interesse daran, daß nicht ein erfolgreicher tüchtiger Bauer fortkommt, und jemand hinkommt, der nichts versteht und diese Wirtschaft nicht in rentabler Art

und Weise weiterführen kann. Nun kommt der Herr Landesrat Riegler, der nach mir das Wort haben wird, gewiß damit, daß er sagen wird, der Stadlober, sein Schwiegersohn, ist Kriegsinvalid. Gewiß ist der Stadlober Kriegsinvalid, aber auch der Sohn des Peter Schaffer — Peter Schaffer d. A. ist seit 1923 gestorben — ist Kriegsinvalid, nur mit dem Unterschiede, daß Stadlober schon zeitlich enthoben wurde, um als Milkkommissär in der Gemeinde Scheifling zu wirken, während der Peter Schaffer nach Kriegsende noch lange in Kriegsgefangenschaft war. Nun ich gehe von dem Standpunkt aus, wenn die christlichsoziale Partei für die Kriegsinvaliden so viel Rücksicht nimmt — ich hoffe, daß es nicht nur für den Schwiegersohn des Landesrates Riegler allein sein wird — so wundert es mich, daß solche Fälle vorkommen können, wie der Fall vom Gendarmen Klug, der mit erfrorenen Füßen von Aussee nach St. Peter am Kammerberg versetzt worden ist. Es wundert mich, daß in punkto der Tabaktrafiken für die Kriegsinvaliden nicht mehr getan wird. Hohes Haus! Ich möchte mir nun erlauben, ein Schreiben vom alpenländischen Verbande der Kriegsteilnehmer an Peter Schaffer zur Verlesung zu bringen. Ich gehe von dem Standpunkte aus, daß diese Körperschaft gewiß berufen sein wird und berufen ist, die Kriegsinvaliden zu schützen. Der Alpenländische Verband der Kriegsteilnehmer sagt unter anderem folgendes (liest): „Werter Kamerad! Sofort nach Einlangen Ihres Schreibens vom 28. Jänner l. J. — das Schreiben datiert vom 8. Februar 1924 — haben wir bei der Agrarlandesbehörde gesehen und festgestellt, daß die technischen Gutachten sehr auseinandergehen, sich jedoch Ihrer Ansicht betreffs wirtschaftlicher Unmöglichkeit der Teilung der beiden Huben anschließen. Wir haben darauf gedrängt, daß die Sache in die nächste Senatsitzung kommt, was auch gestern geschehen ist. Leider ist der Erfolg negativ. Der Senat entschied gegen Sie dahin, daß das Verfahren getrennt weiter geführt werde. Alle vernünftigen, streng sachlichen Einwendungen waren vergeblich. Die Sache ist für die Herren Beisitzenden keine wirtschaftliche, sondern eine politische Frage, und nachdem im Senate drei Christlichsoziale und ein Bauernbündler — unter den Christlichsozialen ist Herr Riegler auch darinnen — sitzen, stimmten die ersten drei für Ihren Gegner, nämlich für den christlichsozialen, und ich habe selbst mit einem christlichsozialen Abgeordneten gesprochen und auf das Verbrechen der Teilung hingewiesen, aber vergebens. Man will dem Herrn Riegler,“ jetzt kommt das Interessante, „der angeblich ein armer Teufel ist und ohne sein Landesratsmandat nicht leben könnte, nicht weh tun, und so mußte der ehrlich sich plagende arme Teufel vom Pächter daran glauben. Pfui Teufel, der korrupten Parteipolitik! Wir hätten Ihnen sehr gern geholfen, aber gegen diese Paschawirtschaft ist nicht aufzukommen.“ Das sagt der Alpenländische Verband der Kriegsteilnehmer. Nun habe ich schon erwähnt, daß beide Besitze, das Hubenbauerngut, das Stammgut, und die Reinerhube, und zwar seit 20 Jahren, als Weidehube benützt werden und es wird jedem einleuchten, daß eine Hube am Berge droben mitten im Wald, welche seit 20 Jahren als Weide be-

nützt wird, zur Wiederbesiedlung nicht so leicht herangezogen werden kann. Auch das Hubenbauerngut ist schwer zu bewirtschaften, wenn die Reinerhube weggelassen wird, weil dann das Hubenbauerngut ohne Weidehube dassteht. Denn die Äcker und Wiesen von der Reinerhube sind total verwachsen und die Wirtschafts- und Wohngebäude sind total verfallen und für sich nicht lebensfähig. Wir haben im Laufe der Debatte gehört, wie der Herr Landesrat Winkler in seinen Ausführungen gesagt hat, daß bei einer Landwirtschaft die Weidefrage die allergrößte Rolle spielt, und das kommt bei der Hubenbauernhube in Verbindung mit der Reinerhube sehr in Betracht, und daher ist eine getrennte Wiederbesiedlung der beiden Huben heute eine Unmöglichkeit. Die Reinerhube würde zu ihrem Wiederaufbau nach fachmännischer Beurteilung zumindest einen Betrag von 250 Millionen Kronen erfordern. Bei 60jähriger Amortisation wäre das eine Jahresbelastung von 32,587.000 K, denen ein Reinertrag von 6,540.000 K gegenübersteht. Also fünfmal so hoch würde die Wiederherstellung der Wirtschaftsgebäude kommen, als wie der errechnete Reinertrag dieser Hube ausmachen würde.

(Präsident Kölbl übernimmt den Vorsitz.)

In dieser Sache, damit ich mich möglichst kurz fasse, sind wiederholt Gutachten abgegeben worden. So zum Beispiel haben auch über Veranlassung der Bezirksagrarbebehörde in Murau drei Sachverständige ihr Gutachten abgegeben. Der erste war der Gutsbesitzer Jedlacher aus Mariahof, er hat im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Filiale Unzmarkt und vier ortskundigen Landwirten sich für die gemeinsame Wirtschaft der beiden Huben ausgesprochen und den Schaffer für die Wiederbesiedlung besurwortet. Der zweite Sachverständige war der Beirat Ludwig Schnell. Er gab sein Gutachten am 6. März 1923 ab. Es sind die gleichen Beweisgründe, die auch der Herr Jedlacher angeführt hat. Der dritte Sachverständige, ein dem Herrn Riegler nahestehender Besitzer, hat sich in der Sache unbestimmt ausgesprochen, weil er die Huben nicht kennt. Diese Angaben tangieren die Angelegenheit nicht. Die Landesagrarbebehörde in Graz setzte sich jedoch über diese fachmännischen Gutachten hinweg und hat den Beschluß gefaßt, daß beide Huben getrennt zu bewirtschaften sind. Nun wurden neuerliche Erhebungen angestellt und für diese neuen Erhebungen ist es charakteristisch, daß der Forstdirektor Ehrlich aus Murau folgende Erklärung abgegeben hat. Herr Forstdirektor Ehrlich erklärt (liest): „Entweder ist ein fachmännisches Gutachten über die Lebensfähigkeit bereits abgegeben worden in dem Sinne, daß die Reinerhube wiederbesiedlungsfähig ist, und der Senat hat im Rahmen des Gutachtens gehandelt, dann erkläre ich, daß der Fachmann nichts versteht, wenn das Gutachten nicht so war, daß die Hube selbständig bestehen kann, und trotzdem diese Entscheidung einer getrennten Wiederbesiedlung gefallen ist, so behaupte ich, daß der Senat korrupt ist.“ Das zweite Gutachten bestätigte vollinhaltlich das erste. Es wurde festgelegt, daß diese beiden Huben zusammengehören und getrennt nicht wieder zu besiedeln sind. Die Bezirksagrarbebehörde hat eine neuerliche Beschreibung beantragt, aber die Oberbehörde, wohin

dieser Antrag gegangen ist, hat die ganze Sache an die Landesagrarchbehörde zurückgeleitet und die Landesagrarchbehörde hat wieder entschieden, daß das Verfahren seinen weiteren Gang nehmen müsse, weil kein Anlaß vorliegt, eine Wiederaufnahme auszusprechen. Trotz des Gutachtens der Beiräte und der Gemeinde und des Direktors Ehrlich von der Landwirtschaftsgenossenschaft und des klaren Ergebnisses der zweiten Erhebung, hat die Landesagrarchbehörde zugunsten des Schwiegersohnes des Herrn Riegler entschieden. Trotz Hinweis, daß der Bewerber, nämlich der Schwiegersohn des Herrn Riegler, laut seines Ansuchens kein Vieh und wenig Geräte hat und daher viel zu schwach ist, und in landwirtschaftlicher Beziehung keine Erfahrung besitzt, weiters trotz des begründeten Antrages und des persönlich vorgenommenen Lokalaugen-scheines der Bezirksbehörde Murau hat die Oberbehörde die Frage unberücksichtigt gelassen. Nun, Sie können sich vorstellen, daß der Herr Riegler daran besonders interessiert ist, und da nützt man manches aus, was man mitunter nicht als anständig bezeichnen kann. So hat in den Ausschusssitzungen dieses hohen Hauses der Herr Landesrat Riegler behauptet, daß die Kommission, welche die beiden Güter besichtigt hat, gewissermaßen bestochen worden ist. Diese Bestechung soll darin bestanden haben, daß die Kommission nach Schluß der Kommissionierung und nach Abfassung des Protokolls vom Besitzer Schaffer eine kleine Jaufe erhalten hat. Wenn man das als Bestechung hinstellen darf, so erlaube ich mir die Behauptung aufzustellen, daß es wenig Kommissionen gegeben haben wird, die in diesem Sinne nicht bestochen worden sind. Der Herr Landesrat Riegler hat auch persönlich beim Forstdirektor Ehrlich in Murau vorgesprochen. Er wird sich sicher das noch recht lange merken, was bei dieser Vorprache herausgekommen ist. Der Herr Landesrat Riegler hat weiters in einem Schreiben vom 20. September 1922 dem Amtsleiter der Bezirksagrarchbehörde in Murau, Dr. Schlemmer, gedroht, wenn er in der Sache nicht umgekehrt und nicht zugunsten seines Schwiegersohnes entscheidet, daß er ihm recht unangenehm werden wird. (Rufe: „Hört!“) Ich weiß nicht, was der Herr Landeshauptmann dazu sagen wird, wenn die Beamten auf diese Weise indirekt gezwungen werden, gegen ihre Überzeugung zu entscheiden. Selbstverständlich wird der Herr Landesrat Riegler sagen, er ist da ganz unschuldig, hat an Sitzungen überhaupt nicht teilgenommen, nämlich an den Senatsitzungen bei der Landesagrarchbehörde. Aber nach dem, was ich jetzt zitiert habe, ist es ja begreiflich, auf welche Art und Weise das gemacht wird und wie das zur Durchführung gelangt. Es stellt sich nun die Frage heraus, was soll jetzt mit dem Pächter, der 14 Jahre das Gut mit Erfolg bewirtschaftet hat, geschehen? Was soll mit seinen landwirtschaftlichen Geräten, mit seinem Vieh, mit seiner Familie, mit seiner alten Mutter geschehen? Vielleicht wird es noch möglich sein, daß Landesrat Riegler auch noch die Enteignung der Geräte und des Viehs zu Gunsten seines Schwiegersohnes durchsetzt. Ich bin in der Sache ziemlich eingeweiht. Ich habe die ganzen Kommissionen mitgemacht und ich muß schon sagen, daß ich auch einige Erfahrung auf diesem Gebiete habe.

Ich war selbst 15 Jahre in der Landwirtschaft tätig und habe da wohl auch manche Kenntnisse erworben. Aber in diesem Falle, wenn man diese beiden Huben auseinanderreißt und sagt, dem Peter Schaffer wird die Reinerhube zugewiesen, damit Stadlober, der Schwiegersohn des Herrn Landesrates Riegler, das Hubenbauerngut bekommt, muß ich sagen, daß damit eine ausgesprochene Freunderlwirtschaft, eine ausgesprochene Korruption obwaltet. Ich möchte nur wünschen, daß der Appell, welchen ich heute an das hohe Haus richte, der Gerechtigkeit zum Siege verhilft und daß Peter Schaffer, wozu er nach Recht und Gesetz und nach Befürwortung aller landwirtschaftlichen Funktionäre berufen wäre, diese Wiederbesiedlung des Hubenbauerngutes für sich erhält und daß diesem Rechte auch Folge gegeben wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Regner: „Warum regen Sie sich da drüben jetzt nicht auf? Was ist mit Schifko? Der hat das letzte Mal auch in den Tisch hineingeschlagen!“ — Jenz: „Wir haben schon alle eingeschlafen und sind noch nicht erwacht!“ — Regner: „Dieser Landesrat nennt sich Riegler! Korruptionsrat!“)

Roth: Hoher Landtag! Es haben heute schon mehrere Herren über das Kapitel Landeskultur gesprochen. Ich will mir auch erlauben, einige Worte hier vorzubringen, vor allem Anregungen für Verbesserungen, die für die Landwirtschaft dringend sind. Ich erlaube mir, auf eine besondere Hilfe und auf eine besondere Verbesserung für die Landwirtschaft hinzuweisen, das sind unsere Fortbildungsschulen und ich bitte, diesen eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auf alle Fälle möchte ich die Herren dieses hohen Hauses bitten, bei Schaffung von solchen Schulen mitzuwirken. (Schreckenthäl: „Das ist ja das nächste Kapitel!“) Nachdem ich mir schon erlaubt habe, hier in dieser Sache etwas zu sprechen, will ich kurz erwähnen, es ist absolut gefehlt, wenn man sagt, der Bauer braucht nicht so viel zu lernen. Es genügt, wenn er die Kühe pußen kann. Es muß unbedingt getrachtet werden, daß auch der Bauer aufgeklärt wird, er braucht das schon beim Steuerzahlen, beim Vieheinkaufen und beim Verkaufen des Viehes. Nun, meine Herren, Ihnen wäre es wohl sehr recht, wenn der Bauer nicht aufgeklärt werden würde, man würde dann mit ihm viel leichter herumfahren können, besonders in der jetzigen Zeit, wo man hinausgeht, um den Kleinbauern von der Gegenseite hilfreich unter die Arme zu greifen. Bei dieser Gelegenheit ist es wohl besonders am Platze, wenn der Bauer heute gut aufgeklärt ist, besonders der Kleinbauer, weil es nicht damit gedient ist, wenn man dem Kleinbauern sagt: „Du brauchst wenig oder gar keine Steuer zu zahlen.“ Dem Bauer und besonders dem Kleinbauer, der nur über wenige Sachen verfügt, ist nur damit gedient, wenn man trachtet, daß er seine Produkte gut verkauft, daß man ihm hilfreich beispringt, damit er seine Produkte richtig an den Mann bringen kann. (Zwischenrufe.) Herr Abg. Gföller, ich muß mir schon erlauben, diesbezüglich einiges zu sagen. Sie haben u. a. im Verlaufe Ihrer Rede angeführt, daß dem Kleinbauer nur dadurch geholfen wird, wenn man trachtet, daß er wenig oder gar nichts zu zahlen hat.

Ich meine aber, es ist ihm mehr gedient, wenn man trachtet, daß der Bauer nicht beim Viehpreise so gedrückt wird, wenn man trachtet, daß der Knechtler das eine Kalb oder das eine Schwein, das er zu verkaufen hat, oder die Eier, wie heute erwähnt worden ist, daß er diese gut verkaufen kann. Wenn man die Kleinbauern beneidet, daß sie für das Ei oder für das Stück Vieh etwas bekommen, so meine ich, ist das sehr traurig, wenn man dann noch sagen will, daß man dem Kleinbauer hilft. Das ist oft seine einzige Einnahme, mit dieser Einnahme deckt er die Kleidung und die Ausgaben, die er hat für die Schulkinder. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Nun möchte ich auf ein Kapitel kommen, und zwar auf das Kapitel bezüglich des Beitrages zur Krankenkasse. Es wurde erwähnt, daß es nichts zur Sache hat, wenn auch die Kleinbauern eine höhere Lohnklasse bezahlen müssen, weil sie diese ja noch leichter bezahlen, als wenn der Knecht krank wird und sie dann einige Millionen Kronen hinauswerfen müssen. Es müssen die Dienstboten des Kleinbauern natürlich gerade so viel können wie die Dienstboten des Großbauern, aber der Kleinbauer kann viel schwerer die Dienstboten zahlen und wenn er eine höhere Lohnklasse bei der Krankenkasse zu zahlen hat, ist es für ihn sehr schwer, dies zu tun. Ich will dabei nicht sagen, daß die Krankenkasse nicht am Platze wäre. Aber wenn man dem Kleinbauer so hohe Zahlungen aufzwingt, so wird schon an dem betreffenden Kleinbauern eine Operation vorgenommen, ohne daß der Knecht im Spital liegen und operiert zu werden braucht. (Leichin: „Er kann doch nicht erst zahlen, wenn der Knecht krank wird!“) Verehrter Herr Kollege Leichin, ich möchte auch Ihnen ein wenig zu bedenken geben; Sie haben wiederholt erklärt, daß bei der Valorisierung der Artikel, die die Bauern zu verkaufen haben, sicherlich der Bauer nicht schlecht daran ist, sondern daß nur der Arbeiter schlecht daran ist. Ich will Ihnen nun ein Beispiel sagen, wie es bei der Valorisierung der Industrieartikel steht, und zwar ist das ein Industrieartikel, den jeder bäuerliche Besitzer braucht, und zwar deshalb, weil er den Pflug hat. Dieser Artikel ist das Eisen, welches zur Herstellung des Pfluges verwendet wird. Wenn wir nun den Preis des Eisens ins Kalkül ziehen, so ergibt sich die Berechnung, daß im Frieden 1 kg Eisen auf 24 Heller und jetzt bei der Umrechnung auf 29 Heller zu stehen kommt. (Leichin: „Ist da der Arbeiter schuld?“) Ist das teurer oder billiger geworden? Die Arbeiter sind auch indirekt etwas daran schuld. Ein weiteres Beispiel ist der Koks, das ein zur Verarbeitung des Eisens notwendiger Artikel ist. Im Frieden ist 1 kg Koks auf 5 Heller gekommen und jetzt kommt er auf 12 Heller. (Leichin: „Sind da auch die Arbeiter schuld?“) Ein bißchen wird schon der Arbeiter auch daran schuld sein oder wollen Sie behaupten, daß sie gar nicht schuld sind? Ich glaube aber schon, weil die Arbeiter sagen, daß sie nur den Achtstundentag brauchen und dabei sich auch noch gemütlich tun. Weiters komme ich zur Frage des Zinsfußes. Der Herr Abg. Leichin hat angeführt, daß unser verehrter Herr Kollege Hollersbacher im Nationalrate darüber gesprochen und gesagt hätte, daß die Bauern

durch diese Reden, die geführt werden, betrogen und an der Nase herumgeführt werden. Meine Herren! Man könnte aber vielleicht oft feststellen, daß die Bauern von Ihrer Seite an der Nase herumgeführt würden, wenn sie sich es gefallen ließen. Weiter hat Abg. Leichin Behauptungen aufgestellt wegen der Zölle. Sie müssen schon entschuldigen, Herr Abg. Leichin, die Zölle werden von uns verlangt. Der Bauer würde sie gar nicht verlangen, wenn sie ihm nicht zum Schutze gereichen würden. So wie die Industrie schon längst durch Zölle geschützt wird, soll auch die Landwirtschaft dadurch geschützt werden. Wenn behauptet wird, mit dem ist dem Bauer auch nicht geholfen, so möchte ich mir erlauben, zu behaupten, daß ihm dadurch doch teilweise geholfen wird, wenn ihm auch nicht ganz geholfen wird.

Ich möchte noch weiters auf eines kommen, was hier besonders zur Sprache gekommen ist, und zwar in Bezug auf die Krankenkasse für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Man hat behauptet, daß, wenn der Arbeiter krank ist, man ihm oft nicht den Arzt bestellt, sondern ihn einfach verkommen läßt; es wurde auch davon gesprochen, daß man den Knecht im Stalle verfaulen läßt. Ich will nicht bestreiten, daß das vielleicht vorkommen könnte, aber das sind Einzelfälle und die kann man uns deshalb nicht an den Kopf werfen. Ich möchte behaupten, daß, wenn der landwirtschaftliche Arbeiter wegen jeden kleinen Schmarren zum Doktor laufen würde (Leichin: „Davon haben Sie keinen Dunst!“), wie es bei den Fabrikarbeitern vorkommt, wie würde es in der Landwirtschaft ausschauen, wenn der landwirtschaftliche Arbeiter auch so wie der Fabrikarbeiter auf einmal 4 bis 6 Wochen von der Arbeit wegbleiben würde? Aber, weil unsere landwirtschaftlichen Arbeiter nicht so empfindlich sind, brauchen Sie nicht immer zu jammern und zu sagen, auf dem Lande wird gar nicht auf sie geschaut. Wir werden wohl so viel christliche Liebe aufbringen (Weisfallklatschen bei den Christlichsozialen.), daß wir auf unsere Arbeiter schauen. In diesem Sinne brauchen wir uns von den Sozialdemokraten nicht belehren lassen. (Zwischenruf Oberzaucher.) Herr Landesrat Oberzaucher, wenn Sie von der Oststeiermark sprechen, wenn Sie dort gut bekannt sind, so sage ich Ihnen, daß ich dort auch sehr gut bekannt bin. (Oberzaucher: „Ich kenne die Weichherzigkeit der Oststeirer sehr gut!“) Schon gut, wenn Sie sie kennen, denn, wenn wir so hartherzig wären, hätte es manchmal für Sie recht schlecht ausgesehen.

Nun möchte ich mir noch erlauben, bezüglich der Viehzucht, worüber der Herr Landesrat Gaf bereits gesprochen hat, einiges zu bemerken. Hier in diesem Kapitel möchte ich wohl das hohe Haus bitten, unbedingt hinzuarbeiten und mitzuwirken, daß unser Viehstand gehoben und gebessert wird, weil dies hauptsächlich den kleineren Besitzern zugute kommt und weil diese ein großes Interesse daran haben, daß die paar Kälber, welche sie in der Lage sind, zu erhalten, auch von der richtigen Zucht sind, damit das mehr Geld einträgt, als wenn der Bauer so ein kleines Kalberl absticht. Nach dieser Richtung möchte ich mir erlauben, Sie zu bitten, sich nicht dagegen auszusprechen, wenn einmal über Stierprämierungen gesprochen wird,

denn dies ist ein Kapitel, wo man dazu beiträgt, daß die Leute zum Züchten sich herbeilassen und mehr Freude am richtigen Viehzüchten haben. Ich möchte mir erlauben, die Herren von der Gegenseite zu bitten, wenn Sie auch in dem Moment, als ich gesprochen habe, gedacht haben, was wird denn der bringen, der von der Oststeiermark, so appelliere ich da an die Worte des Herrn Landesrates Oberzaucher, welcher die Weichherzigkeit der Oststeirer hervorgehoben hat, und ich möchte Sie bitten, daß Sie auch so weichherzig werden, wie die Oststeirer sind. (Lebhafter Beifall auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses.)

Ing. Paul: Hohes Haus! Der Herr Abg. Bichl hat eine Anfrage gestellt wegen der Ennsregulierung. Er hat gefragt, ob überhaupt ein Ennsregulierungsprojekt besteht und wenn ja, ob dieses jetzt zur Durchführung gelangt. Diesbezüglich möchte ich mir folgendes zu bemerken erlauben: Wenn eine Flußregulierung ordnungsmäßig durchgeführt werden soll, so muß ein Generalregulierungsplan vorliegen. Bei jedem Flußgebiete, wo die Regulierung nach einem solchen Generalregulierungsplan ausgeführt wird, werden Arbeiten für die einzelnen Bauperioden aus dem Generalregulierungsplan entnommen. Auf diese Weise bemüht man sich, den Zweck der Regulierung zu erreichen. Dasselbe war auch bei der Ennsregulierung geschehen. Es lag auch hiefür ein solches Ennsregulierungsgeneralprojekt vor. Die Kosten für diese Regulierung waren im Konkurrenzwege aufzubringen, und zwar waren beteiligt das Land, der Bund (durch das Ministerium für öffentliche Arbeiten und das Land- und Forstwirtschaftsministerium), sowie die interessierten Bezirke. Für diese Ausführungen wurde ein Gesetz geschaffen, welches nur bis zum Jahre 1922 Gültigkeit hatte. Nach dem ursprünglichen Plan hätte innerhalb dieser Zeit die Regulierung durchgeführt werden sollen. Durch verschiedene Verzögerungen, insbesondere während der Kriegszeit, war es nicht möglich, dieses Projekt durchzuführen. Es wird aber die Regulierung fortgesetzt, und zwar in der Weise, daß jedes Jahr durch die Ennsregulierungskommission die Arbeiten festgelegt und beschlossen werden, welche im nächsten Jahre durchgeführt werden sollen. Bei diesen wird ein sogenanntes Ideallinienwasser angestrebt, das heißt der Fluß wird so reguliert, daß eine beabsichtigte Senkung des Wasserspiegels eintreten muß. Durch schwierige Bodenverhältnisse, die gerade im Ennstale bestehen, durch Vermurungen und Verschiebungen des Wassers war es bisher nicht möglich, dem Fluß schon jene Tiefe zu geben, die durch das Generalregulierungsprojekt angestrebt war. Es werden die Arbeiten daher noch längere Zeit hindurch fortgesetzt werden müssen. Es werden auch Arbeiten dazukommen, insbesondere Durchstiche, die im ursprünglichen Projekt nicht vorgesehen waren. Immer aber wird an der Erreichung des angegebenen Zieles gearbeitet, und es ist zu erwarten, daß nach einigen Jahren die Ennsregulierung zu Ende geführt sein wird. Die erforderlichen Mittel werden, wie erwähnt, für jedes Baujahr bestimmt und müssen von den Interessenten aufgebracht werden. Ich kann also die erste Frage, ob ein Projekt vorliegt, bejahen, und ich kann auch die Frage, ob das Projekt

jetzt zur Durchführung gelangt, bejahen. Durch die angestrebte Senkung des Niederwassers wird auch eine Entwässerung der anliegenden Gelände bewirkt, und es kann festgestellt werden, daß zum Beispiel durch die Ausführung des Dünzendorfer Durchstiches schon eine Entwässerung der umliegenden Grundstücke bewirkt wurde, die nun durch Drainagen noch vervollständigt wird.

Aus diesen Ausführungen sehen die Mitglieder des hohen Hauses, daß zwischen Flußregulierung und Entwässerung ein inniger Zusammenhang besteht, und es ist vom technischen Standpunkt daher zu begrüßen, daß die Landeskulturabteilung eingefügt wurde in das allgemeine Landesbauamt, ein Umstand, welcher dem Herrn Kollegen W i h a n n zu einer Beschwerde veranlaßt hat. Diese Einfügung war schon seit langem erwünscht. Sie wurde durch einen betrübenden Fall spruchreif, und zwar durch das unerwartete Hinscheiden des Chefs dieser Abteilung, des Herrn Oberbaurates S i n n r e i c h, welcher als Fachmann ausgezeichnet gewirkt hat und dessen Wirken ich an dieser Stelle mit besonderer Dankbarkeit und Anerkennung hervorheben muß. Der Umstand, daß Herr Oberbaurat S i n n r e i c h unerwartet verschieden ist, hat es ermöglicht, diese schon lange angestrebte Vereinigung durchzuführen. Eine Schädigung der Landeskulturinteressen wurde dadurch nicht bewirkt, ganz im Gegenteil. Sie sehen, daß Flußbau und Entwässerung innig zusammenhängen, und daß es gerade in dieser Frage sehr erwünscht ist, daß eine einheitliche und systematische Leitung aller dieser Arbeiten durch einen nach jeder Richtung bewährten und tüchtigen Fachmann, wie dies Herr Landesbaudirektor Ing. E i c h k i z ist, erfolgt. Ich möchte betonen, daß auch die Beamten und Ingenieure des Landeskulturamtes vollständig einverstanden waren mit dieser Einfügung. Von einer Auflösung oder Verkürzung des Landeskulturamtes kann keine Rede sein, sondern es hat nur, wie ich nochmals betonen möchte, eine Einfügung dieses Amtes in das allgemeine Landesbauamt stattgefunden. Auch die Verminderung der Anzahl der Beamten und Ingenieure ist nicht richtig, man ist aber jetzt in der Lage, den Bedarf an Ingenieuren in den einzelnen Abteilungen auszugleichen. Wenn viel in der Landeskulturabteilung zu tun ist, werden die Ingenieure des Landesbauamtes, die die entsprechenden Vorstudien haben, im Landeskulturamt verwendet und umgekehrt. So kann der Stand an Ingenieuren in der Weise geregelt werden, daß eine wirtschaftliche und auch den Herren angenehme Ausnützung ihrer Arbeitszeit möglich ist.

Dieses Zusammengehen von Fluß- und Bachbau mit dem Meliorationswesen hat sich auch bei der Entwässerung des Palfengebietes bewährt, und ist es insbesondere dem tatkräftigen Einschreiten des Herrn Ing. E i c h k i z zuzuschreiben, daß auch die Entwässerung des Aubruckerbeckens noch in die Verordnung für begünstigte Wasserbauten einbezogen werden konnte, was auch von Seite der Ingenieure des Landeskulturamtes die entsprechende Anerkennung gefunden hat. Die Möglichkeit des Austausches und der richtigen Verwendung der Arbeitskräfte wird es auch verhindern, daß unnütze Arbeiten auf dem einen oder dem

anderen Gebiet gemacht werden, was früher leichter der Fall sein konnte. Ich kann nur noch einmal betonen, daß diese Einfügung — sonst war es nichts — von wirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung und von Vorteil ist.

Was nun die Verwendung der Arbeitslosen bei den Landesarbeiten anbelangt, so kann ich die Versicherung abgeben, daß sofort, als die Landesregierung in einer Sitzung beschlossen hat, die Arbeitslosenverwendung zu fördern, ich sowohl an das Landesbauamt der Landesregierung (Landhaus), als auch an das der Landesregierung (Burg) den Auftrag richtete, man möge die Arbeitslosen bei allen öffentlichen Arbeiten tunlichst verwenden. Diese Verwendung ist jetzt etwas erleichtert worden, und zwar aus folgendem Grunde: Die Ingenieure haben berichtet, daß die Arbeitslosen naturgemäß, ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, für gewisse Arbeiten nicht entsprechend geeignet waren. Die Arbeitsleistung solcher Arbeitsloser war gewöhnlich nur 60 oder 70 Prozent der Leistung eines geübten Arbeiters. Weil der Bund für ihre Verwendung nur einen geringen Betrag dazugezahlt hat, so haben die Baubehörden, welche die Arbeitslosen verwendet haben, einen finanziellen Schaden gehabt, da die Entschädigung, die sie vom Bunde bekommen, geringer war als die Minderleistung, welche die Arbeitslosen durchgeführt haben. Weil aber der Bund jetzt mehr zahlt, so ist Aussicht und Hoffnung, daß diese naturgemäße Minderleistung — ich mache da keinen Vorwurf, denn das Schaufeln schaut leichter aus, als es ist, und der Arbeitslose einer anderen Branche kann nicht so viel leisten, wie ein auf diesem Gebiete geübter Arbeiter — nicht mehr so in Betracht kommt. Weil die Ingenieure dafür verantwortlich sind, daß sie mit den Budgetmitteln auskommen, so hat sich bisher jeder Ingenieur gestraubt, eine große Anzahl von Arbeitslosen heranzuziehen. Durch die höheren Bundesbeiträge aber wird die Sache sich bedeutend günstiger gestalten können.

Herr Kollege W i s s n y hat sich darüber beschwert, daß ihm erst bei der letzten Sitzung ein Verzeichnis jener Arbeiten, welche heuer auf dem Gebiete des Wasserbaues geplant sind, zugekommen sei. Ich kann berichten, daß dieses Verzeichnis von mir, nachdem ich erst in der vorhergehenden Sitzung des Landeskulturausschusses erfahren habe, daß die Herren es wünschen, am 8. April dem Obmanne dieses Ausschusses übermittelt wurde. Wenn es Herr Kollege W i s s n y erst gestern oder vorgestern bekommen hat, so kann ich versichern, daß dies nicht die Schuld des Referenten ist. Aber aus dem Verzeichnisse wird mancher Abgeordnete nicht alle Wünsche, die er diesbezüglich hätte, erfüllt sehen. Ich muß diesem Bedauern, das da zum Ausdruck kommen mag, zustimmen, aber ich kann sagen, daß auch in diesem Falle keine Schuld des Referenten vorliegt. Ich hatte ein Erfordernis von 7-8 Milliarden Kronen erstellt, damit jene Flußbauten in Betracht gezogen werden können, welche immer wieder bei den Sitzungen und Beratungen gewünscht werden. Auf Grund der schwierigen finanziellen Lage des Landes wurde diese Erstellung auf 6-1 Milliarden Kronen gekürzt, so daß 1-5 Milliarden Kronen gestrichen wurden. In diese 1-5 Milliarden Kronen müssen jene

Projekte und Objekte hineinfallen, deren Finanzierung seitens der Interessenten nicht gesichert erscheint. Es ist bedauerlich, daß manche wichtigen und notwendigen Arbeiten daran gescheitert sind und noch scheitern, daß die Interessenten oft erklären, den geringen Beitrag von 20 Prozent nicht aufzubringen in der Lage zu sein. Wenn dies der Fall ist, soll daraus kein Vorwurf gemacht werden, denn wer nichts hat, kann nichts geben. Aber andererseits müssen wir darauf bestehen, daß die Interessenten diesen 20prozentigen Beitrag zu zahlen sich bereit erklären; denn wenn die Interessenten kein Interesse an dem Bau haben, so müssen wir uns sagen, daß dann unter Umständen auch das Land kein entsprechendes Interesse aufbringen kann. Unter Rücksichtnahme darauf haben wir ein Programm zusammengestellt, welches den Mitgliedern des Landeskulturausschusses vorgelegt wurde. Ich kann nur neuerdings, wie ich es heute anlässlich der Behandlung der Straßen getan habe, wieder versichern, daß es mein unermüdliches Bestreben ist, den vorgebrachten Wünschen entgegenzukommen, was ich um so leichter tun kann, als mir zur Seite ein sehr tüchtiges und mit allen technischen Kenntnissen reichlich versehenes Landesbauamt zur Verfügung steht. (Beifall.)

Wagner: Hohes Haus! Beim Kapitel V, Landeskultur, welches eben jetzt in Verhandlung steht, glaube ich auch einige Worte als Vertreter der Landarbeiterschaft verlieren zu müssen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wenn es gelingen soll, die wirtschaftliche Lage der ländlichen Dienstboten tatsächlich zu verbessern, in erster Linie die Voraussetzungen dadurch geschaffen werden müssen, daß die Landwirtschaft als solche besser gestellt werde, damit sie in der Lage ist, ihren Dienstboten auch entsprechende Löhne geben zu können. Dazu sehen wir in der Förderung der Landeskultur eines der besten Mittel und begrüßen vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft, daß von der Landesregierung im Voranschlage die Mittel zur Förderung der Landeskultur zur Verfügung gestellt werden.

Ich muß mich nun, wohl oder übel, auch mit einigen Herren der Gegenseite etwas beschäftigen, und zwar auch mit den Ausführungen des Herrn Kollegen G f ö l l e r, der gesagt hat, daß er es unverständlich finde, daß ich bisher nicht das Wort ergriffen und dazu wahrscheinlich von unserem Klub nicht die Erlaubnis erhalten hätte, daß es aber meine Pflicht wäre, hier das Wort zu ergreifen. Demgegenüber möchte ich dem Herrn Abg. G f ö l l e r erwidern, daß ich es mir wohl verbiete, daß er sich gewissermaßen mir gegenüber als Kurator aufspielt (Leichin: „Das ist eine Frechheit vom G f ö l l e r!“) und mir vorschreiben will, wann ich etwas zu reden habe. (Rufe: „Bravo!“) Nun komme ich zu den Ausführungen wegen der Dienstbotenprämierungen und da hat der Herr Abg. G f ö l l e r die Sache so dargestellt, als ob die im Voranschlage vorgesehenen Prämien eine Gnadengabe wären, die man gewissermaßen jemanden hinwirft und als ob sozusagen die Stierprämien in gleicher Linie mit den Dienstbotenprämien stehen würden. Gegen einen solchen Vergleich muß ich mich ganz entschieden wehren und muß feststellen, daß die Prämien, wie sie hier gedacht sind, als Anerkennung für

langjährige Dienstleistung gelten sollen, und ich glaube, eine solche Anerkennung der ländlichen Dienstboten ist doch nur sehr zu begrüßen, daß das Land als solches die langjährigen Dienstleistungen ländlicher Dienstboten anerkennt. Ich muß konstatieren, daß ja auch die Herren von der Gegenseite derselben Auffassung sind, und zwar, wenn ich nicht irre, war es der Herr Landesrat K e s e l, der einmal in Obersteiermark in Hieslau oder sonstwo bei einer Prämiiierung langjähriger Forstarbeiter dabei war und es gewiß nicht als eine Herabsetzung der Forstarbeiter betrachtet hat, daß diese für eine 40jährige Dienstleistung eine Prämie erhalten haben. Dann hat Herr Abg. G f ö l l e r auch herausgefunden, daß zwischen mir und dem Herrn Kollegen Pfarrer Z e n z ein gewisser Gegensatz bestehe und ich mich unbedingt über seine Ausführungen betreffend die Landwirtschaftskrankenkasse hätte aufhalten müssen. Nun ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Landwirtschaftskrankenkasse im Interesse der Landarbeiter und der Landwirtschaft zur Durchführung gelangen soll, ich stehe aber auch auf dem Standpunkte, daß man auch die Leistungsfähigkeit der Besitzer und speziell der kleinen Besitzer in Betracht ziehen muß und ich habe die Überzeugung und vielleicht werden mir hier auch die Herren Kollegen G f ö l l e r und L e i c h i n zustimmen müssen, daß gar mancher Landarbeiter auf einem Gutsbesitz mit seiner Familie besser lebt als mancher Kleinbauer und Knecht, und daß es deshalb nicht gut angeht, auf Kosten der landwirtschaftlichen Dienstboten gewissermaßen die Kleinbauern zugrunde zu richten. Ich möchte hier noch darauf verweisen, daß Herr Abg. G f ö l l e r gesagt und uns Vorwürfe gemacht hat, daß wir die Landwirtschaftskrankenkasse durch unser Verhalten zugrunde richten wollen, indem wir die ländliche Bevölkerung über die Wichtigkeit und Vorteile der Landwirtschaftskrankenkasse nicht entsprechend aufklären. Nun, Herr Kollege G f ö l l e r, wo ist denn zuerst die Drohung gefallen, die Landwirtschaftskrankenkasse zugrunde zu richten? Sie waren derjenige, welcher in der Delegiertenversammlung am 5. Mai erklärt hat, wenn nicht Wandel geschaffen werde, so werden die Mitglieder Ihrer Organisation Mittel und Wege einschlagen, welche eventuell den Bestand der Krankenkasse gefährden könnten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Infolgedessen haben Sie kein Recht, daß Sie uns den Vorwurf machen, daß wir die Landwirtschaftskrankenkasse gefährden wollen, denn Sie haben mit dieser Drohung begonnen und das muß einmal festgestellt werden und das werden Sie nicht leugnen können. (G f ö l l e r: „Ich habe lediglich festgestellt, daß, wenn es so fortgeht, wir uns einer anderen Krankenkasse anschließen müßten!“) Ich möchte auch darauf hinweisen, daß das Prozent der höheren Belastung von größeren Gutsbesitzern und der dort beschäftigten Arbeiter mit einer höheren Beitragsleistung für die Krankenkasse berechtigt ist gegenüber dem kleineren Besitzer und ich will Ihnen einen Beweis hiefür bringen. Sie werden mir nicht bestreiten können, daß gerade auf Gutsbesitzungen und größeren Bauerngütern verheiratete Dienstboten mit ihren Familien sind und dort, wenn die Frau nicht arbeitet, diese bei der Krankenkasse auch den Anspruch auf ärztliche Behandlung hat und infolgedessen be-

deutet dies eine höhere Belastung für die Krankenkasse, als wenn der Dienstbote, der ledig und nur für seine Person versichert ist, bei einem Kleinbauern ist. Infolgedessen bin ich der Auffassung, daß von einem gerechten Standpunkte aus eine gewisse Staffelung der Beitragsleistung gerechtfertigt erscheint.

Ich möchte nur noch eines feststellen, und zwar bezüglich der sehr interessanten Ausführungen des Herrn Abg. L e i c h i n, der die Frage des Achtfundentages angeschnitten hat. Ich glaube auch, daß der Ausdruck, den der Herr Kollege Pfarrer Z e n z gebraucht hat, daß es in der sozialdemokratischen Partei Keher gebe, nicht ganz unberechtigt ist und mir scheint, daß sich der Herr Abg. L e i c h i n mehr aus christlichsozialen Zeitungen orientiert als aus jenen Blättern, die seiner Parteirichtung sind, und Ihren Standpunkt einnehmen. Ich bin in der Lage, hier feststellen zu müssen, daß im „Land- und Forstarbeiter“ vom 1. Mai l. J. ausführlich betont ist, daß es möglich ist, in der Landwirtschaft den Achtfundentag einzuführen und Sie haben behauptet, daß es selbstverständlich nicht möglich ist, in der Landwirtschaft den Achtfundentag einzuführen. Hier liegt also ein Doppelspiel vor (L e i c h i n: „Da täuschen Sie sich!“) und die Herren wissen selber nicht recht, wohin und wo aus.

Genau so verhält es sich in der Zollfrage. Auch hier wird gerade in der betreffenden Nummer des „Land- und Forstarbeiter“ über die Reichskonferenz vom 17. April 1924 berichtet und auch dort waren die Herren sich nicht klar in der Zollfrage, ob sie an der Zollforderung für die landwirtschaftlichen Produkte festhalten sollen oder nicht oder ob sie den Vorschlägen des Herrn Dr. B a u e r wegen Gründung einer Zentralfstelle zustimmen sollen und dort ist auch ausdrücklich betont worden, daß diese Frage noch eines reiflichen Studiums und reiflicher Überlegung bedarf, bevor man sich in diesem Punkte in irgend einer Weise festlegen kann. Infolgedessen glaube ich, haben wir keine Ursache, daß wir uns in dieser Frage nach den Ausführungen der Herren Sozialdemokraten richten und ich meine schon, daß diejenigen, die sich mit der Landwirtschaft Jahrzehnte lang früher beschäftigt haben als die Herren Sozialdemokraten, daß die wohl auch die Erfahrungen in landwirtschaftlichen Fragen haben, gewiß mehr wie die neuemstandenen Vertreter der Kleinbauern aus der sozialdemokratischen Partei sie haben können.

Zum Schlusse möchte ich noch auf die Ausführungen des Herrn Abg. G a r t n e r hinweisen, worin er verlangt, daß Zwangsmaßnahmen, betreffend die Abhilfe gegen die Landflucht, eingeführt werden müssen. Einer solchen Anschauung müssen wir uns wohl entschieden entgegenstellen, denn jeder, der in der Landwirtschaft Erfahrung hat, wird wissen, daß wir mit Zwangsmaßnahmen die Landflucht kaum werden bekämpfen können, sondern daß in erster Linie der Landwirtschaft derartige Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, daß sie die Dienstboten entsprechend entlohnen kann. Ich möchte nur eines bitten zu bedenken, und zwar daß wir nur dann, wenn eine gegenseitige Verständigung und ein gegenseitiges Zusammenarbeiten zwischen den Landwirten und Dienstboten erfolgt und tatsächlich der Landwirtschaft die Lebensgrundlagen gesichert sind, daß

die Preise der Produktion derart gestellt sind, daß die Landwirtschaft in der Lage ist, die landwirtschaftlichen Dienstboten entsprechend zu bezahlen, daß wir nur dann die Landerbeiterfrage werden lösen können. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche nunmehr die Verhandlungen über den Landesvoranschlag.

Die Fortsetzung findet morgen um 10 Uhr vormittags statt.

Ich habe mitzuteilen, daß der **F i n a n z a u s s c h u ß** morgen um $\frac{3}{4}$ 10 Uhr vormittags eine Sitzung abhält. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 8 Uhr 5 Minuten abends.)